

4 Die Aktivisten

4.1 ÜBER DAS EIGENE ENGAGEMENT

Wer war dabei? Die Frage – so alltäglich, so scheinbar simpel – ist mit Blick auf die Aktivisten überaus schwierig zu beantworten. AnmeldeListen, Aufnahmebögen und Mitgliederkarteien gab es (natürlich!) keine. Soziostrukturelle Daten wie beispielsweise Angaben über Alter, Herkunft und Konfessionszugehörigkeit der Protestierenden liegen kaum vor. Vor allem und allgemeiner: Die Protestbewegung – *nomen est omen* – befand sich in ständiger Bewegung. Ihre Anhängerschaft, ihr Unterstützergefüge, ihre Aktivistenzusammensetzung wandelte sich im und durch die eigenen Protestaktivitäten fortlaufend, was den Erkenntnisgehalt einer punktuellen Erfassung ebenso limitiert wie generalisierende Aussagen auf der Grundlage einer einzigen Umfrage verunmöglicht beziehungsweise auf den einen bestimmten Zeitpunkt der Befragung fixiert. Aufwändige, das Protestgeschehen begleitende und wiederholt stattfindende Umfragen unter den Aktivisten in den Camps und während ihrer Veranstaltungen wären notwendig gewesen, um sich der Sozialstruktur der Aktivisten sowie ihre Unterstützer bestmöglich anzunähern.¹ Für deutsche Occupy-Gruppen liegen diese nicht vor, was unter anderem deshalb wenig verwundert, weil das Erhebungsinstrument der Umfrage zur Erforschung von Protestierenden ohnehin bis in die 2000er-Jahre kaum berücksichtigt und erst in den vergangenen Jahren in Form einzelner, sporadischer

1 | Ausführlich zu den Möglichkeiten und Fallstricken von Protest-Umfragen sowie mit einer Liste von durchgeführten Protest-Umfragen seit 1968 vgl. Stefaan Walgrave u. Joris Verhulst, *Selection and Response Bias in Protest Surveys*, in: *Mobilization. An International Journal*, Jg. 16 (2011) H. 2, S. 203-222, hier insbesondere S. 204 f.; vgl. Stefaan Walgrave, *Protest Surveying. Testing the Feasibility and Reliability of an Innovative Methodological Approach to Political Protest*, Séminaire du Staff. Département de Science Politique. Université de Genève, Automne 2007, online unter: <http://www.unige.ch/ses/spo/Accueil-1/Papiers/Walgrave.pdf> (eingesehen am 24.10.2013).

Kurzstudien angegangen wurde.² Auch Bevölkerungsumfragen, beispielsweise mittels Telefoninterviews, sowie Protestereignisanalysen weisen Schwächen auf, können über Protestteilnehmer „nur in sehr pauschaler Weise“ beziehungsweise „nur andeutungsweise“ Auskunft geben, wie Dieter Rucht festhält und sodann schlussfolgert, „dass es keinen Königsweg gibt, um das Profil von Protestierenden zu erfassen.“³

Hier soll nun zunächst eine eher deskriptive Annäherung an die Sozialstruktur der Occupy-Aktivisten auf der Grundlage des vorliegenden Materials vorgenommen werden. Wer protestierte? Was zeichnete die Aktiven bezüglich Herkunft, Alter, Bildung, Konfession, Einkommen, Interessen, ihrer Gründe fürs

2 | Genannt seien für das deutsche Protestgeschehen: David Bebnowski u.a., *Neue Dimensionen des Protestes? Ergebnisse einer explorativen Studie zu den Protesten gegen Stuttgart 21*, 2011, online unter: <http://www.demokratie-goettingen.de/content/uploads/2010/11/Neue-Dimensionen-des-Protests.pdf> (eingesehen am 23.10.2013); Ana Belle Becké u.a., *Die Proteste gegen den Flughafen Berlin Brandenburg (BER/BBi)*, 2011, online unter: http://www.demokratie-goettingen.de/content/uploads/2011/08/Studie_BBi_Zusammenfassung.pdf (eingesehen am 23.10.2013); Dieter Rucht u.a., *Befragung von Demonstranten gegen Stuttgart 21 am 18.10.2010*, 2010, online unter: http://www.wzb.eu/sites/default/files/projekte/stgt_21_kurzbericht_2010.pdf (eingesehen am 23.10.2013); Britta Baumgarten u. Dieter Rucht, *Die Protestierenden gegen „Stuttgart 21“ – einzigartig oder typisch?*, in: Frank Brettschneider u. Wolfgang Schuster (Hg.), *Stuttgart 21. Ein Großprojekt zwischen Protest und Akzeptanz*, Wiesbaden 2013, S. 97-125; Dieter Rucht u. Mundo Yang, „Wer demonstrierte gegen Hartz IV?“, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, Jg. 17 (2004) H. 4, S. 21-27; Dieter Rucht, „Die Friedensdemonstranten – wer sind sie, wofür stehen sie?“, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, Sonderdruck: *Konturen der Zivilgesellschaft. Zur Profilierung eines Begriffs*, Jg. 16 (2003) H. 2, S. 10-13; mit Blick auf internationale Protestgeschehnisse seien hier angeführt: Pippa Norris, Stefaan Walgrave u. Peter Van Aelst, *Who Demonstrates? Antistate Rebels, Conventional Participants or Everyone?*, in: *Comparative Politics*, Jg. 37 (2005) H. 2, S. 189-205; Peter Van Aelst u. Stefaan Walgrave, *Who is that (Wo)Man in the Street? From the Normalisation of Protest to the Normalisation of the Protester*, in: *European Journal of Political Research*, Jg. 39 (2001), S. 461-486; Rory McVeigh u. Christian Smith, *Who Protests in America: An Analysis of Three Political Alternatives – Inaction, Institutionalized Politics or Protest*, in: *Sociological Forum*, Jg. 14 (1999) H. 4, S. 685-702; John T. Jost u.a., *Why Men (and Women) Do and Don't Rebel: Effects of System Justification on Willingness to Protest*, in: *Personality and Social Psychology Bulletin*, Jg. 38 (2012) H. 2, S. 197-208; Stefaan Walgrave, Dieter Rucht u. Peter Van Aelst, *Socio-Demographics: Typical New Social Movement Activists, Old Leftists or Normalized Protesters?*, in: Stefaan Walgrave u. Dieter Rucht, *Antiwar Mobilization in Advanced Industrial Democracies*, Minneapolis 2010, S. 78-97.

3 | Dieter Rucht, *Zum Profil der Protestierenden in Deutschland*, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, Jg. 20 (2007) H. 1, S. 13-21, hier S. 14.

Engagement und ihrer politischen (Protest-)Vorerfahrungen aus? Gab es gar so etwas wie einen typischen Occupyer? So lauten Fragen, zu denen hier Erkenntnisse zusammengetragen werden.

Im Folgenden soll zunächst die Stichprobe vorgestellt werden. Die Aktivisten gaben nach den Gesprächen auf Fragebögen über sich Auskunft. In Gruppendiskussionen und Einzelinterviews wurden für die vorliegende Studie insgesamt 29 Aktivisten befragt; davon waren 21 männlich, acht waren weiblich. Hierbei handelte es sich keineswegs um eine einseitige Rekrutierung. Ebenfalls Beobachtungen in den Camps ergaben, dass der Anteil männlicher Aktivisten überwog, gleichwie in den deutschen Occupy-Gruppen verglichen mit Formationen im Bereich der Bürgerproteste verhältnismäßig viele Frauen partizipierten. Auch mit Blick auf die Altersstruktur der bei Occupy-Gruppen Engagierten handelte es sich nicht um die Alten, die bei Konflikten gegen Bauvorhaben im Zuge der Energiewende sowie bei Protesten gegen Großprojekte den Ton angaben. Der Altersdurchschnitt war hier deutlich niedriger. Im Sample waren 17 Teilnehmer jünger als 25 Jahre und nur vier Befragte hatten die 46 Jahre bereits überschritten. Mit vielen anderen Protestzusammenschlüssen gemein hat Occupy einen hohen Bildungsgrad unter seinen Aktiven – Abiturienten, (noch) Studierende und Träger von Dokortiteln fanden sich in der Stichprobe. Lediglich zwei Teilnehmer gaben die Mittlere Reife als höchstes Bildungszertifikat an; drei nannten hier die abgeschlossene Berufsausbildung. Die Stichprobe zeichnete sich zudem – dem jüngeren Altersdurchschnitt der Teilnehmer nicht untypisch – durch ein hohes Maß an partnerschaftlicher Ungebundenheit aus. Die Antwortmöglichkeiten „Partnerschaft“ und „Single“ wurden jeweils zwölf Mal angekreuzt, wohingegen „verheiratet“ (drei) und „geschieden“ (ein Mal) deutlich weniger häufig angegeben wurde. Fast alle Befragten (26) verneinten die Frage, ob in ihrem Haushalt Kinder lebten. Neun Aktivisten gaben an allein zu leben, 14 teilten sich mit einem beziehungsweise zwei Mitbewohnern eine Wohnung. Mit Blick auf die angegebenen Konfessionszugehörigkeiten lässt sich festhalten, dass in der Stichprobe die Teilnehmer ohne kirchliche Bindung dominierten: 16 Befragte waren zum Zeitpunkt der Gespräche keine Kirchenmitglieder, während sieben Aktivisten mitteilten, der evangelisch-lutherischen Kirche anzugehören und vier der katholischen Kirche. Die Teilnehmer befanden sich überwiegend in Beschäftigungsverhältnissen – 20 bejahten die Nachfrage, 8 verneinten –; ihr Netto-Einkommen fiel dabei allerdings relativ gering aus. Knapp die Hälfte der Befragten (14) gab an, im Monat über weniger als 900 Euro zu verfügen, und nur drei Aktivisten teilten mit, monatlich zwischen 2.000 und 3.000 Euro zu besitzen, womit sie die finanzielle bestgestelltesten Befragten des Samples waren. Folgende Beschäftigungen übten die Befragten aus – zum Teil parallel zum Studium –: Stiftungsreferent, Mitarbeiterin von Parlamentariern, freiberufliche Übersetzer, Mechaniker, EDV-Organisator, Buchhändler, Krankenpfleger, Technikredakteur, Softwareentwickler, Erzieher und Angestellter im Theater. Zudem wurde in dem Fragebogen nach Mitgliedschaften in „politischen Vereinigungen“ gefragt. 22 Aktivisten

gaben an, bereits über Erfahrungen als Mitglieder innerhalb beispielsweise Parteien, NGO's, Gewerkschaften oder anderen Zusammenschlüssen zu besitzen. Sie waren (Ex-)Mitglieder der SPD, der Grünen, der Piratenpartei oder der Partei Die LINKE. Sie waren bei Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International, bei gewerkschaftlichen Gruppen (beispielsweise Verdi) und nannten hier auch ihr Engagement bei der Interventionistischen Linke oder der Antifa. Nur fünf Befragte antworteten mit nein, gaben folglich an, über keinerlei Erfahrungen innerhalb vergleichbarer Assoziationen zu verfügen.

Es lassen sich die Antworten der Aktivisten aus den Fragebögen verdichten, denn bei dem Untersuchungssample handelte es sich um eine Gruppe mit gemeinsamen Merkmalen: Die Befragten waren eher jung, relativ ungebunden mit geringem Einkommen und zeichneten sich dadurch aus, dass sie bereits – trotz des eher jungen Alters – politische Erfahrungen gesammelt haben. Diese Charakteristika decken sich im Wesentlichen mit zentralen Ergebnissen einer Onlineumfrage der Otto-Brenner-Stiftung unter deutschen Occupy-Anhängern, die Anfang 2013 veröffentlicht wurde. Mehr als 1.000 Occupy-Sympathisanten wurden dafür befragt. Zu den zentralen Ergebnissen gehört, dass sich an den Occupy-Protesten „überproportional viele junge Menschen mit hoher Qualifikation, die jedoch prekär beschäftigt sind“⁴ beteiligten. Die Autoren machten zudem eine deutliche Neigung der Aktivisten zur Piratenpartei sowie zur Partei Die LINKE aus. Sie fanden überdies heraus, dass etwa ein Drittel der Camper vor ihrem Engagement bei Occupy nicht politisch aktiv war. Anders formuliert: „[...] im Gros handelt es sich somit bei den Anhängerinnen um Mehrfach-Engagierte.“⁵ Zum Vergleich sei der Blick auf US-amerikanische Forschungsergebnisse gerichtet. 25 Tiefeninterviews mit Kernaktivisten sowie eine Umfrage, an der 729 Menschen teilnahmen, führte ein US-Forscherteam durch, um sich dem Typus des Occupy-Wall-Street-Aktivisten anzunähern.⁶ Sie fanden heraus, dass es sich bei den New Yorker Aktivisten vor allem um gut ausgebildete junge Erwachsene handelte. Zudem fiel ein hoher Anteil von beruflich Unterbeschäftigten auf, die negative Erfahrungen in ihren Erwerbsbiografien vorwiesen und überdies verschuldet waren. Und mit Blick auf vorangegangenes Engagement der Befragten hielten die Forscher fest: „OWS was organized mainly by politically experienced activists.“⁷

4 | Ulrich Brinkmann, Oliver Nachtwey u. Fabienne Décieux, Wer sind die 99%? Eine empirische Untersuchung der Occupy-Proteste, Frankfurt a. M. 2013, S. 3, online unter: http://www.otto-brenner-shop.de/uploads/tx_mplightshop/Arbeitspapier_06_Occupy.pdf (eingesehen am 29.10.2013).

5 | Ebd., S. 17.

6 | Vgl. Ruth Milkman, Stephanie Luce u. Penny Lewis, Changing the Subject. A Bottom-Up Account of Occupy Wall Street in New York City, New York 2012, S. 4, online unter: http://sps.cuny.edu/filestore/1/5/7/1_a05051d2117901d/1571_92f562221b8041e.pdf (eingesehen am 29.10.2013).

7 | Ebd.

Diese hier mit Vorsicht aufgeführten quantitativen Daten im Rahmen der vorliegenden Arbeit werden als eine überblicksartige Darstellung in die Sozialstruktur der befragten Occupy-Aktivisten verstanden, die zwar keinerlei generalisierende Aussagen über die Zusammensetzung der Initiativen erlaubt, jedoch – gespiegelt mit anderen Forschungsergebnissen – gemeinsame, oben beschriebene Tendenzen unterstreicht. Entfernt man sich wieder von diesen quantitativen Gesichtspunkten und betrachtet die Erzählstrecken der Befragten hinsichtlich geäußelter (Protest-)Erfahrungen, der Darstellungsweisen und Gewichtigkeitszuschreibungen von persönlich prägend erachteten Erlebnissen sowie der genannten Bedeutungen von Vorbildern im und für das eigene Protestengagement, dann erhält der Betrachter ein deutlich differenzierteres Bild, das Auskunft gibt über einende Deutungen, Sichtweisen und Erfahrungshorizonte der befragten Aktivisten. Es ließen sich vier übergeordnete Begründungsfolien feststellen, auf denen das eigene Engagement erklärt, mit denen es fundiert und substantiiert wurde. Diese zeichneten sich nicht selten jeweils durch lange Erzählstrecken aus, die mit Erinnerungen, Anekdoten, bildreichen Beschreibungen und emotionalen Momenten in besonderer Dichte versehen waren. Sie waren bei den Befragten jeweils unterschiedlich stark ausgeprägt, kamen jedoch bei allen zum Vorschein – mal als Engagement tragender Strang dargestellt, mal beiläufig, ja unterschwellig vermittelt. Im Folgenden werden diese vier Erzählfäden ausgeführt, wobei die Reihenfolge ihrer Nennung keine Gewichtung oder gar Häufigkeitsverteilung abbildet.

Es handelte sich dabei – erstens – um Erzählungen von Auseinandersetzungen und Konflikten. Die Befragten berichteten von „einschneidenden“ Erfahrungen, von „krassen Geschichten“, die sie nicht vergessen könnten, die sie noch heute bewegten, auch wenn sie mitunter viele Jahre zurücklägen. Überwiegend waren es Konfrontationen im Rahmen von Demonstrationsveranstaltungen, die entweder beobachtet oder selbst durchlebt wurden. Fast immer ereigneten sich diese in der Auseinandersetzung mit der Polizei, deren Vorgehen als repressiv, willkürlich, auch provozierend wahrgenommen wurde.

Winfried: „[...] auf einer Demo gegen Rechts und ein Polizist hat sich mit einem Freund von mir, oder eher Bekanntem angefangen – also der hat einfach angefangen auf den einzuprügeln, weil der gesagt hat: Ey, jetzt mal ruhig hier. Also er hat halt ein bisschen rüdere Sprache benutzt, aber er hat keine Beleidigung gemacht oder sonst was. Und der andere Polizist wollte halt auf ihn einschlagen. Und er wollte sich dann auch wehren. Und ich bin dann dazwischen und habe gesagt: Ey, ruhig hier. Also, weil es war, es ist nicht eskaliert insgesamt, nur an manchen Stellen war halt schon eine Spannung da und die hätten sich dann wahrscheinlich geprügelt. Dann habe ich gesagt: ‚Ey, ganz ruhig, das ist doch jetzt kein Grund hier. Lasst uns mal runterkommen, das kriegen wir auch so hin.‘ Und was macht der Polizist dann, dreht sich zu seinem Kollegen um, tippt dem auf die Schulter, hast du auch gerade gehört, dass er mich Arschloch genannt hat – hat auf mich gezeigt. Ich, der das deeskalieren wollte. Ja, ja, das hat er wohl gemacht. Und dann wurde ich abgeführt.

Also bestand da gar kein Interesse sage ich mal, deeskalierend zu wirken. Ich habe auch keinen angefasst von den beiden, ich habe nur so gemacht [hebt die Hände]. [...] schon krass, wie du aus dem Verkehr gezogen wirst.“

Viele der befragten Occupyer verfügten über Erfahrungen dieser Art, berichteten von Auseinandersetzungen mit der Polizei, sprachen von Platzverweisen, redeten über Ingewahrsamnahmen und dem Gefühl, in Gefangenessammelstellen eingesperrt zu sein.

Veronika: „Das heißt, man wird gemessen, gewogen, jede einzelne Tätowierung wird gemessen und aufgezeichnet. Jedes Piercing wird erfasst, jeder Fingerabdruck wird gespeichert, und wer keinen Ausweis mit dabei hatte, musste am nächsten Tag nochmal wiederkommen. Und wir waren auch stundenlang, ja, in Untersuchungshaft im Grunde. Weil es ja möglich ist, Leute bis zu 24 Stunden festzuhalten, nach unserem Rechtssystem. Und ich muss sagen, das war für mich eine ziemlich einschneidende Erfahrung, einen ganzen sonnigen Samstag mit acht anderen Damen in einer kleinen Ausnüchterungszelle zu verbringen, während die etwa 50 Herren, die auch abgehaftet worden waren, über uns in der Zelle Fußball spielten.“

Diese Passagen aus den Erfahrungs- beziehungsweise Erlebnisberichten der Aktivist:innen stießen in den Diskussionsrunden auf Verständnis, auf zustimmendes Verhalten, auch auf Betroffenheit anderer Gesprächsteilnehmer. Gleichzeitig riefen sie Erinnerungen der anderen wach, die man der Gruppe sodann mitteilen wollte. Kennzeichnend dafür waren weitgehend selbstläufige Gesprächsabschnitte, die sich an eben solche Wortbeiträge anschlossen. Die Teilnehmer gerieten ins Erzählen – und man hörte sich zu. Hierbei fiel auf, dass in den Runden auf Zuspitzungen und Dramatisierungen weitgehend verzichtet wurde. Eine Art Überbietungswettbewerb im Geschichtenerzählen blieb aus. Anekdoten, gar Zoten hatten in diesen zahlreichen Ich-Erzählsituationen keinen Platz. Das Gesagte bewegte die Befragten. Die dichten Erzählungen rührten an ihrem Gerechtigkeitsempfinden, wobei das zugrundeliegende narrative Muster dieser Teilstücke weitgehend neutral auftretende Aktivist:innen beschreibt, die von autoritärer Seite (wiederholt) Unrecht widerfahren, wogegen sie ihrerseits angehen. Ein Narrativ, das sich tief aus den Erfahrungsdepots der Befragten speist, sich im Zuge neuerlicher Protesterlebnisse auffrischt und somit auf die Aktivist:innen beständig Sinn gebend auf das eigene Engagement wirkt. So berichteten die Befragten nicht nur von vergangenen Auseinandersetzungen, sondern auch von beobachteten und erlebten Ereignissen im Kontext jüngerer Occupy-Veranstaltungen.

Winfried: „[...] auf der ‚Banken in die Schranken‘-Demo im November in Berlin. Da hatten die Acampada-Leute einige Zelte in der Masse aufgebaut, um dann wieder zu zeigen: Wir bleiben hier. Und die wurden dann am Ende von uns, von der Sitzblockade auch verteidigt. Und die Polizisten wollten das eben nicht. Also haben die versucht, die Zelte immer zu

greifen. Irgendwann hatte einer eins zu fassen gekriegt und zerrt das raus und da hatte sich eine Mutter, die mit ihren beiden Kindern, ich würde schätzen zehn und acht Jahre, mit ihren zwei Söhnen, die saß da halt drin und die hat das Zelt festgehalten. Und das hat den Polizisten nicht dazu gebracht, das dann erst mal irgendwie loszulassen oder stärker zu ziehen. Nein, er hat die Frau mit raus gezerrt und den kleinen Jungen. Dann wurden die getrennt, die Mutter und das Kind, und wurden in verschiedene Wagen abgeführt. Und der größere Junge, der wurde einfach in der Masse stehengelassen, der hat nach seiner Mutter geschrien, der kleine natürlich auch. Und das war für mich ein echt krasses Erlebnis. Und zum Schluss kam halt dabei raus, die wurde nicht wieder freigelassen, auch ihr Junge nicht. Die wurden getrennt in der Polizeiwache über Nacht gelassen. Und der ältere musste im Zeltlager schlafen, um den hat sich keiner gekümmert. Also den haben, das haben dann die Acampada-Leute, haben ihn dann mit im Zelt übernachten lassen und das dann geklärt, dass die Mutter am nächsten Tag raus kommt und so. Aber, also, das war für mich halt wirklich so ein Punkt, wo ich dachte, es ist denen alles scheißegal.“

So werden Protesterzählungen reproduziert, transportiert und – vor allem auch – konserviert. Die Weitergabe und Bekräftigung, durchaus auch über Generationen hinweg, kann dann zur Mythosbildung beitragen; für aktivistische Zusammenhänge allzeit kollektiv abrufbar. Die Blockupy-Aktionstage von 2012 als massenhaft geteilte Erfahrung einer Protestkohorte könnte dieses Potential in sich bergen. Auch dies wurde während der Gespräche aufgrund vielfacher Bezugnahmen deutlich.

Es fanden sich – zweitens – in den Begründungspassagen der Befragten über das eigene Engagement vielfach Verweise, Rückgriffe und Bezugnahmen auf Großereignisse, auf Daten, Örtlichkeiten und Geschehnisse, auch auf Katastrophen und Skandale, die den Erzählungen der Occupy zufolge den eigenen Aktivismus entscheidend mitbegründeten, häufig initialisierten und retrospektiv als Startpunkt beziehungsweise als (weitere) gewichtige Begebenheit der eigenen Politisierung angeführt wurde. Die Ereignisse, die in diesen Passagen Erwähnung fanden, besitzen meist weltpolitischen Charakter. Wenige Worte, nicht selten nur ein einziges genügte(n) den Befragten oft, um deren Bedeutung für das eigene Engagement zu unterstreichen. Beispielhaft angeführt seien hier „Fukushima“, „Tschernobyl“, „Irakkrieg“ und „der elfte September“. Ereignisse wie diese, die auf einen Schlag und über Nacht hereinbrachen, die global bewegten, ja erschütterten und jeweils auf schockierende Weisen Problemlagen aufrißen, verrückten auch die Weltsicht der Aktivisten dahingehend, dass eine (noch) kritischere Haltung angenommen und ein (noch) tiefergehendes Bedürfnis nach umfassenderer Information über weltpolitische Zusammenhänge entstanden sei. Erläutert und charakterisiert wurden diese Ereignisse auch als persönliche Wendepunkte in den eigenen aktivistischen Viten. Das narrative Konstrukt der Aktivisten setzt sich dabei zusammen aus einem bis zum Eintritt des Großereignisses zwar interessiert-mündigen, jedoch nicht umfänglich aufgeklärten politischen Beobachter, bei dem in der Auseinandersetzung mit diesem Großereignis neue Betrachtungs-

figuren, ja ein gänzlich neues Denken in Gang gesetzt wurde, das ihn aus seiner vorherigen politisch diffus suchenden Rolle in den Aktivismus beförderte – weitgehend plötzlich, in jedem Fall aber unumkehrbar. Es ist die Erzählung eines Erweckungserlebnisses. Man habe erkannt, verstanden und unwiderruflich zu sich gefunden.

Lars: „An dem Tag selber habe ich durch Zufall genau in dem Moment, als das zweite Flugzeug in den Turm stürzte, den Fernseher angemacht und ja, es war halt einfach ein Ereignis, das die ganze Welt bewegt hat. Jeder kann sich erinnern, wo er an dem Tag war und so was gibt es halt selten. Und da waren halt sofort vorgefertigte Fakten. Also es gab diesen Ausweis, der auf den Trümmern lag. Es gab alle möglichen komischen Sachen und dann habe ich gemerkt, okay, das Land, das angegriffen wird, ist irgendwie nicht das richtige. Afghanistan hatte nicht wirklich etwas mit dem Angriff zu tun. Dann kommt man halt ins Grübeln. Dann habe ich geguckt, nicht um sozusagen rauszufinden, wer ist der Schuldige, weil das kann ich mit meinen Mitteln gar nicht, sondern einfach nur okay, was läuft denn noch alles schief und habe mich dann halt immer mehr damit beschäftigt zu sehen, wie die Sachen alle zusammenhängen, dass dann halt ein großer Teil der Kriegsführung eher andere Gründe hatte wie Ressourcensicherung, wie Pipelinesicherung und solche Geschichten und gemerkt, okay, es ist nicht alles so, wie man uns das erzählt, aber es ist auch nicht alles so, wie es in diesen kurzen Youtube-Videos rübergebracht wird.“

Einmal den Blick für die größeren Zusammenhänge geweitet, erscheint das Engagement in den Darstellungen der Aktivisten beinahe als Pflicht zum permanenten Widerspruch. Dabei fiel auf, dass das auslösende Moment nicht immer die Nuklearkatastrophe, das terroristische Attentat oder der Kriegsbeginn zu sein hatte. Hier sei auch herausgestellt, dass die globale Wirtschafts-, Finanz- und Bankenkrise der Jahre 2008 ff. in den Erzählungen der befragten Aktivisten hinsichtlich ihres Engagements keine exponierte Rolle spielte, sie ohnehin kaum Erwähnung fand, was einerseits daran gelegen haben könnte, dass sie von den Gesprächspartnern allgemein als gegeben und konstitutiv für die Aktivitäten der Occupy-Protestgruppen angesehen wurde, daher keiner zusätzlichen Hervorhebung bedurfte. Andererseits verfügt das „Großereignis Krise“ im Gegensatz zu oben genannten Ereignissen nicht über die Emotionen weckende Ausdruckskraft, die über Bilder und personalisierte Geschichten transportiert wird, worin ebenfalls ein Grund der Nicht-Erwähnung an dieser Stelle liegen könnte. Vielmehr fiel gerade bei jüngeren Gesprächspartnern auf, dass nicht zwangsläufig in dieser Narration Weltereignisse auftraten. Besonders bei ihnen wurden sie mit Verweisen auf kleinere Geschehnisse ersetzt. Die Ankündigung der Einführung von Studiengebühren in Hessen beispielsweise, die Schließung eines lokalen Jugendzentrums oder aber auch konkrete Demonstrationserlebnisse, die sie taggenau, mit hin entlang exakter Uhrzeiten schilderten und persönlich bedeutend einstufen.

Sandra: „Ich habe damals noch in Tübingen gewohnt, also eine halbe Stunde von Stuttgart und ich bin dann nach dem schwarzen Donnerstag, den Tag darauf sind wir dann nach Stuttgart und haben uns das angeguckt und da waren bestimmt 30000 Leute in dem Park. Ich habe noch nie so viele Menschen auf einem Haufen gesehen, das war echt krass. Und da hat es mich auch irgendwie gepackt.“

Ohnehin waren es – drittens – Demonstrationserfahrungen, genauer: die „guten“ Erlebnisse (vergänger) Aktionen und Manifestationen, die in umfassenden, dichten Erzählsträngen von weiten Teilen der Befragten begründend für die eigenen Aktivitäten vorgebracht wurden. Aus einem relativ breiten Erfahrungsdepot hoben sie einzelne Ereignisse und Begebenheit heraus und schilderten sie auf lebendige Weise. Diese teils gefühlig verklärenden, erinnerungsschweren, in langsamem Tempo vorgetragenen Erzählabschnitte betonten ein besonderes Zusammengehörigkeitsgefühl, das „damals“ geherrscht habe, an das man sich gerne zurück erinnere und das – so hieß es meistens – unwiederbringlich der Vergangenheit angehöre.

Markus: „Die ersten großen Demonstrationen der Friedensbewegung, und da war ich ziemlich stark involviert. [...] Wir hatten dann eine Friedensinitiative in der Kölner Südstadt mit meistens so um die 200 Leute, die aktiv waren, und das war so in Gruppen aufgeteilt von jeweils 30 bis 40 Leuten. Also es war ein Wahnsinnszustrom. Das kann man sich heute gar nicht vorstellen, und wir hatten auch in Köln ein paar Dutzend Stadteile mit Friedensbewegungen. [...] Das ist die (unverständlich) und da habe ich selber noch ein paar Schriften dazu geschrieben und an der Uni damals verteilt und die Zusammenhänge aufgezeigt. Gut, da hatte man auch ein bisschen mehr Zeit als Student (lacht).“

Auf diese Weise blickten nicht nur ältere Befragte auf vergangenes Engagement, idealisierten es teilweise und führten es in einem weiteren Schritt für ihr heutiges Engagement mit an. Auch jüngere Aktivisten berichteten in den Diskussionsphasen über Motive für das eigene Engagement von zurückliegenden gelungenen Aktivitäten in schülerschaftlichen beziehungsweise studentischen Protestzusammenhängen und schwärmten von den prägenden Erfahrungen, tatsächlich etwas gemeinschaftlich in einer Gruppe bewegen zu können.

Johanna: „Hey, wir haben den geknackt und so ja, wir haben das geschafft, dass das bei uns nicht zum Zug kommt, und ich habe Leute kennengelernt im Zuge dieser Proteste, die halt wirklich gesagt haben, also ich könnte es mir auf gar keinen Fall leisten, wenn jetzt die Studiengebühren bleiben oder weiter kommen, und ich müsste einen Studienkredit aufnehmen, aber ich will mich auch nicht verschulden. Also wirklich ganz real existierende Probleme. Irgendwie habe ich die total mitbekommen und war total froh, dass man das gekippt hat, dass es möglich war. Auch Solidarität als Thema fand ich total schön, weil es war immer so ein Grundwert, um den es immer ging, dass es sich nicht nur um einen selber dreht, sondern dass man guckt, wo kann man helfen, wo kann man sich gegenseitig, jeder

für jeden sich das Leben erleichtern und schöner machen und bunter und keine Ahnung, ja, das habe ich da total gefunden, und das habe ich in meiner kompletten Schulzeit eben nicht SV, sondern unter Lehrern und Schülern eigentlich nie irgendwo gefunden, und das hat mich dann da total gehalten. Seitdem gab es eigentlich keine Monate, wo ich mich so überhaupt nicht engagiert oder zumindest aktiv irgendwas gelesen habe.“

Bei ihnen, den Befragten unter 25 Jahren, gehen diese Erzählungen von der „guten Demonstration“ zudem einher, mit der Betonung aktionistischer Aspekte im Protest, die auf sie initial anziehend gewirkt hätten und auch heute noch auf sie wirkten.

Torben: „Also ich bin, als ich zwölf war, nicht im Umfeld von Demos rumgerannt, weil ich mir noch vorher einen dreiseitigen Aufruf durchgelesen habe, sondern, weil halt irgendwie Polizei da war und Vermummte und irgendwie Sachen gebrannt haben. So einen Mobilisierungseffekt sollte man, glaube ich, nicht unterschätzen. Also das mag bei Leuten auch verschieden sein. Es gibt wahrscheinlich auch Leute, die kommen gerade deswegen nicht hin. Aber es ist natürlich erst mal ein Event und so eine Selbstbestätigung, Leute stehen da, merken, dass sie nicht alleine sind, das ist, kann man zum Teil nachvollziehen.“

Die Befragten teilen einen gemeinsamen Erfahrungshorizont, an dem jeweils „gute“, „wichtige“ und „bedeutend“ eingeschätzte Protesterlebnisse gezeichnet werden. In der Rückschau hierauf wirken sie als Erklärfolie, auf der heutiger Aktivismus mit erläutert wird. Demzufolge müsste sich Engagement auf der individuellen Ebene mit der Kreierung entsprechend „guter“ Protestereignisse vervielfachen, was zweifelsohne nicht gegeben ist, woran deutlich wird, dass nach weiteren Komponenten aus den Erzählungen der Befragten Ausschau gehalten werden muss, um den Zusammenhang von Engagement und Demonstrationserfahrungen zu ergründen. Fündig wird man bei den Aktivist:innen im Bereich ihrer Erfolgsroutinen, die einen Schlüssel unter anderen zu ihren überdauernden exponierten Handlungsmotivationen in Protestzusammenhängen darstellen. Die Befragten verfügten – unabhängig von Alter, Herkunft oder sonstiger sozialstruktureller Unterschiede – jeweils über Erfahrungen der Selbstermächtigung im beziehungsweise durch politischer (Protest-)Organisation. Sie einte das Wissen, das Können und das Vertrauen darin, dass ihr eigenes Tun eine Wirkung zeitigt. Die Erkenntnis, etwas bewegen, andere ansprechen, anleiten, ja mitreißen zu können, haben sie in ihren (politischen) Biografien sammeln und mehrfach bestätigen können, was sie mit dem Selbstvertrauen und auch mit der Selbstverständlichkeit ausstattet, Einspruch öffentlich zu formulieren und mit zu organisieren. Diese Selbstwirksamkeitserfahrungen⁸ – gleichwie sie in losen Gruppie-

8 | Vgl. Albert Bandura, Perceived Self-Efficacy in Cognitive Development and Functioning, in: Educational Psychologist, Jg. 38 (1993) H. 2, S. 117-148; vgl. Karl E. Weick, Sensemaking in Organizations, London 1995.

rungen oder aber in Vereinen, Schülervertretungen, studentischen Gruppen und anderen Assoziationen erworben wurden – stellen hier offenbar eine Voraussetzung zum Aktivismus dar. Dass Occupy-Initiativen relativ niedrigschwellige Orte zur Einübung, zum Erwerb und zur Bestätigung dieser sinnstiftenden Momente sein konnten, wurde auch deutlich.

Dominik: „Ich kam am Achtzehnten an. Also meine Mutter hatte da Geburtstag und abends kam ich dann hier an, habe mein Zelt aufgeschlagen und kannte hier keine Socke. Also bin ich zum ersten großen Zelt hin. Das war relativ voll, habe den Ersten hinten angesprochen und das war der Roman und der hatte für den Zweiundzwanzigsten die Demo angemeldet. Die sollte zusammen mit Attac stattfinden. Also eine halbe Stunde später wollte er sich damit treffen. Ich habe mich angeschlossen. Wir haben mit zwei Leuten von Attac gesprochen, haben eine halbe Stunde, dreiviertel Stunde diskutiert. (Uns) danach getrennt mit den Worten, Roman spricht es am nächsten Tag [...] mit den Leuten von Attac ab. Dann meldeten sich die Leute von Attac – Roman ist nicht mehr auffindbar. Roman war nicht mehr erreichbar. Roman war weg und ich war derjenige, der mit Attac gesprochen hatte und das grundlegende Konzept erstmal erarbeitet hat. [...] Am nächsten Tag hatte Attac schon eine Pressekonferenz angemeldet am Morgen, am Donnerstagmorgen und die Claudia aus dem Camp geht da hin. Ich kannte die Claudia nicht. Aber ich bin ihr dann zufälligerweise begegnet noch ganz kurz am Abend und dann hat sie gesagt, sie läuft morgens hier los und dann habe ich gesagt, hey, ich laufe mit, weil ich weiß zumindest etwas über die Demo und bin jetzt gerade dabei, Leute zu finden, die die Demo jetzt neu organisieren. Also hatte ich am Donnerstagmorgen die erste Pressekonferenz in meinem Leben. Ja und dann haben wir mit sechs, sieben Leuten aus dem Camp, einem aus der DGB-Jugend und einem von Attac die erste Demo für den Samstag organisiert – also neu angemeldet, neue Route geplant, Wagen organisiert und so weiter und sofort. Und wir hatten 6500 Leute auf der Straße. Innerhalb von drei Tagen Planung.“

Das Mitmachen wurde als überaus einfach beschrieben, das Camp als inklusiver Ort, der anziehend wirkte. Deutlich wurde in diesen Berichten der erstmaligen Annäherungen an die bestehenden Protestgruppen überdies, dass Kontaktaufnahmen zumeist gemeinschaftlich erfolgten. Selten war es die Einzelperson, die den Weg in die Zeltstädte nahm, häufiger spielten „die Freundin“, „der Kumpel“ und „die Bekannte“ eine Rolle bei der Anbahnung, der Hinführung und der Ausübung des Engagements.

Bärbel: „Ich hatte das in den Nachrichten gesehen, dass es das mittlerweile gibt. Es sind richtig viele Plätze besetzt in verschiedenen Ländern, in verschiedenen Städten, auch in Hamburg, aber da wohnte ich zu dieser Zeit leider nicht. Dann hatte ich im November die Gelegenheit nach Hamburg zu fahren, mein Zimmer war untervermietet, ich war zu meiner Mitbewohnerin gefahren für ein paar Tage und, also echt ganz normal: was machen wir heute Abend? Ja, dann lass uns doch mal an diesem besetzten Platz vorbei schauen. Ja, okay. Dann lasst uns das mal machen. Wir dann dahin gefahren, haben uns das angeschaut,

uns da schüchtern hingesetzt, bis früher oder später, also früher, nach ein paar Minuten, zwei Jungs kamen und sagten, ihr könnt euch ruhig mit in den Kreis setzen. Und so einfach war das. Dann haben wir ein bisschen geguckt, worüber die gerade reden und so einfach war das. Am nächsten Tag sind wir auch noch einmal gekommen und haben direkt mitbekommen, was gerade aktuell geplant war und haben da auch gleich mitgemacht bei dem, was da gerade aktuell geplant war. Und dann musste ich auch schon wieder nach Hause fahren. Aber meine Freundin hat direkt angefangen das hier zu frequentieren. Und ich halt erst seit ich wieder in Hamburg wohne.“

Beinahe beiläufig wurden diese Begebenheiten und Verbindungen beschrieben; als zufällig wurden bestehende beziehungsweise wieder erneuerte Kontakte zu anderen Aktiven dargestellt; als selbstverständlich wurde präsentiert, dass es sich auch um Freundeskreise handelte, die sich (wieder) trafen, aus denen heraus sich Engagement mit begründete.

Lars: „[...]durch Zufall mehr oder weniger habe ich eine alte Bekannte wieder getroffen, als ich mein Abitur jetzt angefangen habe nachzumachen, die halt schon in Berlin in dieser Acampada-Bewegung war und das hier in Düsseldorf aufziehen wollte. Und dadurch habe ich dann davon gehört, dass hier so etwas aufgebaut werden soll und bin dann halt am 15. Oktober zur ersten Demo gegangen. [...] Wie gesagt eine Freundin von früher, die ich seit ich 16 bin kenne, inzwischen bin ich 30, hat halt schon in Berlin bei der Acampada-Bewegung im Juni mitgemacht und hat halt mit angeleiert, dass halt so etwas hier in Düsseldorf überhaupt entsteht.“

So ließ sich – viertens – ein weiterer Erzählfaden über das eigene Engagement in den Anführungen und Verweisen auf klassische Instanzen und Orte politischer Sozialisation finden – den Freundeskreis, die Eltern, die Geschwister, die Schule, die Universität, einzelne Lehrer und Professoren.

Johanna: „Also ich komme, das muss man halt schon dazu sagen, aus einer ziemlich politknahen Familie, also meine beiden Eltern kommen total aus einer Aktivistenszene, einmal aus Frankfurt und einmal aus Heidelberg, waren früher in ihren jungen Jahren schon sehr, sehr aktiv, also, bin demnach wirklich auch in Kreise, also die ganzen Freunde meinen Eltern sind also immer noch dabei, also bei allen möglichen Themen. Auch gerade bei Themen wie Militarismus bin ich schon früh mit in Kontakt gekommen, auch gerade das man halt irgendwie, wenn man in so einem Milieu schon aufwächst, also jeden Abend Nachrichten guckt, darüber diskutiert. Wir hatten oft bei uns zu Hause, das hat mich damals noch nicht so interessiert, Diskussionsgruppen, irgendwelche politischen Brunches. Ich bin schon in dieser Szene groß geworden durch meine Eltern. Und habe dann irgendwann, so mit 13, 14, war ich in der SV bei uns, in der Schülervertretung, und habe an der Schule so ein bisschen was gemacht, stellvertretende Schulsprecherin war ich mal und habe da viel gemacht und bin dann auch schon so mit 16, also auch noch voll in der Schulzeit mit diesen ganzen Studi-Protesten in Frankfurt sehr zusammen gekommen durch Freunde,

die halt schon studiert haben oder die auch wiederum Freunde hatten, die da aktiv waren. [...] dieses ganze Studiengebührenthema 2003/2004 war total so auch mein Eingang in diese ganzen politischen Bereiche irgendwie und ich habe halt dann immer mehr gemerkt je mehr ich mir da angelesen hab, dass ja super viel zusammenhängt und das war eigentlich dann der Grund, warum ich dann vor keinem Thema Halt gemacht habe. Natürlich gibt es 100.000 und noch mehr und ich kenne mich in super vielen auch überhaupt nicht aus, aber ich merke immer mehr, dass ganz viel, so das total wichtig ist, da so holistisch irgendwie ranzugehen und sich nicht irgendwie nur auf ein Thema zu beschränken und zu meinen, dass man nur in diesem Thema was ändern müsste und dann hätte sich die Sache, sondern, dass man da möglichst pluralistisch an die Sache rangeht und nicht einheitlich mit sehr vielen verschiedenen Steckenpferden und so. Und da bin ich dann halt mit dem Steckenpferd Bildung in diese Erkenntnis total reingekommen. [...] Und das fand ich immer hochinteressant, und so wurde es dann zu meinem Hobby, irgendwie mit meinen Eltern mitdiskutieren zu können bei irgendwelchen abendlichen Skatrunden, wo es dann die ganze Zeit darum geht. Und ja, also das muss man immer so dazu sagen, wenn man mich fragt, wie ich politisch geworden bin, weil ich nicht weiß, wie es wäre, wenn ich in einer Familie aufgewachsen wäre, die sich über andere Alltagsfragen oder so was immer wieder kümmert und den Rest irgendwie weglässt.“

Als prägend wurden Gespräche mit den Eltern sowie deren erlebte und vorgelebte (politische) Haltung dargestellt, die den Aktivisten – bis heute – als Orientierungsmuster dient. Hierbei handelte es sich den Erzählungen der Aktivisten zufolge nicht allein um einzelne Standpunkte, sondern um eine ganzheitlichere Lebensführung, die in Teilen übernommen wurde.

Lars: „Also meine Mutter war auch in einer, nicht wirklich aktiv, auch mit in der Häuserbesetzer Szene, dass sie auch zumindest halt mit denen Zeit verbracht hat. Genau hat sie nicht unbedingt was davon erzählt, nur ich weiß, dass sie halt viele Freunde und Bekannte da hatte und auch viel Zeit mit denen verbracht hat. Und mein Stiefvater war auch sozusagen so etwas Ähnliches wie ein Weltenbummler. Hat mir halt auch viel von den Iran-Contra-Affären erzählt, weil er damals durch Südamerika gereist ist und so weiter. Und ich habe schon als Kind in so einem Bulli einfach durch die nächsten Länder gefahren. Ich habe hinten auf so einer Matratze gelegen und halt aus so einem Fenster geguckt und die ganze Landschaft gesehen. War halt auch schon mit sechs Jahren in Mexiko und solche Sachen. Also es hat mich schon geprägt, klar.“

Die Betonung der von den Eltern geprägten eigenen Disposition zum Engagement wurde in den Erzählungen der Aktivisten begleitet von ausführlichen Schilderungen durchlebter Suchbewegungen innerhalb verschiedener Zusammenschlüsse und Bewegungsformationen, die den Blick freigeben auf einen – auch bei jüngeren Aktiven – gefüllten Erfahrungsspeicher politischer Beteiligungsformate.

Johanna: „Ich bin recht häufig so von Kleinorganisation zu Kleinorganisation gegangen und habe mich da aber nirgendwo richtig wohl gefühlt, [...] ich habe bei Attac zum Beispiel angefangen, dass ich einfach ins Büro gegangen bin und gefragt habe, ob ich da mal irgendwie helfen kann. Die waren halt alle total im Stress und irgendeiner Aktion und dann habe ich ein paar mal für Attac Flyer verteilt auf der Zeil und hab mich da aber irgendwie nicht aufgenommen gefühlt. [...] Ich hätte mir mehr den gemeinschaftlichen Prozess und den Diskurs gewünscht und es kam da aber nicht so. Und dann habe ich irgendwie mal überlegt, ob ich in die Grüne Jugend gehe und kannte dann da auch ein paar Leute. Da habe ich aber gemerkt, okay, die, die ich da nett finde, die fühlen sich eher zu den Falken hingezogen und dann dachte ich mir, gehste mal zu den Falken. Das fand ich dann [...] teilweise dogmatisch, das hat mich ein bisschen gestört [...] Und dann war ich in ein paar autonomen Tutorien in der Uni schon, wo ich auch, das waren so Lesekreise irgendwie, wo ich jetzt voll den großen Bogen drum mache, leider, was ich eigentlich sehr schade finde. Aber es war damals dann auch schon sehr, für mich einfach sehr schwierig, in so einen Lesekreis reinzukommen und alle diskutieren auf so einer höchst theoretischen Basis und alle zeigen, wie gut sie Adorno und Marx verstanden haben so ungefähr. Irgendwie hatte ich da aber immer den Eindruck, die bleiben immer voll unter sich mit ihrem Wissen und irgendwie ist das Interesse nicht so groß, dass man das jetzt irgendwie aktualisiert, in die Gegenwart umsetzt und guckt, was bedeutet das denn heute oder wo sind denn heute die Unterschiede. Das kam mir alles viel zu kurz, es war für mich viel zu sehr dieses Schwimmen im eigenen Sud. [...] Und das habe ich dann auch richtig bestätigt bekommen einmal, als ich, das war dann schon später, nochmal in so einen Lesekreis gegangen bin, wo das Kapital von Marx durchgenommen wurde. Mit dem Inhalt vorher hatte ich mich beschäftigt und wusste so die wichtigsten Sachen und hatte es auch gelesen, und hab dann aber eine Freundin mitgebracht, die halt zu mir meinte: ‚Ich könnte jetzt Marx nicht mal einer zeitlichen Epoche zuordnen und ich will es aber können und will mich da auch mit dem historischen Kontext ein bisschen auseinandersetzen, nimmst Du mich da mal mit?‘ Klar, habe sie mitgenommen. Und es war halt so, sie hat dann in der ersten halben Stunde im großen Kreis ab und zu mal etwas gefragt, und es waren absolut verständliche Fragen und sinnvolle Fragen, wenn man sich noch nicht mit dem Thema befasst hat. Also ich wäre auch absolut so rangegangen ans Thema. Nur es hat halt die anderen gestört so, weil die waren schon weiter, und es war aber ein Lesekreis, der auch ausgeschrieben war für Nicht-Marx-Kenner sozusagen, [...] das hab ich richtig, richtig blöd in Erinnerung. Und dann, was habe ich noch gemacht? Dann war ich bei Amnesty International mit einer Freundin zusammen, also auch da in so einem Jugendkreis. Das war damals irgendwie Arbeitskreis Demokratie von Amnesty International. Gibt's leider gar nicht mehr. Also, die haben bestimmt irgendetwas Neues in der Richtung. Das fand ich eigentlich ganz nett. Und da war ich dann auch länger. Also so anderthalb Jahre oder so. Und da haben wir auch ganz schöne Sachen eigentlich auch immer gemacht, so Podiumsdiskussionen, wo ich dann immer so ein bisschen geholfen habe bei der Organisation und die ich dann auch immer sehr genossen hab. Und es war so eigentlich der Punkt, wo ich auf den Trichter gekommen bin, dass es eigentlich das Coolste ist, so bei irgendwelchen Podiumsdiskussionen und Vorträgen mir auch ein bisschen Wissen anzueignen. Und deswegen bin ich dann in alle möglichen Vorlesungen gegangen in der Uni, die ich interessant fand. Halt auch weg

von meinem Fach. War dann, bin dann so ein bisschen bei Jura rumgegurkt, bei Soziologie, wo ich dann aber leider nicht genommen wurde. Und jetzt bin ich bei Politik gelandet und fühle mich im Prinzip genauso wie in diesem autonomen Lesekreis, wo man voll in seinem eigenen Sud weiterbummelt. Aber immerhin kenne ich jetzt ein paar Professoren, wo ich halt so merke, okay, die sind ganz anders drauf und dann richte ich mich nach denen.“

Auffällig war, dass die Befragten in diesen Abschnitten über die Orte der eigenen Politisierung traditionelle staatliche Bildungseinrichtungen hervorhoben, an denen sie wichtigen Menschen begegneten seien, an denen sie bedeutende Erfahrungen gesammelt und eindruckliche Erfahrungen gemacht hätten.

Bärbel: „Aber geprägt wurde ich an der Uni schon, durchaus, von einem Professor, der seine Seminare sehr, sehr darauf ausgerichtet hat, auf die Erkenntnis, dass die Welt ungerecht eingerichtet ist. Also zum Beispiel hat er uns einen Zeitungsartikel vorgelesen, in dem stand, dass eine Milliarde Menschen auf der Welt hungert, weil die Lebensmittelpreise gestiegen sind. Oder dass es jetzt mehr Hunger als vorher gibt. Klar, dass wusste man schon, aber er hat das dann richtig analysiert, so auf Erkenntnis hin.“

Zusammengenommen mündeten diese, wie so viele der rückblickenden Erzählphasen, in einem Lob des aktuellen Engagements. Denn die Auffassung, bei Occupy angekommen zu sein, eine „bessere“, eine „gute“ aktivistische Heimat gefunden zu haben – der weitere Verlauf der Arbeit wird es ausführen –, rahmte auch die hier angeführten narrativen Abschnitte. Die freigelegten vier Haupterzählstränge trugen und begründeten innerhalb dessen ihr Engagement mit.

4.2 „POSTENJÄGER“ UND „SCHEINREGIERUNG“ – EINE UNPOLITISCHE POLITIK

Wie lautet Eure Kritik? Wogegen protestiert ihr? Und was soll sich an der bestehenden Politik ändern? Fragen wie diese begleiteten die Aktivisten letztlich von Anbeginn ihrer Okkupationen. Ob in den Camps, bei Gesprächen mit Passanten an den Infotischen oder auf Podien und Veranstaltungen, zu denen Occupyer geladen waren – man musste nicht lange warten, bis nach Protestzielen und -anliegen gefragt wurde. Vor allem bei den Medien war das Interesse an den politischen Forderungen Occupys stark ausgeprägt – tatsächlich noch bevor das erste Protestzelt errichtet worden war. So war Wolfram Siener, der als „Mitorganisator von Occupy Frankfurt“ und „Sprecher von Occupy Frankfurt“ vorgestellt wurde, bereits in der Woche vor der ersten Großdemonstration in der Talksendung May-

brit Illner als Gast eingeladen⁹ und einen Abend vor dem „Global Day of Action“, am 14. Oktober 2011, dem ARD-Nachtmagazin zum Interview zugeschaltet. Hier wie dort wurde der damals 20-Jährige gefragt, was Occupy eigentlich kritisiere. Siener, der an anderer Stelle mitteilte, er sei „einfach in die Rolle des Pressesprechers hineingewachsen“¹⁰, betonte, es sei nötig, „die Politik von der Macht der Banken zu befreien, sodass demokratische Wahlen auch wieder einen Sinn haben; sodass die Leute, die wir wählen, uns wieder vertreten können und nicht von der Lobby beeinflusst werden, wie es momentan der Fall ist.“¹¹

Mag Sieners hier entworfene Perspektive auf „die Politik“ singular sein und nicht für die Protestbewegung insgesamt stehen – der weitere Fortgang des Kapitels zeigt, dass davon nicht unbedingt ausgegangen werden muss –, wird hierbei deutlich, dass die Aktivisten in den Camps schon sehr früh auf ihre politischen Auffassungen angesprochen wurden – und das nicht nur vonseiten der Medien. Die jeweiligen Verständnisse von „der Politik“, ihre Auslegungen und Betrachtungen waren alltägliche Diskussionspunkte innerhalb der Aktivistengruppen, auch im Austausch mit Nicht-Engagierten. Die Aktivisten teilten sich und ihre (politischen) Meinungen bereitwillig und engagiert mit, was angesichts der Tatsache, dass Protest (lateinisch: protestare – öffentlich kundtun) stets coram publico erfolgt, wenig verwunderlich erscheint, in Interviewsituationen mit einem Wissenschaftler(-Team) jedoch keineswegs als selbstverständlich betrachtet werden darf. So fanden sich in diesen Gesprächsabschnitten über das Politische, die Politik, die Parteien, ihr Personal, Parlamente und Institutionen besonders dicht beschriebene Erzählstrecken, die das Politikverständnis der Befragten freilegen. Um dieses geht es in dem vorliegenden Kapitel. Was genau verstehen die Befragten unter „der Politik“ und wie bewerten sie sie? Wie blicken sie auf „die Politiker“? Welche Erfahrungen mit und welche Einstellungen gegenüber „den Parteien“ liegen vor? Und welche Positionen vertreten sie gegenüber vermittelnden Institutionen? So lauten die hier im Folgenden gestellten Fragen, über die das Politikverständnis erfasst wird.

Zunächst soll das Verhältnis zu den Parteien im Vordergrund stehen. Die befragten Aktivisten verfügten überwiegend über Erfahrungen mit beziehungsweise innerhalb etablierter Parteien – teils blickten sie zurück auf eine Zeitspanne aktiver Mitgliedschaft, teils berichteten sie vom Austausch und den Begegnungen mit (meist lokalen) Parteienvertretern, die sie im Rahmen anderer Engagements (in NGO's beispielsweise) machten. So sind ihnen Strukturen, Abläufe und Personen aus Ortsvereinen und Stadtratsfraktionen im regionalen Raum durchaus be-

9 | Wolfram Siener bei Maybrit Illner. Ein Zusammenschnitt der Sendung vom 13.10.2011 ist online verfügbar unter: <http://www.youtube.com/watch?v=VI4SB9mFOCA> (eingesehen am 9.12.2013).

10 | Interview mit Wolfram Siener, ARD-Wochenspiegel, 16.10.2011, online unter: <http://www.youtube.com/watch?v=QBG2pBt7G24> (eingesehen am 9.12.2013).

11 | Ebd.

kannt, sie werden als Selbstverständlichkeit in die eigenen Erzählungen eingewoben und als ansprechbares Gefüge für das eigene (Protest-)Anliegen mitgedacht.

Carla: „(Unser, Anm. d. V.) Kollektiv versteht sich schon eher als so ein bisschen parteien- und parlamentarismuskritisch, obwohl man in einer Partei ist und so weiter. Partei eher als Mittel zum Zweck angesehen und nicht als das Eigentliche, die Sinnstiftung des Tuns. Aber parlamentarisches Handeln hat ja bestimmte Vorzüge auch. Also jetzt nicht das Geld, das Geld ja, aber das ist im Stadtrat nicht so relevant. Aber bei einer Landtagsabgeordneten, die kann halt so ein Büro finanzieren über ihre Diäten. Aber auch die Zugänge zu Informationen zu Gesetzesentwürfen, zu den Möglichkeiten Anfragen zu stellen.“

Dies gilt insbesondere – siehe obiges Zitat – für Aktivisten mit vieljähriger Vertrautheit im aktivistischen Bewegungsspektrum. Sie kennen und wertschätzen das Arbeitspensum von Mandatsträgern. Ihnen sind Notwendigkeiten, Abhängigkeiten und Erfordernisse im Verlauf politischer Prozesse bewusst. In ihren Erzählungen werden sie reflektiert und problematisiert.

Torben: „Ich selber saß in keinem Parlament, hätte auch auf bestimmte Sachen gar keine Lust. Stadtrat zum Beispiel, wenn ich mir sozusagen einfach nur angeschaut habe, was da Leute für Aktenstapel mit nach Hause schleppen, das ist wirklich Wahnsinn. Also nicht mal, wenn du einen guten Willen hast und 24 Stunden am Tag durcharbeitest, also sogar auf Schlaf verzichten würdest, zwei Jahre lang – das kannst du nicht durcharbeiten. Das geht nicht. Ich meine, zum Teil teilt man sich das ein, aber ich glaube, das ist zu kleinteilig und ist extrem viel Verwaltungskram. Da hat man auch wenig tatsächlich politischen Spielraum.“

Dieses vergleichsweise hohe Maß an Wissen über die praktische Politik wiesen indes nicht alle Befragten auf. Vor allem jüngere Occupyer, die weniger Vorerfahrung in Initiativen, Vereinen und Vereinigungen besaßen, hatten für diese prozesshafte Seite der Politik weniger Verständnis; so wie sie ein distanzierteres Verhältnis zu den Parteien insgesamt pflegten. Ihre retrospektiven Auslassungen über Erlebnisse in organisierten Parteistrukturen fielen denkbar negativ aus.

Dominik: „Und ich habe mich dann bei den Grünen in Aschaffenburg angemeldet und bin, weil es erst mal kein Treffen gab bei den Grünen selbst, bin ich zur Grünen Jugend. Und da war ich erstens der Älteste, zweitens wurde mir am ersten Treffen gesagt, ich sollte doch bitte verschweigen, dass ich ein Auto habe, weil damit komme ich überhaupt nicht gut an. Und ich habe mich total fehl am Platz gefühlt, weil es ging da nicht um Politik. Es ging nicht darum, dass man irgendwem kritisch gegenüber steht. Es ging darum: ‚Wie können wir uns eine gute Zeit machen?‘ Und das fand ich halt total fehl am Platze. Und so bin ich halt zu keinem, also ich bin zu zwei, drei Treffen hin, habe am Rande eine Anti-Nazi-Veranstaltung mitorganisiert, wo ich am Ende dann abgesprungen bin, weil es nur noch um solche Fragen ging wie, ‚Kommen Holländer? Können die ein bisschen Gras mitnehmen?‘, ‚Wie viel Bier

müssen wir besorgen?‘, ‚Wir brauchen aber mindestens zwei Redner, damit es auch eine politische Veranstaltung ist.‘ Ja und das wurde mir dann einfach zu bunt. Und dann bin ich praktisch, ja, es waren also, fünf Monate war ich insgesamt Parteimitglied, davon war ich glaube ich anderthalb Monate aktiv. Ich war bei keinem Treffen der Grünen selbst. Und also wie gesagt, ich wollte da nur reinschnuppern. Auch wenn ich offiziell in einer der Listen für ein paar Monate geführt wurde, ich selbst war nie in einer Partei. Ich habe es mir einfach nur angeschaut und da war ich einfach enttäuscht.“

Diese Erzählphasen waren geprägt von Schilderungen der Enttäuschung, der Ernüchterung und der unerfüllten Erwartungen. Nicht zynisch, nicht fluchend, nicht verachtend war in diesen Gesprächsabschnitten der Tonfall, vielmehr überwog Resignation und Unverständnis. Dabei waren die entsprechenden Befragten – so jedenfalls ihre Berichte – hoffnungsvoll in die jeweiligen Parteien eingetreten, wollten etwas bewegen, sich einbringen, etwas Neues in Gang setzen und wurden dabei jäh gestoppt.

Bertram: „Dann gab es 2005 diese Initiative, die sich gegründet hat, diese Wahlalternative für Arbeit und Soziale Gerechtigkeit, diese WASG, also ich war vorher nie in der Partei aktiv und habe das aber total spannend gefunden, [...] dass man gesagt hat ja, wir sind nicht nur eine soziale Bewegung, wir machen jetzt eine Partei. [...] Also ich wäre sonst nie in irgendeiner Partei eingetreten, aber damals war das halt für mich so ein Ding, das fand ich cool, weil die wollen etwas Neues machen, es ist halt etwas anderes als die etablierten Parteien, wir kommen aus den sozialen Bewegungen. Und habe mir das mal hier angeschaut, [...]. Man hat sich immer um sich selbst gedreht. Es ging: Wer besetzt jetzt diesen Posten und den, ja, in dieser Kommission, also man hat sich mit sich selbst beschäftigt, die ganze Zeit und man ist von außen eigentlich gar nicht sichtbar gewesen, so wie ich es mir gerne gewünscht hätte. [...] da gab es auch persönliche Auseinandersetzungen, die Leute haben sich beschimpft und irgendwie so, also, wo es da wirklich irgendwie so um Macht ging, und das war wirklich so, wo ich dachte, ey, hier musst du (unverständlich) machen, die Leute also, die beschäftigen sich alle mit sich selbst und eigentlich hast du keine Wirkung nach außen irgendwie groß und da bin ich halt rausgegangen aus der WASG, ausgetreten und habe mich dann wieder verstärkt bei Attac vor allen Dingen engagiert. [...] lief halt einfach auch ganz vieles so bürokratisch ab. [...] Ich habe mich eher in außerparlamentarischen oder in solchen Bündnissen eher wohl gefühlt. [...] was du so halt in den Parteien so typisch halt so diese, naja, diese Ellenbogensachen.“

Deutlich traten in diesen Diskussionsabschnitten zwei aufeinander aufbauende Argumentationsfiguren zutage. Zum einen wurden die Gesprächsphasen über Erfahrungen mit und in Parteien dazu genutzt, um auf das Trennende aufmerksam zu machen. Das zugrundeliegende Narrativ verläuft entlang zahlreicher von den Aktivisten als solche empfundene, wahrgenommene und geschilderte Gegensätzlichkeiten: Hier die offenen Initiativen, dort die verkrusteten Parteien. Hier eine lose verbundene „Politik von unten“, dort ein starres Machtgefüge. Hier

flexible Bündnisse, dort statische Apparate. Zusammengenommen und pointierter: Hier Bewegung, dort Stillstand. Es ist die Konstruktion zweier Gegenpole, die hier gleichermaßen und parallel zum Vorschein kommen. Und gerade aus dieser Herstellung von Kontrasten speist sich Überzeugung für die Richtigkeit des eigenen Tuns. Denn nur dort, wo es identifizierte Verwerfungen und Gewissheiten über dunkle Abgründe gibt, kann das eigene Engagement erstrahlen. Das Handeln erhält somit Legitimität. Zum anderen nehmen die Befragten – daran unmittelbar anknüpfend – Personalisierungen bei ihrer Pejorierung etablierter Parteienpolitik vor.

Bertram: „Parteien, wenn sie dann erfolgreich sind, ziehen auch einen gewissen Schlag von Leuten an, glaube ich, so eine gewisse Sorte von Menschen, [...] als es dann klar war, ja die WSAG Leute auf der Liste der PDS für die Bundestagswahlen oder so mit antreten lassen, da sind plötzlich Leute aufgetaucht, hast du vorher nie gesehen, [...] da waren auch komische Leute dabei, wo dann herauskam, der war vorher auch schon bei der NPD und der war von (unverständlich) und keine Ahnung. Das waren irgendwie, weiß ich nicht, die kamen von überall her irgendwie. Das war so ganz komisch, wo es dann plötzlich darum ging, ja hier gibt es die Möglichkeit irgendwie, also so dieses, wo man die Möglichkeit sieht, vielleicht von der Politik zu leben, anstatt, dass man Politik macht, indem man, ich weiß nicht. Und das hast du bei Attac zumindest nicht in dem Maße. Oder gerade so bei lokalen Bündnissen hast das eigentlich überhaupt nicht, weil da gibt es keine, also das machen alle ehrenamtlich oder meistens zumindest. Und da gibt es jetzt nicht irgendwie eine Machtposition [...] oder jemanden, wo er halt Geld kriegen kann dafür, und wo er halt das macht um, ja um, ich will das jetzt nicht unbedingt negativ werten oder so, ja, um sich selbst abzusichern oder so. Das ist halt irgendwie in Parteien, finde ich, sehr stark so.“

Sie nehmen Zuschreibungen vor, wonach Parteien nur auf „einen gewissen Schlag von Menschen“ attraktiv wirkten, dem es darum ginge, mit „Ellenbogen“ an „Posten“ zu gelangen. „Beschimpfungen“ gehörten wie selbstverständlich in die dafür geführten „Auseinandersetzungen“. Dabei kritisieren die Befragten, dass „der Politiker“ nicht wirklich kritisch, nicht wirklich politisch, nicht wirklich an Inhalten interessiert sei – hier übrigens erneut häufig im Gegensatz zu Aktivisten in Bewegungsformationen –, sondern ihm einzig an seinem persönlichen Aufstieg innerhalb einem strukturell festen Gefüge gelegen ist.

Bertram: „Jetzt ist es durchaus ziemlich verkrustet so, [...] also da hast du ja auch diese Hierarchien. Es ist ja nicht so, dass du in eine Partei reingehst und sich dort die Klügsten oder so durchsetzen, [...] die mit den Idealen und die irgendwie, die ein ideales Bild haben, sondern, es ist irgendwie die Macht in den Strukturen.“

Es ist ohnehin der Typus des Politikers sowie dessen Rolle im politischen System, die in der Kritik stehen. Jedoch werden sie ambivalent beschrieben. Im Verbund mit Darstellung und Beurteilung der eigenen Erfahrungen in Parteien äußern

Aktivisten mit breitem politisch-aktivistischem Erfahrungshorizont – wie oben gezeigt – durchaus Verständnis für Handlungen und Arbeitsweisen politischer Eliten, die in einem Gefüge aus Abhängigkeiten, Bindungen und Drucklagen operierten. Losgelöst von diesen meist auf persönlichen Kontakten und selbst erlebte Ereignisse beruhenden Erzählpassagen sowie mit zunehmender institutioneller wie geografischer Entfernung zum Tätigkeitsort der parteipolitischen Akteure (Land, Bund, Europa) nehmen offenbar auch die Vorbehalte, die empfundene Distanz, ja in Teilen: die Verachtung gegenüber dem Personal politischer Parteien zu – wiederum bei den jüngeren Befragten harscher im Ton als bei den älteren. Der wesentliche Vorwurf an die Parlamentarier lautet: Ihr vertretet uns nicht!

Anita: „Ich glaube, dass wenige Politiker sich das am Anfang vorgenommen haben, was sie letztendlich machen. Also, es hat einfach ganz viel mit Korruption zu tun, es hat ganz viel mit Vitamin B zu tun und mit ‚Ich muss aber jetzt das machen‘ zu tun, ‚weil ich von oben Druck kriege‘. Und das ist eigentlich das Problem. Ich habe kein Problem mit irgendwelchen Parteien, sondern es ist einfach die Tatsache, dass Volksvertreter nicht mehr das Volk vertreten. Und ich sehe da, klar in unterschiedlichen Stufen, aber letztendlich ist es für mich alles ein Einheitsbrei, weil irgendwo alle beeinflusst werden und nicht das machen, wofür sie eigentlich eintreten wollen und sollen, das ist eigentlich mein Problem.“

Das Gefühl der Nicht-Repräsentation grundiert die Sichtweisen der Befragten auf Politik(er), Parteien und Parlamente auf elementare Weise. Die Occupyer berichten von einem Graben, der sich zwischen ihnen – der Bevölkerung – und der Politik aufgetan habe. Eine Entwicklung der Entkoppelung und damit verbundenen gegenseitigen Entfremdung habe stattgefunden, deren Beginn nicht mehr exakt nachgezeichnet werden kann, handelte es sich doch vielmehr um eine Art schleichenden Prozess, den Erzählungen der Befragten weiter folgend. Dieser Verlauf sei mittlerweile derart fortgeschritten, dass sich nicht nur eine Nicht-Vertretung des Volkes durch die Volksvertreter feststellen ließe – dies würde nämlich zumindest nicht ausschließen, dass die Gewählten prinzipiell in der Lage wären, das Volk zu repräsentieren, es aber schlichtweg nicht tun (können) –, sondern eine irreversible Entzweiung stattgefunden habe, bei der „die politische Klasse“ jedwede Berührungspunkte zu „den Menschen“ eingebußt habe.

Bertram: „Durch die Occupy-Proteste ist ja noch einmal sehr deutlich geworden, also ich meine ja, die Repräsentanten in der Bundesrepublik repräsentieren ja auch im weitesten Sinne überhaupt nicht. Dass wenn man es jetzt so wahrnimmt, dass der Bundestagsabgeordnete für diesen Wahlkreis zum Beispiel im Bundestag sitzt und sozusagen diesen Wahlkreis oder die Position oder die Mehrheitsmeinung der Leute hier zu repräsentieren irgendwie, dass findet ja nicht wirklich statt. [...] und ich meine, da kannst du alles mögliche hernehmen, ob so, so Positionen zu Bahnprivatisierung, zur Atompolitik oder zu was auch immer was, also zu Auslandseinsätzen in Afghanistan oder so. Wenn du dann hier in diesem

Wahlkreis eine Volksbefragung dazu durchführen wolltest oder auch bundesweit, würde da, glaube ich, etwas anderes rauskommen, als das, was im Bundestag beschlossen wird. Und auch diese Rettungspakete oder so. [...] Also es gibt halt eine riesige Kluft zwischen politischer Klasse und den Menschen, und da muss halt etwas passieren.“

Die Einschätzung, dass der kollektiv identifizierte Bruch zwischen „der Politik“ und „dem Volk“ ohne einschneidende Veränderungen im System wieder gekittet werden könnte, verneinen die Befragten. Sich festgefahren, sich gegenüber äußeren Entwicklungen quasi immobil gezeigt und sich über die Zeit hermetisch abgekapselt habe sich das eine Bruchstück in diesem Zerwürfnis – die Politik. Nunmehr selbstgenügsam und selbstreferenziell bewege sie sich in abgeschlossenen, arkanen Räumen. Der Öffentlichkeit werde ein auf Dauer gestelltes Theaterstück aufgeführt, bei dem die Darsteller mittlerweile nach Qualität ihrer Schauspielkunst Ämter und Posten erlangen – willfährig, austauschbar, beliebig.

Dominik: „Oder ich frage mich, wieso bitte schön, am Anfang wurde Rösler so groß als Gesundheitsminister propagiert. Er kommt aus dem medizinischen Bereich. Er hat da Ahnung, passt perfekt. Aber sobald eine bessere Stelle frei wird, kann er perfekt wechseln. Und dann frage ich mich, ist er in beiden Stellen gleich inkompetent? Oder spielt es einfach keine Rolle, wer der Kopf an dieser Stelle ist, weil das Ministerium hinten dran eh eigenständig arbeitet. Das also, ich stelle mir da einfach nur die Frage: Ist das dann einfach nur eine Scheinregierung, die wir da haben? [...] Es wird so viel immer in Hinterzimmern besprochen. Und vorne dran hat man wieder dieses Schauspiel. Also, wie gesagt, diese Soap-Opera. Schöne Sache aktuell mit dem ESM.“

So geraten – den Erzählungen der Befragten weiter folgend – die Politiker zu hohlen ununterscheidbaren Figuren, die sich auf einem fixen politischen Tableau mit Inhalten befüllen, nach Belieben versetzen und verschieben lassen. Eigene Überzeugungen wider dem Trend, den Konjunkturen kurzfristiger Stimmungen überdauernder Anschauungen sowie aus der eigenen Biografie begründete, für unverrückbare erachtete Werte und Einstellungen dürften beim Berufspolitiker dieser Jahre keine gewichtigen Rollen spielen, so er denn sein höchstes Ziel – karrieristisches Vorankommen – nicht gefährden will.

Dominik: „[...] diese starken Parteisoldaten, die keine einzige Wählerstimme bräuchten eigentlich, um oben in der Liste zu sein, dass die eben nicht mehr so stark oder so gut vertreten sind. Ich meine, ich glaube, die durchschnittliche Dauer im Bundestag sind zwölf Jahre. Am Anfang kümmern sie sich darum noch, gewählt zu werden, später geht es darum, oben in der Parteiliste zu sein. [...] wie jemand einer Bank praktisch darauf aufpassen muss: ‚Schade ich dem Image meiner Partei?‘ ‚Identifiziere ich mich mit meiner Partei?‘ ‚Kämpfe ich für meine Partei?‘ Also nicht dieses ‚Ich bin Repräsentant von Personen‘, die mich gewählt haben. Sondern ‚Ich bin Repräsentant der Partei, dieser Organisation. Mit allem was dazu gehört.‘ [...] Und dann hätte ich als Wähler bei einem Politiker vielleicht

das Gefühl, dass die Gewissensentscheidung auch wirklich eine Gewissensentscheidung wäre, weil dieser Mann ein Gewissen hat. So sehe ich irgendwelche rückgratlosen Leute, wo ich im besten Fall denke, okay, wer bezahlt sie denn, wenn sie mal mit der Politik fertig sind. Gehen sie zu Gazprom, gehen sie zu Bilfinger Berger wie Roland Koch, schreiben sie ein Buch, werden dann irgendwo etwas anderes? Oder fliegen sie hochkant aus der Politik raus, weil sie irgendwo abgeschrieben haben und werden dann europäischer Berater für Transparenz?“

Hier findet sich ein weiteres Grundmuster in den Kritiken der Befragten: die Bemängelung der Überlappungen, Verästelungen, ja kaum kaschierten Kollaborationen von Politik und Wirtschaft. Denn dieser Typus Politiker, so die hier verdichteten Erzählungen, ist nicht nur bis zur Unsichtbarkeit geschmeidig in innerparteilichen, innerfraktionellen und tagespolitisch-thematischen Angelegenheiten; er ist zudem überaus beeinflussbar, ja muss es teilweise sein, sonst wäre er nicht dort, wo er ist, schließlich herrsche ein beinahe symbiotisches Verhältnis zwischen den Konzernen, Banken und Großindustrien sowie dem politischen Betrieb. Der Part des Politikers wird dabei vielfarbig charakterisiert: als faktisches Ausgeliefertsein und willfähriger Anbiederung, als Vereinnahmung und Käuflichkeit, als bloßes Machtstreben, kalkulierter Interessensdurchsetzung oder Naivität. Bei den Befragten hat sich darüber der Eindruck verfestigt: Staat und Wirtschaft wenden sich im Verbund gegen den Souverän, wobei unklar ist, wer tatsächlich die Macht besitze. Die Beeinflussungen und Überlagerungen beider vermeintlich getrennter Sphären beobachten sie allerorten: im Kleinen daran, wie überforderte Kommunalpolitiker sich auf undurchsichtige Deals mit Strom- und Energieunternehmen einließen; im Großen daran, dass externe Kanzleien Bundesgesetze schreiben und Bankenvorstände ihre Geburtstage auf Staatskosten im Kanzleramt feiern. Die öffentliche Debatte jedenfalls – von den Befragten vielfach betonte wie gelobte Grundidee des Parlamentarismus – sei längst zu einer inszenierten Differenz zwischen konstruierten Parteipositionen verkommen. Nicht zuletzt ist bei ihnen aus einem einstigen Eindruck längst die Gewissheit erwachsen: Die Politik fällt Entscheidungen über die Köpfe der Bevölkerung hinweg.

Dominik: „Willkommen im Land der Seilschaften. [...] Weil wir finden nicht die Position der Politiker falsch. Wir finden die Leute, die uns vertreten sind nicht mehr so sozialisiert, dass sie uns wirklich vertreten wollen. [...] Und zwar, ich möchte einen Politiker haben, der sagt, okay, wenn wir das wirklich angehen, dann möchte ich jetzt sagen, ich liefere einen Lösungsvorschlag und vielleicht sind es bittere Pillen, die geschluckt werden müssen. Man könnte auch etwas Biblisches nehmen nach dem Motto, sieben Jahre unglaublich hohe Steuern und wir legen fest, dass danach die Steuern garantiert gesunken, abgesenkt werden. [...] wenn Müntefering nach der Wahl sagt, dass Wähler nach der Wahl nicht erwarten dürfen, dass Wahlversprechen auch gehalten werden und das in einem Interview sagt, dann fühle ich mich verarscht. Dann kann ich nur sagen, er ist falsch da.“

Es wird vonseiten der Befragten der Wunsch nach einem wahrhaftigen Polit-Personal geäußert, wobei das Anliegen formuliert wird, dieses müsse dazu in der Lage sein – ein für allemal –, Parteigrenzen zu überwinden, überkommene Abläufe aufzubrechen und neue, überparteiliche, flexible, jeweils an der Sache orientierte Verbindungen einzugehen.

Dominik: „Ich würde mir wünschen, dass die Leute im Bundestag sich trauen würden, ein bisschen von diesem Fraktionszwang wegzugehen. Hin zu: Das ist eine Thematik und wir haben unterschiedliche Leute, die die Thematik unterschiedlich bewerten. Und die Leute, die auf der einen Seite [...], egal von welcher Partei sie kommen, stimmen eben dafür. Und die die dagegen sind eben dagegen. Aber nicht nach dem Motto, dass man sagen kann, okay, die SPD ist per se dagegen und wenn es ein bis zwei Abweichler gibt, dann wird eben Druck auf die ausgeübt. Ich würde mir wünschen zum Beispiel, dass sich eine Regierung bildet und dann sagt jemand, FDP und CDU treffen sich und die sagen, hey, aber den besten Politiker, den wir für Umweltschutz finden können, der steckt eben bei der SPD und deswegen würden wir den gerne in der Regierung haben. Das wäre eine vertrauensbildende Maßnahme für mich, wo endlich mal Kompetenz über Parteizugehörigkeit zählt.“

In dieser Idealvorstellung ist auch die Annahme mit angelegt, wonach unabhängige Fachleute, die über Verstand und Vernunft verfügten, fähig seien, etablierte, von den Befragten als unzeitgemäß dogmatisch wahrgenommene Aushandlungsrituale zu überwinden und einen neuen auf Vertrauen basierenden Umgang in der Politik zu begründen. Zwar war der Ruf nach politischen Experten keinesfalls dominant während der entsprechenden Diskussionsphasen, jedoch immer wieder latent festzustellen. Werte wie „Glaubwürdigkeit“, „Prinzipientreue“ und „Vertrauen“ erfuhren eine besondere Betonung, galten sie doch unter den Befragten weitgehend als Mangelware in der Politik. An dieser Stelle – eingebunden in die Klagen über die Beliebtheit heutiger Spitzenpolitiker – wird gerne ein Blick in die Vergangenheit unternommen. Retrospektiv erscheinen ihnen Charaktere wie beispielsweise Herbert Wehner, Franz-Josef Strauß und Helmut Schmidt, die noch genug Schneid besessen hätten, unbequeme Entscheidungen auch gegen Widerstände durchzusetzen, über Qualitäten verfügt gehabt zu haben, die in den zurückliegenden Jahre verlustig gegangen seien.

Dominik: „Gut, ich habe mir mal eine Weile alte Parteibundesdiskussionen angehört, als die Grünen neu waren, weil das war sehr spannend. Mit Franz-Josef Strauß. Sind nicht meine Standpunkte gewesen, aber rhetorisch hat es mir einfach Vergnügen bereitet, und man sagt, wenn man so möchte, so ein kleines bisschen hat er zumindest verkauft, dass er den Standpunkt, den er erzählt hat, irgendwo vertrat. Also man konnte ihn einigermaßen einordnen. Und heutzutage da kommt Merkel mit der schwäbischen Hausfrau an, die mit ihren Finanzen umgehen kann. Und auf der anderen Seite werden, wie hat der Spiegel Online das so schön titulierte, die roten Linien, immer wieder überschritten.“

Das vermeintlich Berechenbare, die Authentizität schätzten die Befragten an den Strauß' und Schmidts. Sie hielten sie nicht für sympathischer, nicht für überzeugender, nicht einmal für fähiger, aber in ihrem Auftreten und in ihren Aussagen für glaubwürdiger, aufrichtiger, ja „echter“. Nicht ihre Positionen hinterließen bei ihnen Eindruck – sie stehen ihnen zu Teil diametral gegenüber –, dafür aber ihre Haltungen. In den Augen der Befragten entziehe der Politiker von heute der Politik das Politische, während früher Typen in den Parteien vertreten gewesen seien, die aufgrund persönlicher Überzeugungen und einem ausgeprägten Wertmaßstab den politischen Raum mit Leidenschaft und Charisma politisierten.

Dominik: „Es ist natürlich eine Gratwanderung zwischen sinnvoller Politik mit dem Anspruch nach dem Motto ‚Das was ich gestern gesagt habe, kann sich morgen als falsch herausstellen, und ich muss darauf reagieren‘ und einem gewissen Standpunkt, den man trotzdem vertritt, wo man sich also selber treu bleibt. Und ich glaube, so ein kleines Bisschen hat das mit diesen moralischen Werten zu tun, weil, wenn ich für gewisse moralische Werte einstehe, wo die Grünen zum Beispiel mit ihrer Ökologie und ihrem Ökologiedanken sehr groß gepunktet haben, weil sie es immer vorangestellt haben, und die gehen dann hin und sagen: ‚So, wir sind, auch wenn es wirtschaftlich nicht so toll ist, weiterhin für Unterstützung der Solarindustrie. Einfach weil wir das ideologisch gut finden.‘ Da kann ich diesen Standpunkt bewerten [...] und dann kann praktisch der Souverän, das Volk entscheiden.“

Wobei es mit der Prinzipientreue auch nicht übertrieben werden dürfe, folgt man den Berichten der Aktivisten weiter. Aus konsequent vertretenen Überzeugungen könnten sich nur allzu schnell Starrköpfigkeiten entwickeln – bei Politikern sowie bei Parteien insgesamt –, wobei Aufgeschlossenheit, Kommunikationsbereitschaft, die Fähigkeit Mitsprache und Widerrede zuzulassen sowie die Bereitschaft dazuzulernen, sich von Argumenten überzeugen zu lassen, in der Politik unablässig seien. Nur dann wehe ein „frischer Wind“, geben sich Aktivisten überzeugt.

Dominik: „Ich habe mich zu dem Zeitpunkt auch schwer getan mit, wie kann man sagen, so verbohrten Ideologien. Und die findet man bei der CSU, die findet man bei der SPD. Das sind immer diese alten bewährten Standpunkte, an denen sie sich immer wieder abarbeiten. Mit den alten Konzepten, alten Argumentationsketten und dergleichen. Und da hatte ich einfach die Hoffnung, dass die Grünen, weil sie eben noch nicht so eine alte Partei sind und so ein kleines bisschen frischer Wind immer noch dabei ist, da offener sind, dass man praktisch da viel mehr mitgestalten kann.“

Eine solche Offenheit zeigten indes die wenigsten Parteien – und wenn, auch nur für eine kurze Zeitspanne, bevor sie sich den Etablierten anpassten. Folglich fühlten die Befragten kaum Verbundenheit mit einer Partei und selbst diejenigen, die über ein Parteibuch verfügten – mehrheitlich jenes der Partei Die LINKE – kritisierten „das Konstrukt Partei“. Gleichwie gab man an, prinzipiell allen Vereinigungen gegenüber aufgeschlossen zu sein. Eine Ausnahme hatte es

dabei scheinbar für Teile der befragten Occupy gegeben. Eine Partei hatte – ihren Sichtweisen nach – tatsächlich Offenheit, Transparenz und Ehrlichkeit im Umgang mit politischen Entscheidungen versprochen, eine zeitgemäße Herangehensweise an Meinungsfindungs- und Abstimmungsprozesse sowie die Aussicht – jenseits von links und rechts – eine andere, eine neue Politik möglich zu machen. Die Rede ist von der Piratenpartei, die bei der Bundestagswahl 2009 zwei Prozent der Wählerstimmen erhielt, woran sich in den Folgejahren mehrere Wahlerfolge auf Landesebene anschlossen.¹² Doch wie im Zeitraffer, so die Befragten, ließ sich auch ihr Niedergang von einer basisdemokratischen Hoffnungsträgerin zu einer Partei von Postenjägern beobachten.

Winfried: „Mit der Zeit, in der ich mich informiert habe, hat man halt gemerkt, irgendwas liegt im Argen. Und als die Piratenpartei auftauchte, gleich ganz am Anfang eigentlich – Sachsen war auch mit eines der ersten Bundesländer, die sie etabliert hat –, hatte ich gedacht: Mensch, die machen das alles anders. Und am Anfang war da ja auch dieser basisdemokratische Ansatz: Alles ist transparent, jeder kann mitdiskutieren, ob er in der Partei ist oder nicht. Es wurde ja wirklich alles auf Wikis gestellt. Es gab ja überhaupt keine internen Sachen, die nie veröffentlicht wurden oder so. Und das hat mich interessiert, und ich dachte halt: Mensch, das könnte was sein. Und vor allem, weil die Leute, die dort waren, gesagt haben: Ja, wir machen das in Form einer Partei, damit wir auch seriös genommen werden. Aber wir wollen eigentlich auch die Parteienlandschaft und das Parteiensystem umwälzen. Nur auf einem legalen Weg und auf einem Weg, auf dem wir hoffen, die Menschen erkennen, wir wollen es anders machen. Das war am Anfang so. Aber das Ding ist halt, durch die gesetzlichen Grundlagen und durch diese Freiheit, die diese Partei hat, ist es durchaus möglich gewesen, dass Leute mit finanziellen Interessen oder anderen politischen Einstellungen in Positionen gekommen sind, ich persönlich sage es etwas abwertend: die typischen Schlipsträger, die da in Positionen gekommen sind. [...] Also ganz, ganz viele Leute, die diesen basisdemokratischen Ansatz hatten, hatten gar nicht das Interesse, sich für einen Parteichef oder so zu melden. Und es wurde halt komplett korrumpiert [...] und jetzt kulminiert das extrem übel.“

Auch hier: Die Abwendung von der Piratenpartei erfolgte meist enttäuscht. Einige ältere Teilnehmer fühlten sich dabei an das von ihnen meist euphorisch begleitete Aufkommen und an die als schmerzhaft empfundene Etablierung der Partei Die Grünen Mitte/Ende der 1980er Jahren erinnert. Jüngere Aktivisten verbanden mit den Piraten „ein paar nette Ansätze“, indes ohne den Glauben daran, die selbsternannte Mitmach-Partei könnte die Parteienlandschaft auf irgendeine Art entscheidend beeinflussen.

12 | Grundlegend und umfassend dazu Stephan Klecha u. Alexander Hensel, Zwischen digitalem Aufbruch und analogem Absturz: Die Piratenpartei, Opladen 2013.

Lars: „Also die Piraten haben ein paar nette Ansätze. Ich glaube aber, die werden genauso enden wie die Grünen. Die Grünen hatten auch nette Ansätze, sind jetzt die absoluten Kapitalisten und Kriegsbefürworter und was weiß ich nicht was, und ich habe wenig Hoffnung in ein Parteiensystem oder wenn, müsste es grundlegend geändert werden. Also dieses Liquid Democracy mag ein netter Ansatz sein. Für mich aber noch nicht der Grund, so eine Partei zu wählen.“

Nichtsdestotrotz steht noch aus, das Faktum der Gleichzeitigkeit von elektoraler Hausse der deutschen Piraten und der Formierung der Plätze besetzenden Occupy-Gruppen genauer zu untersuchen.¹³ Hier liegen bisher lediglich Annäherungsversuche vor.¹⁴ Gründlicher zu beleuchten wären überdies die frühen Reaktionen führender Akteure der Parteien auf die sich entwickelnde Protestbewegung. Denn im Herbst 2011 waren in bemerkenswerter Geschwindigkeit positive Stellungnahmen hinsichtlich der anfänglich meist als bankenkritisch beschriebenen Protestbewegung zu vernehmen. Die Freundlichkeiten kamen aus allen politischen Lagern. Ihre Partei werde „alles dafür tun“¹⁵, dass sich in Deutschland eine Bewegung nach US-amerikanischem Vorbild entwickle, sagte Sarah Wagenknecht, damals stellvertretende Vorsitzende der Partei Die LINKE, bereits eine Woche vor Beginn der deutschen Platzbesetzungen. Wenn in Amerika eine Besetzung der Wall Street gefordert werde, so Wagenknecht, „dann müssen wir in Deutschland sagen: Occupy Deutsche Bank, Occupy Commerzbank.“¹⁶ Die Grünen hatten ebenfalls zum weltweiten Aktionstag am 15. Oktober 2011 aufgerufen: „[...] nun auch in Deutschland: Die Bürgerinnen und Bürger stehen endlich global auf für mehr soziale Gerechtigkeit.“¹⁷ Der Ex-Parteichef und Ex-Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Bundestag, seinerzeit bereits Frak-

13 | Am 18. September 2011 erhielt die Berliner Piratenpartei bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus 8,9 Prozent der Stimmen. Zum „Hype“ und den Folgen des „Siegeszuges“ vgl. Alexander Hensel, Stephan Klecha u. Franz Walter, *Meuterei auf der Deutschland. Ziel und Chancen der Piratenpartei*, Berlin 2012, S. 29 ff.

14 | Etwa die Piraten als transnationale Bewegung bei Leonhard Dobusch u. Kirsten Gollatz, *Piraten zwischen transnationaler Bewegung und lokalem Phänomen*, in: Christoph Bieber u. Claus Leggewie (Hg.), *Unter Piraten. Erkundungen in einer neuen politischen Arena*, Bielefeld 2012, S. 24-40; vgl. Sigrid Baringhorst u. Mundo Yang, *Protestkulturen und Parteigründungen – das Beispiel der Piraten*, in: Christoph Bieber u. Claus Leggewie (Hg.), *Unter Piraten. Erkundungen in einer neuen politischen Arena*, Bielefeld 2012, S. 187-198.

15 | Stefan Lange u. Thomas Kutschbach, „Occupy Deutsche Bank, Occupy Commerzbank“, in: *dapd Basisdienst*, 8.10.2011.

16 | Ebd.

17 | Vgl. Homepage-Mitteilung der Partei Die Grünen, Mr. Rich, übernehmen Sie Verantwortung, 12.10.2011, online unter: <http://www.gruene.de/themen/europa/mr-rich-uebernehmen-sie-verantwortung.html> (eingesehen am 13.12.2013).

tionsführer der saarländischen LINKEN im Saarbrücker Landtag, Oskar Lafontaine, sagte auf einer Kundgebung seiner Partei in Richtung Occupy: „Wir haben doch viele gemeinsame Ziele.“¹⁸ Und: Occupy dürfe die Rolle von Parteien nicht zu gering schätzen. Ebenfalls im November 2011 traf der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel Occupy-Wall-Street-Aktivisten im Rahmen einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung.¹⁹ FDP-Politiker kamen in den Camps mit Occupyern zusammen. Die Frankfurter Rundschau resümierte einen solchen Austausch von Liberalen und Aktivisten: „Plötzlich wirken sie alle wir Brüder und Schwestern im Geiste.“²⁰ Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) sagte, er beobachte Occupy „mit großer Aufmerksamkeit – ich nehme das sehr ernst.“²¹ Und auch Bundeskanzlerin Angela Merkel äußerte Verständnis gegenüber Occupy und ließ mitteilen, sie verstehe die „tiefe Sorge“²² der Demonstranten. Darin komme ein „berechtigtes Gerechtigkeitsverlangen der Menschen“ zum Ausdruck. Die Schuld dürfe man indes nicht ausschließlich bei den Banken suchen. Einzig das spätere Staatsoberhaupt der Bundesrepublik, Joachim Gauck, kritisierte Occupy zu einem sehr frühen Zeitpunkt, nannte die Protestbewegung „unsäglich albern“.²³ Der Traum von einer Welt, in der man sich der Bindung von Märkten entledigen könne, so Gauck rund ein halbes Jahr vor seiner Wahl zum Bundespräsidenten, sei eine „romantische Vorstellung“. Es sei ein „Irrtum“, zu glauben, dass alles schön sei, wenn man das Kapital besiege. Die Bürgerproteste gegen die Banken und das Finanzsystem würden sich seiner Ansicht nach nicht zu einer dauerhaften Bewegung entwickeln: „Das wird schnell verebben“. Gauck wurde

18 | O.V., Lafontaine will Occupy aus der Reserve locken, in: dapd, 18.11.2011.

19 | Vgl. Sigmar Gabriel und Peter Struck treffen Aktivisten der Occupy-Bewegung, Pressemitteilung 385/11, 22.11.2011, online unter: http://www.spd.de/presse/Pressemitteilungen/20550/20111122_aktivisten-treffen.html (eingesehen am 6.12.2013).

20 | Jonas Nonnenmann, FDP-Politikerin wagt sich ins Rebellencamp, in: Frankfurter Rundschau, 31.10.2011, online unter: <http://www.fr-online.de/frankfurt/occupy-frankfurt-fdp-politikerin-wagt-sich-ins-rebellencamp,1472798,11084676.html> (eingesehen am 13.12.2013)

21 | O.V., Schäuble nimmt Demonstrationen „sehr ernst“, in: Stern.de, 17.10.2011, online unter: <http://www.stern.de/politik/deutschland/occupy-proteste-schaeuble-nimmt-demonstrationen-sehr-ernst-1739501.html> (eingesehen am 6.12.2013).

22 | Vgl. O.V., Merkel versteht die „tiefe Sorge“ der Demonstranten, in: Welt.de, 17.10.2011, online unter: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article13665369/Merkel-versteht-die-tiefe-Sorge-der-Demonstranten.html> (eingesehen am 6.12.2013).

23 | Vgl. O.V., Gauck findet Antikapitalismus-Debatte albern, in: Süddeutsche.de, 17.10.2011, online unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/occupy-bewegung-und-die-macht-der-finanzmaerkte-gauck-empfindet-antikapitalismus-debatte-als-unsaeuglich-albern-1.1166051> (eingesehen am 6.12.2013).

für seine Worte harsch kritisiert,²⁴ musste seine Aussagen im Nachhinein mehrfach erläuterten.²⁵ Seine kritische Meinungsäußerung indes kann als Ausnahme innerhalb einer parteiübergreifenden positiven Grundhaltung in dieser Frühphase gegenüber der Protestbewegung betrachtet werden. Der slowenische Philosoph und Occupy-Unterstützer Slavoj Žižek warnte angesichts der Sympathiebekundungen und Einbindungsversuche vor „falschen Freunden“, die versuchten, mit Occupy zu „clinchen“ – ein aus dem Boxsport stammender Begriff, der das Umarmen und Klammern des Gegners beschreibt, um Schläge zu unterbinden.²⁶ „So, wie man uns Kaffee ohne Koffein, Bier ohne Alkohol und Eiscreme ohne Fett vorsetzt, werden die Mächtigen versuchen, die Proteste als harmlose, moralistische Bewegung abzutun“, schreibt Žižek. Er empfiehlt, „sich vom pragmatischen Feld der Verhandlungen und der ‚realistischen‘ Vorschläge fernzuhalten. Man sollte immer daran denken, dass jede im Hier und Jetzt geführte Debatte notwendigerweise immer eine Debatte auf feindlichem Gebiet bleiben muss: Es braucht Zeit, die neuen Inhalte in Stellung zu bringen. [...] Dieses Schweigen, diese Verweigerung des Dialogs, aller Formen des Clinchens, ist unser ‚Terror‘ – bedrohlich und gefährlich, ganz so, wie es sein muss.“²⁸ Indes: Die Zurückhaltung, das Schweigen, die Bereitschaft zur Versagung des Kontaktes mit dem Parteienstaat – bereits Kapitel 3.5 und 3.6 wiesen darauf hin – war in den Occupy-Gruppen nicht vorhanden. Man traf sich insgesamt gerne mit lokalen wie überregionalen Parteienvertreter jedweder Couleur, teils geschmeichelt von den Anfragen der Parteien an öffentlichen Debatten und Podien teilzunehmen, teils aus dem Selbstverständnis immerwährender Kommunikationsbereitschaft heraus. So war die Praxis. In den Einzelgesprächen äußerten die Befragten hingegen

24 | Vgl. Markus C. Schulte von Drach u. Oliver Das Gupta, „Alles andere als albern“, in: Süddeutsche.de, 17.10.2011, online unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/wissenschaftler-widersprechen-gauck-kritik-an-occupy-protest-alles-andere-als-albern-1.1166557> (eingesehen am 16.12.2013).

25 | Vgl. Interview mit Joachim Gauck, 3Sat Kulturzeit, 7.11.2011, Ausschnitte der Sendung online unter: http://www.youtube.com/watch?v=fwfPQK_U5bc (eingesehen am 16.12.2013).

26 | Auch das 2013 verstorbene taz-Urgestein Christian Semler stellte dar, „wie Protestbewegungen von den Machteliten umgarnt, gespalten und ausgesaugt worden sind“ und fragt, ob „Angela Merkels Anbiederung an die Occupy-Bewegung der Beginn eines wirksamen Einverleibungs-Manövers“ sei. Christian Semler, Angela Merkel liebt euch, in: Die Tageszeitung, 23.10.2011, online unter: <http://www.taz.de/!80481/> (eingesehen am 6.12.2013).

27 | Slavoj Žižek, „Lasst euch nicht umarmen“, in: Süddeutsche Zeitung, 27.10.2011, online unter: <http://www.sueddeutsche.de/kultur/occupy-wall-street-streit-lasst-euch-nicht-umarmen-1.1174532> (eingesehen am 16.12.13).

28 | Ebd.

weit kritischere Befunde hinsichtlich der Möglichkeiten, die Distanzierungen und Annäherungen an und durch Parteien böten.

Bärbel: „Ich tendiere dagegen. Also ich bin eigentlich auf dem Standpunkt, dass man als Partei nichts machen kann, weil in diesem System, in dieser Demokratie ziemlich – also ich meine jetzt nur auf Deutschland – dass man das, wir nur über ganz bestimmte Bereiche entscheiden können. Es gibt einen nur sehr kleinen Handlungsspielraum. Jede Partei vertritt einen abweichenden Standpunkt zu verschiedenen Fragen, aber der gesamte Handlungsspielraum ist sehr klein. Vielleicht steht eine Partei für Arbeitszeitverkürzung von einer Stunde und die andere steht für eine Arbeitszeitverlängerung von einer Stunde beispielsweise; oder ob man zwei Jahre länger Lebenszeit arbeiten muss oder nicht. Das sind alles sehr kleine Handlungsspielräume. So richtig grundlegende Sachen wie Lohnarbeit überhaupt organisiert ist, darüber können wir sowieso nicht entscheiden. Und das sprengt das ganze Parteiensystem auch. Es ist für eine Partei gar nicht möglich, für den totalen Umsturz zu stehen. Das geht ja gar nicht. Das sind auch so Sachen wie das Eigentum an Produktionsmitteln im Grundgesetz drin stehen und so. Also, ich halte eigentlich nicht so viel davon, sich auf den Marsch der Institutionen zu machen, wenn die Institutionen selber den Status quo aufrecht erhalten. Also ich denke nicht, dass man innerhalb der Institutionen etwas optimieren sollte. [...] Man lässt sich auf Verhandlungsspielräume ein, die zu klein sind, würde ich sagen. Man kann da für etwas plädieren, das aber nicht weit genug geht, weil da dann irgendwo die Grenzen des Institutionshandlungsspielraums sind.“

Es verlaufen an dieser Stelle zwei Argumentationslinien in den Erzählungen der Befragten parallel. Zum einen werden – wie obiges Zitat illustriert – (zu) kleine Handlungsspielräume auf der Seite des Parteienstaates moniert, mehr Platz für „echte“ Gestaltung gefordert und einer radikalen Öffnung mit ergebnisoffener Neuausrichtung das Wort geredet. Zum anderen möchte man – wie dargestellt – die Macht der „Postenjäger“ und des „Einheitsbreies“ beschneiden zugunsten einer wahrhaftigen Bürgerpolitik von unten, die sich an ihrer statt ausbreiten kann und die Politik füllt. Wie beide Stränge – die Erweiterung sowie die gezielte Einengung auf der Akteursebene – umzusetzen seien, dazu waren in den Diskussionsrunden keine überwölbenden Meinungslagen auszumachen. Nur: Der Idee der Gründung beziehungsweise Unterstützung einer Anti-Parteien-Partei, die sich auf den Weg macht, die etablierten Abläufe innerhalb des vorherrschenden Systems nachhaltig zu stören, steht man kollektiv negativ gegenüber. Der britische Politikwissenschaftler David J. Bailey schreibt mit Blick auf anglo-amerikanische Occupy-Aktivisten: „[...] the enthusiasm for another long march through the institutions is markedly absent.“²⁹ Eine geteilte Haltung auch bei den für diese Studie Befragten.

29 | David J. Bailey, #Occupy: Strategic Dilemmas, Lessons Learned?, in: Journal of Critical Globalisation Studies, (2012) H. 5, S. 138-142, hier S. 140.

Bertram: „Ich glaube halt nicht, dass es im Parlament, also, dass du nur im Parlament etwas verändern kannst, also, so wie es jetzt, dass sehe ich halt nicht. Es muss halt von unten passieren. Ob du kannst oder so, also soziale Bewegungen.“

Die Sicht auf Parlament und Politiker – skeptisch. Das Geflecht von Politik und Ökonomie – undurchdringbar. Die Überzeugung von einem Wandel des parteienstaatlichen Systems aus sich selbst heraus – nicht vorhanden. Ausgehend von diesen Betrachtungen verweisen die Befragten sodann auf „soziale Bewegungen“, Proteste „von unten“ und auf gegenpolitische „Kritik“, kurzum: das eigene Protestengagement, wodurch abseits der Apparate Neues entstehen könne. Denn andernorts existierten keine wirklich politisch unabhängigen Entwicklungsmöglichkeiten mehr, in denen in Selbstbestimmtheit und Autonomie Anderes erdacht, komplexere Zusammenhänge gesehen und benannt sowie echte Alternativen vorgelebt werden könnten.

Oliver: „Ich denke halt, es geht nur abseits von Parteien, so eine schöne Freiheit, wie sie mir vorschwebt.“

Es findet in den Erzählungen einiger Befragten eine Aufwertung, ja zum Teil eine Überhöhung des eigenen Protestes statt. Vor allem jüngere Aktivisten schreiben dann den eigenen Protestinitiativen zu, über nahezu unbegrenzte Möglichkeiten zu verfügen.

Bärbel: „Wir können im Grunde genommen alles machen. Es ist halt nur die Frage, was wir machen wollen. Wir können uns hier selber versorgen, wenn wir es darauf anlegen, mit Nahrung und so, in kleinen Kollektiven. Es ist nicht jetzt so, dass wir es darauf extrem anlegen würden. Weiß nicht, man kann alles umkrepeln, wenn es die Leute gibt, die das mittragen.“

Diese Annahme sowie die Ansicht, mit Occupy einer Protestbewegung anzugehören, die die zahlreichen unterschiedlichen Kritiken an der Politik zu einer Bewegung bündele, habe auf die Befragten motivierend gewirkt.

Lars: „Weil für mich endlich mal die Kritik am Komplettesten ist. Also, alles andere waren immer so spezifische Sachen. Es gibt Tierschutzorganisationen. Es gibt Anti-Atom-Bewegungen. Es gibt Bewegungen für mehr Demokratie. Es gibt 10.000 Splittergruppen, und das hier ist halt so etwas wie ein Sammelpunkt für eben all diese Kritiken, weil halt alles zusammen hängt, und ja, die Veränderung nur entstehen kann, wenn wir alles was schief läuft angehen, und das habe ich halt in dieser Bewegung oder sehe ich in dieser Bewegung.“

Dass sich angesichts dieser Ausgangslagen nicht mehr Unterstützer zum Protest bewegen lassen, brachten Aktivisten mit als gravierend empfundenen Misere

in den Bildungsinstitutionen zusammen. Schulen und Universitäten förderten konformistisches Denken.

Bärbel: „Da hat man beigebracht bekommen, wie das politische System in Deutschland funktioniert, wer wen wählt und so was hat man beigebracht bekommen und dann, na ja, so grobschlächting wofür steht die liberale Richtung, wofür die Richtung, die eher den Sozialstaat vertritt und dann so die Standardargumente, Pro und Contra, hier und da, also ich würde sagen, innerhalb des Parteienrahmens, man lernt quasi die Argumente der verschiedenen Parteien kennen, Pro und Contra. Also innerhalb dieses Rahmens. Aber das man diesen Rahmen auch aufsprengen kann, das wird nicht behandelt.“

Die Befragten nahmen, so ihre Schilderungen, institutionelle Bildungsstätten überwiegend als Räume wahr, in denen das Politische – ihren Auffassungen nach – wenig, Abläufe etablierter Politik (zu) viel Platz eingenommen habe. Gleichwie – das zeigen die aktivistischen Biografien – waren Bildungseinrichtungen auch als Orte benannt worden, an denen sie Teilhabe in Kleinstgruppen erstmals eingeübt hatten.

Johanna: „Ich war halt Klassensprecherin und wurde dann gesagt, komm doch mal in die SV, da kann man ein paar Sachen planen: Schülerradio und Schülerzeitung und ein paar interessante Themen, ist cool. Es war dann erstmal nicht so etwas Politisches, genauso wie der Klassensprecherposten nichts Politisches ist oder für mich war, aber ich bin da halt total mit in Kontakt gekommen mit älteren Schülern, die total politisch waren, weil eigentlich alle, die in der SV waren, kamen entweder aus solchen Familien wie ich, die sich für so etwas eben interessiert haben, oder waren halt einfach Leute, [...] die also einfach gesagt haben, das ist doch einfach für das Schülerdasein total wichtig, dass man sich zusammenschließt auch mit anderen Schulen. Ich war auch immer frustriert und genervt von der Schule, und es hat mir super in den Kram gepasst, dass da Leute sind, die das auch sind und die innerhalb der Schule auch etwas verbessern oder verändern wollen [...] und deswegen habe ich mich da auch sofort wohlfühlt, und es war in dem Sinne dann auch etwas Politisches, weil ich da in Kontakt mit den Leuten gekommen bin und weil ich gemerkt habe, dass bestimmte Entscheidungen, unter denen wir leiden, aus dem Kultusministerium kommen und ja etwas eben Politisches sind, wie alles was im Bildungssektor im Endeffekt schief läuft, auch also auf politischen Entscheidungen fußt, also das meiste, also auf gesellschaftlichen Strukturen, aber die sind dann ja auch wieder eng mit dem Politischen verknüpft und deswegen habe ich mich da schon so ein Stück weit als, also in meinem Mikrokosmos, als politische Kraft empfunden, weil es da schon immer Thema war, dieses, ich muss jetzt eigentlich eine Hausarbeit schreiben oder ich schreibe übermorgen eine Klausur, aber mir ist es jetzt wichtiger, hier den Lauti zu bestücken mit Transparenten, weil morgen ist die Demo und es ist super wichtig, und dann auch grad so der Sieg, also als die Studiengebühren dann wirklich weg waren, krass so: Das waren wir! Und das war für mich das Zeichen, dass es geht, dass man was ändern kann.“

Zweierlei wird erkennbar. Auf der einen Seite wird deutlich, dass die Befragten die Bildungsstätten als zu starr, zu unbeweglich und wenig inspirierend empfanden; die von diesen Institutionen vermittelte politische Bildung zugleich als äußerst limitiert. Auf der anderen Seite stellten schulische und universitäre Zusammenhänge teilöffentliche Orte, an denen oftmals erstmaliges Engagement erprobt werden konnte. Hier tätigten Aktivist:innen Erfahrungen der Selbstwirksamkeit, die die Bereitschaft zum Engagement auch an außerschulischen Angelegenheiten wahrscheinlicher werden lässt und nicht zuletzt das Erfahrungsgepäck der Befragten auch auf der praktischen Seite – beispielsweise die Organisation und Durchführung von Demonstrationen – bereicherte. Den Beginn des Politisch-werdens legen die Befragten in ihren Darstellungen dabei meist rund um einen Zeitpunkt erstmaliger aktivistischer Tätigkeit, während die Zeit zuvor von ihnen meist als unpolitisch dargestellt wurde.

Lars: „In der Jugendphase bin ich dann in die Metal-Punk-Szene gekommen. Da hat man natürlich auch viel diskutiert über Scheißsystem und Scheiß-CDU, aber das war dann halt nicht so differenziert. [...] Man wusste nicht ganz genau, was man wollte. Man wollte seine Freiheiten, man wollte Party machen mit den Freunden, reden, aber das war es dann auch schon. Das war nicht wirklich politisch. Also wie gesagt, ich bin erst relativ spät dazu gekommen, dass mich das wirklich tiefer greifend interessiert hat.“

4.3 „WIE EINE MOHRRÜBE“ – ÜBER DEMOKRATIE

Der Politik begegneten die Befragten stark ablehnend, nicht aber dem Politischen, das in Bewegungen – frei des Einflusses von Wirtschaft und Parteien – authentisch vor- und ausgelebt werde. Ja, mehr noch als das, wie bereits gezeigt, das Wesen der Politik sollte – dem Ideal der Befragten zufolge – das Politische sein. Wo sich sein Ort befinde, galt ebenfalls als ausgemacht – und es wird in diesem Kapitel zu diskutieren und darzustellen sein: in der Demokratie. Was erhofften, verbanden und verstanden die Befragten unter „der Demokratie“? Was bedeutete sie für sie? Wie blickten die Befragten auf Wahlen und Grundrechte? Wie auf Mitbestimmung, Entscheidungsfindungen und Repräsentationen? Und überdies: Was könnten mögliche Gründe dafür sein, dass Demokratie – von den Befragten zugleich vielfach gelobt und kritisiert, wie zu sehen sein wird – eine solch hohe Bedeutung in ihrer politischen Weltsicht erfährt? Dass der Zustand der Demokratie ein zentrales Moment in aktivistischen Protesterzählungen der Jahre 2011 ff. darstellte, kann dabei auch verwundern. Denn: Mag beispielsweise für den arabischen Raum die Forderung nach „echter“ Demokratie angesichts autokratischer Herrschaftssysteme und vordemokratischer Strukturen auf der Hand liegen, lässt

sich die Geschichte der Bundesrepublik seit 1949 durchaus als „Erfolgsstory“³⁰ diverser (und vor allem linker) Demokratiebewegungen verstehen, wie Paul Nolte meint. Woher also rühren die von den Befragten wahrgenommenen Defizite auf der einen sowie die gleichzeitig artikulierte Forderung nach mehr Demokratie auf der anderen Seite?

Sich möglichen Antworten auf diese Fragen annähernd, soll dabei zunächst den geteilten Gedankenverbindungen rund um den Demokratiebegriff sowie den Vorstellungen davon, was Demokratie ausmache, nachgegangen werden. Die Befragten reagierten in diesen häufig von großer Selbstläufigkeit gekennzeichneten Gesprächsabschnitten auf die gegebenen Redeimpulse mit einer Vielzahl von Bezugnahmen, Vergleichen und Erinnerungen. In diesem definitorisch-assoziativen Bereich der Erzählungen trat eine kollektive Sichtweise auffällig in den Vordergrund, die hier eingangs nachgezeichnet werden soll. Es handelte sich dabei um die ausführlichen Beschreibungen eines schadhafte Zustandes der bundesrepublikanischen Demokratie. Danach habe eine Vielzahl von Defekten das System beschädigt, ja weitgehend lahmgelegt. Es sind an dieser Stelle meist recht düstere Erzählungen von einer bereits als gebrochen wahrgenommenen Verfasstheit, die die Befragten schildern.

Sandra: „Wie der Name schon sagt –: Demos ist das Volk und in einer wahren Demokratie würden die Interessen des Volkes gewahrt werden. Die Interessen des Volkes würden mehr berücksichtigt werden, anstatt wie es hier ist. Also wir haben es hier meiner Ansicht nach auch nicht, wenn wir Wahlen haben oder sonst irgendetwas, haben wir keine Demokratie, in dem Sinne, wie es, also wie der Name es schon sagt Volksherrschaft. Das ist keine Volksherrschaft, das ist eher eine Oligarchie, das ist eine Herrschaft von Wenigen und so ist das ganze System aufgebaut. Das ist wie eine Pyramide, ganz oben stehen so ein paar und ganz unten, die haben gar nichts mehr zu sagen und nur weil sie alle vier Jahre mal ihr Kreuzchen setzen können, da ist der Schein der Demokratie gewahrt, aber danach haben sie nichts mehr zu sagen und danach gucken die Demagogen und die, die da oben sitzen, halt auch nicht mehr darauf, was das Volk überhaupt will. Und was man auch ganz stark merkt, dass jetzt die Grundrechte der Bürger gar nicht mehr im Blickpunkt liegen, es ist eigentlich nur noch das Interesse von Kapitalbesitzern, was im Fokus liegt und das des Volkes wird überhaupt nicht mehr berücksichtigt, und das ist für mich keine Demokratie mehr. Und deswegen sehe ich in unserem System keine Demokratie in dem Sinne, wie es sich die alten Griechen vielleicht mal überlegt haben.“

Die Rede ist von einer „Scheindemokratie“, die dem Volk von einem elitären Geflecht weiterhin als funktionstüchtig verkauft werde. Der demokratische Wesenskern sei ihr längst entnommen: Nicht (mehr) der Souverän, das Volk, herrsche, sondern ein undurchsichtiger Zusammenschluss weniger Akteursgruppen.

30 | Paul Nolte, Die Sieger der Geschichte, in: Die Tageszeitung, 27.12.2013, online unter: <http://taz.de/Debatte-Demokratie/!130030/> (eingesehen am 2.1.2014).

Lediglich die Fassaden „echter“ Demokratie blieben existent und vermittelten den Anschein von demokratischer Normalität.

Markus: „Ja, die deutsche Demokratie (unverständlich), die verkommt mittlerweile so, dass wenn man fünf Jahre weiter ist, nicht mehr von Demokratie reden kann. Wenn man beispielsweise so Verbote wie in Frankfurt jetzt nimmt (Blockupy-Aktionstage, Anm. d. V.), wo man, wenn man einerseits Neonazis auf eine Bahn lässt, um zu demonstrieren und sagt: ‚Die haben das Recht auf Meinungsäußerung‘, aber andererseits (unverständlich) Leute, die einen Multimix von verschiedenen Aktionen in Frankfurt vorstellen sollen, dann verbietet man sämtliche Aktionen. Ich weiß nicht, wie demokratisch (unverständlich) CDU-Bürgermeisterin von Frankfurt sich das vorstellt. Dann kommen dann noch Sachen hinzu wie beispielsweise der Fiskalpakt, da gibt es ja nicht mal mehr eine parlamentarische Demokratie, sondern (unverständlich) letztendlich das Bundesparlament hat noch nicht mal (unverständlich) so auf einer Ebene einer kleinen Kommune, weil das Budgetrecht ist dann völlig genommen. Die wirklich großen Beträge (unverständlich) darüber hat die gar keine Gewalt mehr. Die Ausgaben konkret an die Bevölkerung und an der Leistung weiterzugeben.“

Vonseiten der Befragten – dies machen die beiden oben angeführten Zitate bereits deutlich – wurde ein ganzes Bündel von Kritikpunkten formuliert, das sie zur Beschreibung eines in ihren Augen überaus beklagenswerten Zustandes der Demokratie vorbringen. Hier seien zwei wesentliche wiederkehrende Muster der Kritik aufgenommen, an denen sich jeweils weitere Kritiken anschließen. So äußerten sich die Befragten – erstens – überaus kritisch gegenüber der Funktion, Durchführung und Wirkkraft von Wahlen und Abstimmungen innerhalb des repräsentativen Systems. Das zugrunde liegende Narrativ stellt ab auf eine in Unmündigkeit gehaltene, parlamentarisch nicht repräsentierte Bevölkerung, eine entkoppelte Politik-Sphäre – ausführlich dazu siehe vorangegangenes Kapitel 4.2 – sowie auf Entscheidungsprozesse, denen es in allen Stufen an Legitimation mangle.

Rüdiger: „Also jetzt haben wir auch das Problem hier, dieser Parlamentarismus, dass man alle vier Jahre entscheidet und danach gibt es ja gar keine Einflussmöglichkeiten mehr, wenn Wahlversprechen nicht eingehalten werden.“

Es gebe zu wenig Mitsprache. Das Volk werde nur einmal punktuell alle paar Jahre an die Wahlurnen gebeten. Es habe fortan zu schweigen und die Entscheidungen der gewählten Volksvertreter zu akzeptieren – so die Sicht der Befragten, denen das nicht genügt. Sie machen eine Kluft aus zwischen dem, was Demokratie eigentlich bedeute und dem, wie sie sich aus ihrer Perspektive in Deutschland darstelle. Als Vergleichsfolie dient ihnen eine zunächst diffus angeführte „vernünftige“, „wahre“ oder „echte“ Demokratie sowie das von Teilen der Befragten in ihren Grundzügen als vorbildhaft erachtete Modell der Antike, der attischen Demokratie.

Rasmus: „Zum ersten: Power to the People. Demokratie heißt für mich, dass die Menschen, dass das Volk die Macht hat und sie ausüben darf. Dann es heißt auch für mich mitentscheiden zu dürfen. Nicht nur einmal alle vier Jahre, sondern mehr auch in den Jahren gefragt zu werden und so weiter. [...] Ich würde sagen so etwas wie: Aus dem Volke für das Volk. So das Volk soll die Politik machen, und es soll sie auch für das Volk machen, nicht für sonst jemanden. Und irgendwie auch Mehrheitswille, so dass der Wille der Mehrheit sich durchsetzen soll. Das ist auch oft nicht der Fall in den Parlamenten. So oft ist die größere Minderheit, die, die quasi regiert und die die Gesetze macht, [...] das bringe ich auch zusammen unter Demokratie.“

Hier gibt insbesondere die benutzte Wendung „aus dem Volke für das Volk“ einen interessanten Einblick in das Demokratieverständnis der Befragten. Vermutlich ohne es zu wissen, zitierte der Befragte an dieser Stelle sinngemäß den US-amerikanischen Präsidenten Abraham Lincoln, der 1863 in einer seiner bekanntesten Kurzreden, der Gettysburg Address, Demokratie bezeichnete als „government of the people, by the people and for the people“³¹. Während Lincoln hier jedoch „government of the people“ voranstellte, mit der Trennung von „government“ und „people“ bereits auf ein repräsentatives Modell hindeutete und insgesamt damit auf einen Vorgang verwies, bei dem das Volk einerseits zwar die Legitimationsgrundlage von Herrschaft darstellt, aber andererseits auch zum Gegenstand der Regierung wird.³² Im obigen Aktivistenzitat fehlt diese von Lincoln implizierte Dimension des Regiert-werdens. Dass das Volk selbst die Herrschaft ausüben soll („by the people“) und dass stets im Interesse des Volkes („for the people“) geherrscht werden müsse, findet indes Erwähnung und gibt damit einen Hinweis darauf, womit der Demokratiebegriff vorrangig ausgefüllt beziehungsweise nicht ausgefüllt wurde. Wobei: Die Auffassung der Nicht-Vertretung der Bevölkerung und die damit verbundene Überzeugung, in den Debatten und Entscheidungen des Parlamentes spiegele sich kein „echter“ Mehrheitswille wider, sind in den Gesprächen allgegenwärtig und werden mit Zustimmung vorgetragen. Einzig der Blick auf andere Staaten vermochte zu positiven Deutungen Anlass zu geben.

Raik: „Unmanipulierte Wahlen ist für mich eine Demokratie, da muss man eigentlich gar nichts dazu sagen, das versteht sich irgendwie von selbst. Weil man hört so viel von irgendwelchen Manipulationen und Unregelmäßigkeiten, wie es immer so schön heißt von Wahlbeobachtern. Und in den Momenten, so stark auch unsere Demokratie gefährdet ist, ich bin da ganz bei dir (Markus, Anm. d. V.), in solchen Momenten bin ich froh, dass ich wenigstens noch in Deutschland leben darf. (unverständlich) Mut, weil ich glaube, dass unsere Wahlen weitestgehend unmanipuliert sind und daran glaube ich. Und das ist keine

31 | Z. n. Samuel Salzborn, *Demokratie. Theorien, Formen, Entwicklungen*, Baden-Baden 2012, S. 9.

32 | Vgl. ebd., S. 9.

Selbstverständlichkeit auf der Welt, das ist in wenigen Ländern der Fall oder in vielen gibt es überhaupt keine richtigen Wahlen oder freie Wahlen.“

Ein weiterer Kritikpunkt – zweitens – zielt ab auf demokratische Rechte, die der Staat dem Bürger nicht mehr gewähren würde. Das Topos „Die Grundrechte sind in Gefahr“ tauchte zentral immer wieder in den Erzählungen der Aktivisten auf, wenn über Demokratie oder das Demokratische diskutiert wurde; häufig untermauert mit eigenen Erfahrungs- und Erlebnisberichten. Dabei wird als Ausgangspunkt eine Perspektive eingenommen, von der aus Sicherheit und Freiheit miteinander verworben, eine Art Garantieleistung auf Unversehrtheit formuliert sowie das Recht auf Rechte (für sich) von den Aktivisten beansprucht wird.

Veronika: „Eine gute Demokratie sollte aus meiner Sicht auch für eine gewisse Grundsi- cherheit der Menschenrechte garantieren können. Und da gehört auch nicht unbedingt dazu, dass man unterdrückerischen Systemen in großem Maße Waffen- und Rüstungsma- terialien zur Verfügung stellt, nur weil es eben finanziell von Vorteil ist. Da hat auch unsere Demokratie Defizite.“

Man sieht dringenden Verbesserungsbedarf. Zwar würden die wesentlichen grundrechtlichen Säulen vom Asylrecht und dem Schutz der Menschenwürde über Meinungs- und Glaubensfreiheit bis zum Wahlrecht – wie die Befragten ausführen – nach wie vor bestehen, doch würden sie vom Staat immer wieder zu- lasten der Bürger angegangen. Die Folge ist ein auf Dauer gestellter Konflikt zwi- schen Staat und Gesellschaft, bei dem die Ausgestaltung, Reichweite und Durch- setzung vorhandener Grundrechte in den Augen der Befragten stets untererfüllt bleiben, allenfalls suboptimal verlaufen.

Manfred: „(Demokratie, Anm. d. V.) heißt für mich Ausweitung von freiwilliger Kooperation und die Einschränkung von Zwang durch Kapitalismus und Geld oder durch Personen. [...] Wir haben eine parlamentarische Demokratie, wir haben zwar gewisse Grundrechte und Menschenrechte, aber die sind wieder nicht so ganz ausgeprägt, wie sie eigentlich sein sollten.“

Daraus leiten die Befragten ab: Die Gesellschaft müsse die Grundrechte gegen- über dem Staat in einem fortwährenden Prozess wahren, da er sie – entgegen seiner Pflichten – der Gesellschaft nicht mehr garantiere. Eine exponierte Rolle spielt in diesen Zusammenhängen das Exekutivorgan des Staates, die Polizei. Als tragende Institution gesetzvollziehender Gewalt steht sie unter anderem stellver- tretend für das als einengend bis freiheitsberaubend empfundene grundrecht- liche Defizit. Kaum ein aktivistischer Erinnerungshaushalt, der ohne konkrete, dicht beschriebene Erlebnisberichte über Auseinandersetzungen mit der Polizei verfügt.

Ole: „Ich war Ordner in Frankfurt am Samstag bei der, bei der Großdemonstration, ich, ich hab selten, selten einen Schwarzen Block so friedlich, in einem so disziplinierten Schwarzen Block erlebt. Aber ich habe ganz bewusst Polizei erlebt, die auf Biegen und Brechen darauf aus war, eine Konfrontation zu suchen und zwar also, wirklich ernsthaft. [...] das ist jetzt nicht, weil ich das jetzt habe sehen wollen, sondern weil es wirklich so war. Es war, es war manchmal beklemmend, ich war mit Matthias (Name geändert, Anm. d. V.), wir haben Transparente getragen zwischen zwei, im Idealfall, zwei Reihen Polizei, manchmal bis zu vier Reihen Polizei und dann den Schwarzen Block, haben wir dann da zwischen. Und es auf einer Brücke, wo dann die Demonstration links abging, ein Polizeiführungsfahrzeug gestanden hat, dieser Polizist, der dann gesagt hat und immer wieder und das war für mich so deutlich, an die Demonstranten, an die friedlichen Demonstranten, an die er sich gewandt hat, an die friedlichen Demonstranten: ‚Bitte machen sie sich nicht mit gemein mit Leuten, die hier anderes im Sinne vorhaben wie Sie!‘ Und zum Schwarzen Block gesagt hat: ‚Es ist in den Demonstrationsauflagen‘ und so weiter, eindeutige, also ‚Sie verletzten hier eindeutig (unverständlich)‘. Die Polizei wäre hier gezwungen, ist gezwungen, sieht sich gezwungen einzugreifen. Und immer wieder so geschickt, das so gesagt hat, [...] dass man wirklich Zorn hätte kriegen können. Zorn hätte kriegen können über diese, diese Art, wie der ganz geschickt eine Situation anfang aufzubauen, also, mit aufschaukeln zu lassen, ja, und durch die Disziplin, dass man sich nicht provozieren lassen, es geschafft hat, die Demonstration zu einem guten Ende zu bringen.“

Erlebnisse dieser Art, Auseinandersetzungen mit einer unrechtmäßig agierenden Polizei im Rahmen von Demonstrationsveranstaltungen, so gaben die Befragten zu verstehen, waren einprägsame Momente, die die unzulängliche Rechtsstaatlichkeit konkret illustrierten. Die Wiederholung von einmal gemachten Erfahrungen würde die gebildeten Annahmen nur bestätigen und geben neuerlich Auskunft über die tatsächliche Auslegung und Umsetzung bürgerlicher Grundrechte, die sich – so sind die Befragten überzeugt – zusehends verschlechterten. Die Notwendigkeit des eigenen Protestengagements begründe sich auch hieraus. Dass die Aktivisten dabei keinesfalls auf Deeskalationsstrategien der Gegenseite zu hoffen brauchen, gilt unter ihnen – wie auch jüngere Occupyer unter anderem zuletzt durch Ingewahrsamnahmen während der Blockupy-Aktionstage im Mai 2012 erfuhren – bereits längst als gesichert.

Anita: „Ulziger Weise, jetzt wo du das gerade sagst, haben wir Leute aus Berlin getroffen, das war ja auch in den Medien, die tatsächlich auf der Hinfahrt, ohne das offensichtlich war, dass die da hin wollten, in ganzen Reisebussen angehalten wurden und viereinhalb Stunden dann deren Personalien irgendwie ja aufgeschrieben wurden und überprüft wurden. Ich meine: Hallo, gehts noch, irgendwie? Nein, aber letztendlich, wir waren, ich glaube am zweiten Tag um 18 Uhr oder so, ja, als der offizielle Aufruf war, die EZB zu blockieren, das war ja von vornherein gecancelt, das durfte nicht stattfinden. Und es waren ja trotzdem von Anfang an, seit morgens, ich glaube, es sollte morgens um sechs offiziell losgehen, wir sind um sieben oder halb acht losgegangen, wir haben in einem Hostel geschlafen da

in der Nähe und kamen da halt an und alles war halt abgesperrt, es waren ein paar kleine Grüppchen waren ja da vor der EZB, die durften natürlich nicht raus und kein anderer rein, und war halt die ganze Stadt voll mit Polizisten. Und dann haben wir uns einer Gruppe angeschlossen, die halt scheinbar einen Plan hatte, wo sie hin wollte und letztlich sind wir dann einfach auf einer Grünfläche gewesen (lacht), bisschen makaber, saßen da, Seifenblasen pustend und irgendwie fröhlich Lieder singend, wurden dann eingekesselt mit der Ansage, ja, wir nehmen Euch jetzt mal mit. Ohne, ich meine, es wäre ja fast schön gewesen, wenn man sich in dem Moment etwas hätte vorwerfen können, aber es war halt einfach nichts, gar nichts. Man saß da einfach nur friedlich und es hieß, ja, ihr seid hier auf einem Boden, hätte ich fast gesagt, auf dem ihr euch nicht aufhalten dürft, irgendwie, ja, wir nehmen Euch jetzt mit. Das haben sie letztendlich auch gemacht, alles friedlich, aber halt in Bussen und dann zur Gesa gefahren, haben uns da makabererweise weil es so überfüllt war, erstmal in Käfige draußen, die hatten sie in Zelten aufgebaut, haben sie uns da mit, weiß ich jetzt gar nicht, 30, 40 Leuten in so einen winzigen Käfig gepackt, hätte ich fast gesagt, mit der lustigen Ansage von einem der Polizisten, Tierhaltung in Käfigen sei eigentlich nicht erlaubt, aber mit uns könne man das ja machen. Und haben uns dann so letztendlich als dann der Platz da war, weil sie die ersten wieder entlassen haben, irgendwie nach einer Stunde, dann Männer und Frauen voneinander getrennt oben in die Zelle geführt. Makaber, wie oft habe ich jetzt schon makaber gesagt, aber das ist alles makaber, haben sie dann teilweise sogar uns dazu gezwungen, uns komplett auszuziehen und uns zu filzen, das ist schonmal gar nicht angebracht, das ist überhaupt nicht auf die Situation angepasst, haben uns dann ja letztlich ganz unterschiedlich behandelt. Also in der Zelle, in der ich war, ich war auch mit zwei anderen Frauen, mit denen ich auch hingefahren bin, in einer Zelle, wir waren zu neunt in einer Ein-Mann-Zelle, war netterweise eine Matratze auf dem Boden und teilweise wurde uns sogar das Telefonat verweigert. Wir haben letztlich glaube ich, acht, nee, sechs Stunden waren wir da, in einem Raum ohne Fenster irgendwie. Den Notknopf konntest du tausendmal drücken. Wir hatten nicht mal etwas zu trinken. Und hinterher habe ich mitgekriegt, dass teilweise, also die Männer, die bei uns mit waren, haben irgendwie etwas zu essen gekriegt, haben ganze Zeit, die hatten Fenster, durften telefonieren, und haben halt alles machen dürfen, was ihnen zusteht in Anführungszeichen. Und, also, du hast halt echt gemerkt, wer da grad mit dir, ja für dich zuständig ist, also es waren halt teilweise echt, also allein das Telefonat zu verweigern, das war schon ein bisschen krass. Na ja, gut, letztendlich haben sie uns nach gut sechs Stunden wieder rausgelassen mit einem Platzverweis, der bis zum nächsten Tag gelten sollte. Ja, das war es dann auch. Mehr ist dann auch nicht mehr nachgekommen. [...] aber die Tatsache, wie sie da mit uns umgegangen sind, das war schon bitter irgendwie. Also wenn man überlegt, dass sie uns letztlich mitgenommen haben, weil wir uns da einfach irgendwo friedlich versammelt haben und nicht mal irgendetwas gemacht und uns dann sechs Stunden in so eine Einzelzelle zu packen, einfach weil sie es können und weil sie gar nicht wissen, anders damit umgehen können, zeigt ja eigentlich nur, was da eigentlich gerade läuft.“

So waren in den Gesprächsrunden stets Skepsis, Pessimismus und Vorbehalte gegenüber dem aktuellen Zustand auszumachen sowie Kritik an der praktischen

Durchsetzung der Demokratie von staatlicher Seite gegenüber dem Gemeinwesen, das um seine Grundrechte zu fürchten habe. Demokratie als Idee wurde indes stark positiv konnotiert, wie zu zeigen sein wird, das Misstrauen gegenüber einer inflationären, unreflektierten, oberflächlichen Verwendung des Demokratiebegriffes war indes offenkundig.

Bärbel: „Demokratie ist meiner Meinung nach ein Begriff, den total viele für sich in Anspruch nehmen und wo man echt durchleuchten muss, was derjenige meint, wenn er Demokratie sagt. Also es gibt ja auch eine ganze Bewegung in Hamburg, die sich Echte Demokratie Jetzt! nennt, die meinen damit wohl, ja, Demokratie heißt, dass wir wirklich über das entscheiden können oder dass wirklich alle Menschen über das entscheiden können, was sie betrifft, und das ist noch nicht verwirklicht oder das müssen wir noch verwirklichen. Also mit dem Demokratiebegriff kann ich mich schon anfreunden, aber Demokratie wird auch einfach benutzt, um, weiß ich nicht, Demokratie wird auch benutzt, um einfach die herrschenden Verhältnisse in einem Wort zusammenzufassen und dadurch quasi zu verschleiern, also man liest einfach die westlichen Demokratien versus die Diktaturen in anderen Ländern, dann hat man dieses Wort nur benutzt, um diese ganzen Länder in einem Wort zu beschreiben und quasi nichts darüber auszusagen. Das finde ich dann eine Verschleierungstaktik. Deswegen ist das kein Wort, dass ich so gerne benutzte, aber ich kann schon verstehen, wenn manche das Wort benutzen und da ganz viele Ideale reinlegen, das ist auch okay. Ja, weiß ich nicht, also das ist wirklich ein sehr schwammiger Begriff. [...] eigentlich finde ich, dass man Begriffe auch für sich nehmen sollte und den anderen nicht überlassen sollte. Auch so Begriffe wie Arbeit nicht als, also nicht denen zu überlassen, die Lohnarbeit damit meinen, sondern auch das Gute in dem Begriff Arbeit sehen und das Gleiche gilt auch für Demokratie. Das heißt ja einfach, dass wir alle entscheiden dürfen, was uns betrifft, das ist wichtig, ja klar. Aber so eine Frage, wie was bedeuten soziale Bewegungen für die Demokratie, ist, da muss man halt dann auch wirklich wissen, dass derjenige, der die Frage stellt, mit Demokratie gemeint hat, weil wie gesagt, den Begriff nehmen so viele für sich in Anspruch, dass man über den gar nicht reden kann, ohne vorher zu definieren, was man jetzt damit gemeint hat.“

Die Befragten füllten diesen „schwammigen Begriff“ mit Werten wie Gleichheit, Gerechtigkeit und Freiheit. Diese wurden in den Gesprächen vorangestellt. Idealerweise garantiere das demokratische System ihren Erhalt auch und gerade aufgrund sich ändernder gesellschaftlicher Umweltbedingungen. Die genannten Werte hätten schließlich universellen Charakter, so die Aktivisten.

Rosemarie: „Also, ich habe zum Beispiel auch ‚Gleichheit‘ aufgeschrieben, weil das für mich ein ganz wichtiger Aspekt ist und das beschreibt ja auch das, was er (Wolfgang gemeint) gesagt hat. Dass jeder gleichberechtigt ist und jede Stimme gleich viel wert ist und wichtig ist auch. Also ein ganz wichtiger Punkt, finde ich, ja, und stellt auch in dem Moment für mich Freiheit her. Also die Freiheit, meine eigene Meinung für mich selber zu entscheiden, was richtig ist und was falsch ist, und das auch sagen zu dürfen.“

Die Möglichkeiten, diese Werte wieder in den Vordergrund zu stellen, besäße die Demokratie. Die Chance, einen unscharfen Gegner in die Schranken zu verweisen, der auf der staatlichen Seite sowie im Lobbyismus vermutet wird, wird gesehen. Die Mittel zum „Zurückerobern“ werden als gegeben betrachtet. Grund dafür ist, dass Demokratie als ein sich in stetigem Fluss befindender Zustand eingeschätzt wird. Alle Regler sind vorhanden. Sie müssten nur richtig bedient werden.

Veronika: „Demokratie ist für mich im Grunde, wenn man es abstrakt betrachtet, auch so etwas wie ein Verstärker einerseits, der aber andererseits auch ein Abschwächer sein kann. Und das Ding hat verschiedene Regler. Einmal gibt es die Beteiligungsebene der gegenüber die Hierarchiesysteme, die wir bereits eingeführt haben in jeder Demokratie die es gibt, haben. Dann gibt es einerseits das Streben nach einer Gerechtigkeit, sei es in sozialer, sei es in finanzieller, sei es in politischer Hinsicht und andererseits die Regulierungsmechanismen, die dem entgegenstehen. Nicht nur durch die Lobbyisten, sondern durch alle möglichen Interessensgruppen. Je nach dem wie viel Macht sie haben, desto mehr wird der Regler in Richtung Regulierung geschoben und von der Gerechtigkeit weg.“

In diesem bei aller Kritik prinzipiell als veränderbar beschriebenen Zustand der Demokratie, in dem die Befragten vermehrt Ungleichgewichte zwischen Staat und Gemeinwesen identifizierten, würden sodann vor allem diejenigen gesellschaftlichen Teilgruppen benachteiligt, die weniger Möglichkeiten besitzen, sich Gehör zu schaffen beziehungsweise über keine Repräsentanz an den entscheidenden Regelstellen des Systems verfügen. Ihr Schutz wird als weitere Aufgabe und Pflicht einer demokratischen Staatsform genannt.

Raik: „Der letzte Punkt, den ich da noch stehen habe, ist die Minderheit, also der Minderheitenschutz ist ganz wichtig in der Demokratie. Eine Demokratie zeichnet sich dadurch aus, dass sie auch Minderheiten schützt. Volksentscheide und Basisdemokratie in einem Punkt noch mit drin, ganz wichtig und da sind wir auch genau da, dieser Delegiertenmist, dass die Leute für vier Jahre wählen und die im Grunde genommen dann (unverständlich), wie sie wollen. Gut, das ist nicht basisdemokratisch und eine echte Demokratie sieht nicht so aus, sondern da muss sich etwas tun.“

An diesem Beispiel wird bereits deutlich, was von den Befragten an vielen weiteren Stellen als Problemlösungsvorschläge ins Feld geführt wurde: basis- und direktdemokratische Verfahrensweisen, die zu einer gerechteren, besseren, schlichtweg zu mehr Demokratie führten. Referenden auf allen Ebenen würden als Korrektiv zu dem als starr und undemokratisch wahrgenommenen Parteienstaat fungieren.

Bertram: „Na ja, also ich finde, das System, so wie es jetzt halt ist, nicht besonders demokratisch erst mal. Weil die Parteien in Deutschland das Monopol, die großen Parteien das

Monopol auf die Politik haben, also du hast kein, du hast relativ wenig Einfluss, sage ich mal, also erst mal als kleine Partei hast du keinen Einfluss und auch so als normaler Bürger hast du relativ wenig [...] Einfluss. Also es gibt halt keine direktdemokratischen Einflussmöglichkeiten auf Bundesebene. [...] Ich könnte mir so was wie Volksentscheide vorstellen auf Bundesebene, dann würde sich schon einiges ändern, weil du schon dann zumindest ein Korrektiv hättest irgendwie, für die parlamentarische Politik so.“

Sie unterbrächen die Parteienherrschaft mit urdemokratischen Momenten, böten die Gelegenheit zur zivilen Intervention und belebten, ja redemokratisierten politische Entscheidungsprozesse. Abstimmungen der Bürger, so die Befragten, brächten mehrheitlich die besseren und gerechteren Entscheidungen.

Lars: „Gerechtigkeit sozusagen hat viel damit zu tun, weil, wenn man die gesamte Bevölkerung fragen würde, würde wahrscheinlich nicht so ein Ungleichverhältnis der Besitztümer hervorkommen. Es würde zum Beispiel viele Entscheidungen, die nur auf wirtschaftlichen Grundlagen basieren wie der Bau von einem Super Metrokomplex oder sonst was, würde gar nicht erst entstehen, wenn die Leute lieber die Grünanlage da haben wollen, weil die Leute wissen, da kann ich eher mit Leuten zusammenkommen und das Leben genießen, wofür es eigentlich da ist.“

Teile der Befragten stützen dabei ihre Hoffnungen auf internetbasierte Verfahrensweisen, Onlineabstimmungen und Beteiligungsformate in den sogenannten sozialen Medien.

Veronika: „Bisher sind die Fälle, in denen es was gebracht hat leider noch recht vereinzelt. Ich habe trotzdem die Hoffnung, dass gerade Onlinepetitionen in der Zukunft eventuell auch eine Möglichkeit sein werden, sich sinnvoll politisch zu beteiligen.“

Hierbei wird die Nähe zu einigen von der Piratenpartei aufgebrachten und eingesetzten Abstimmungsformaten erkennbar, insbesondere dem Konzept der „flüssigen Demokratie“, einer Mischung aus repräsentativen und direkten Verfahren, die es Bürgern digital ermöglicht, sich zu einzelnen Gesetzen zu verhalten und einzubringen, anstatt einer parteiichen Komplettlösung zu folgen.³³

Rasmus: „So, deswegen finde ich auch immer eher basisdemokratische Systeme dann gerecht. Also für mich, das ideale System wäre heutzutage diese sogenannte Liquid Democracy oder dieses Demokratie 4.0 oder wie auch immer man das nennt. Wo dann jeder

33 | Ein Verfahren, das auch innerparteilich Anwendung finden kann. Dazu vgl. Frieder Vogelmann, Flüssige Betriebssysteme. Liquid Democracy als demokratische Machttechnologie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg. 62 (2012) H. 48, S. 40-46; vgl. ders., Der Traum der Transparenz. Neue alte Betriebssysteme, in: Christoph Bieber u. Claus Leggewie (Hg.), Unter Piraten. Erkundungen in einer neuen politischen Arena, Bielefeld 2012, S. 101-111.

quasi dann seine eigene Souveränität wiedererlangt. Aber klar, auch selbst in solchen Systemen dann wird es heißen, so man kann nicht immer alle zufriedenstellen. So, es gibt dann immer Leute die etwas dagegen sagen. Aber man muss dann Kompromisse eingehen.“

Neben den Ideen und Konzepten der Piratenpartei, die lose als denkbare Umsetzungsmöglichkeiten neuer Partizipationswege vorgebracht wurden, werden direkt-demokratisch organisierte Staaten als vorbildhaft bezeichnet. Sie trügen auch dazu bei, das Partizipationsniveau auf einem konstant hohen Niveau zu halten.

Rüdiger: „Dann gibt es da einen eingetragenen Staat bei den Vereinten Nationen (unverständlich), die haben keinen Außenminister und keinen Präsidenten, da treffen sie sich, wenn etwas entschieden werden muss, die zehn Dorfältesten und ein Beschluss wird nur mit einer hundertprozentigen Einstimmigkeit durchgesetzt. Wenn einer dagegen stimmt, dann diskutieren die eine Woche und dann machen sie eine einfache Mehrheit. Sehr interessant. Also so im kleineren Bereich funktioniert eine Demokratie besser als in einem größeren Bereich.“

In den Gesprächen tauchten an diesen Stellen zumeist Zwiespälte auf, die nicht aufgelöst werden konnten. Auf der einen Seite war man sich einig, eine möglichst große Anzahl von Partizipanten aktiv in die Entscheidungs- und Befragungsabläufe eingebunden zu wissen. Die Tatsache anerkennend und benennend, dass auch diese Prozesse an festzulegenden Zeitpunkten zu beenden seien, sollte eine gewisse Ergebnisoffenheit anhalten. Man lehnte ab, dass lediglich eine große Minderheit punktuell entscheide und gab sich überzeugt, mittels basisdemokratischer Verfahren „echte“ Mehrheiten formen zu können.

Samuel: „Der erste Vorsitzende der Piraten (unverständlich) hat gesagt, auch gestern in der Presse nochmal, dass, wenn irgendein Thema ansteht, steht es den Mitgliedern frei, das zu diskutieren in gewissen Foren beziehungsweise man versucht gemeinsam, irgendeine Position zu erarbeiten. Das geht natürlich nur bis zu einem gewissen Punkt, irgendwann muss man sich einig werden und man guckt, wie die Mehrheitsverhältnisse liegen. Aber das finde ich schon wichtig, dass man da eine möglichst breite Basis hat, die da etwas mitentscheidet, das ist so in einer Demokratie.“

Auf der anderen Seite kollidiert die Vorstellung von der möglichst „breiten Basis“ mit der geteilten Überzeugung, möglichst kleinere Entscheidungseinheiten zu bilden insofern, als über die Problematiken bei der Beantwortung der Frage, auf welcher Entscheidungsebene welche Themen zu verhandeln und zu entscheiden seien, unerkannt blieb.

Torben: „Und natürlich tatsächlich ein 80 Millionen Gemeinwesen sich nicht beispielsweise in einer Asamblee treffen könnte, da braucht man dann beispielsweise ein Delegationsprinzip. Das geht nicht anders. Und aber auch das kann auch manchmal sozusagen halt

sinnvoll und okay sein. Und ich glaube sozusagen, das Sinnvollste wäre einfach tatsächlich, einfach die Ebenen kleiner zu machen und die Ebene, die es betrifft sozusagen über ihre eigenen Belangen irgendwie sozusagen entscheiden kann und man dann auch weniger Repräsentation nötig hat. Genau, ich habe auch aufgeschrieben, dass durch Repräsentationssysteme und natürlich das Parlament halt die Partizipation notwendigerweise in der Gesellschaft nach unten geht. Weil dort, wo Leute nichts zu entscheiden haben, interessieren sie sich logischerweise auch nicht mehr dafür.“

Die Erzählungen hinsichtlich direktdemokratischer Verfahren zeichneten sich überdies durch einen teils verklärend romantischen Blick auf gemeinschaftliche Abstimmungen aus. Ein „Marktplatz-Idyll“ wurde beschrieben, das von Stereotypen der antiken und Schweizer Demokratie mitgespeist wird.

Raik: „Die Schweiz hatte ich so ein bisschen im Hinterkopf. Es gibt in der Schweiz, teilweise auf kommunaler Ebene, wo sich die Leute von gewissen Gemeinden auf dem Rathausplatz versammeln und aktuelle, das läuft wie bei den Piraten ab. Da stehen die Leute da und haben ihre Wahlkarten in der Hand und da darf jeder Bürger seine Meinung, er darf zu allen Themen, die anstehen abstimmen und zwar jeder mit einer Stimme. Und das wird vom Volk entschieden, nicht vom Bürgermeister, nicht vom Rat, sondern vom Volk. Sensationell. Die Kehrseite der Medaille oder die Pille, die du schlucken musst, ist, wenn die Mehrheit der Leute beispielsweise ein Minarettverbot durchsetzt in der Schweiz. Da stößt das System so ein bisschen an seine Grenzen und da muss man gucken, wie viel kann man davon aushalten, also ich war auch mit der Sache verdammt unglücklich.“

Problematisiert wurden hier einzig – das angeführte Beispiel macht dies deutlich –, dass in den Augen der Befragten unliebsame Entscheidungen getroffen werden könnten. Doch geht man relativ lapidar darüber hinweg und verweist auf vorhandene Erfahrungen und Traditionen, die den Umgang schon regelten.

Manfred: „Dass sie dadurch auch gleichzeitig den Rechtsradikalen Oberwasser gegeben haben, klar, aber ich glaube die Schweizer kommen damit klar, die haben eine lange Erfahrung damit, eine lange Tradition.“

Somit bleiben mehrere Schwierigkeiten der direkten Demokratie unerwähnt. Dass mit Volksentscheidungen zusätzliche Verfahren in ein ohnehin an Abstimmungen reiches föderales System der Bundesrepublik eingezogen würden, dass sie die Gesetzgebung verlangsamen und kostspieliger gestalten, dass den Medien, die während der einsetzenden Kampagnen der Parteien rund um Volksentscheide, eine erhöhte Bedeutung zufallen, indem sie Stimmungen erzeugen könnten, wurde nicht diskutiert. Einzig dass nicht alle Bürger über das Wissen verfügen könnten, um über komplexe Sachfragen abzustimmen – dies sich möglicherweise auch gar nicht aneignen wollen –, fand Erwähnung, wenn auch die Konsequenz,

dass Volksabstimmungen sozial ausschließend wirken können, unbetrachtet blieb.

Veronika: „Ich finde bei Demokratie geht es auch darum, dass man Schnittmengen findet. Schnittmengen zwischen allen, die in dem System leben. Idealerweise sollten dann auch die Informationsmechanismen so funktionieren, dass man eine Möglichkeit hat, sich darüber zu informieren, an welchen Punkt der Konsens zu welchem Thema steht.“

Die Beiträge zielten ab auf ausreichend Bildung und Information, die „vernünftige“ und „gute“ Entscheidungen sicherstellten. Den Erzählungen zugrunde lag dabei eine Idealvorstellung, nach der ein informierter Staatsbürger sich mündig, frei und selbstbewusst in gesellschaftliche Debatten einzuschalten in der Lage ist.

Samuel: „Es wurde schon gesagt, Bildung ist natürlich die Voraussetzung meiner Ansicht nach auch für eine gesunde Demokratie, wo dann auch Entscheidungen getroffen werden, die vertretbar sind. Also, es ist ja immer wieder die Rede auch von der Diktatur des Volkes oder so ähnlich, dass das Volk halt irgendetwas entscheidet, dass jetzt nicht unbedingt, wenn man sich das überlegt, vernünftig oder wünschenswert ist im Gesamtbild und dafür ist eben Bildung notwendig.“

Bildung lege den Grundstein für eine „gesunde Demokratie“. Unbestimmt blieb indes, wer verantwortlich ist für den Bildungsgrad in der Gesellschaft und damit – den Befragten zufolge – für den Zustand der Demokratie. Teils nahmen die Aktivisten hier eine überaus individualisierte Perspektive ein und zielten ab auf den Einzelnen, der sich aus dem vorhandenen medial-politischen Informationsangebot entsprechend richtig zu bedienen habe. Teils rief man ins Unbestimmte („man“), dass ein allgemeiner, gleicher Bildungsstandard zu gewährleisten sei.

Dominik: „Es gibt derzeit kein besseres Konzept. Weil um eine gute Demokratie zu haben, müsste man sich ja, müsste man einigermaßen garantieren können, dass jeder Bürger gleich gut informiert ist, weil bevor man sagen kann, dass etwas gut ist oder schlecht ist, muss man erst mal wissen, was es überhaupt ist.“

Doch das Zutrauen in direkt- und basisdemokratische Verfahren ist größer, als dass diese Einwände tatsächlich Überzeugungen ins Wanken brächten. Dies hängt auch damit zusammen, dass Teile der Befragten über Erinnerungsdepots verfügten, die mit guten Erfahrungen im Umgang mit horizontalen Abstimmungsformaten reichlich gefüllt waren, die ein Zurückblicken angenehm machten und die durch heutige basisdemokratische Bemühungen positive Emotionen wach werden lassen.

Ole: „Und ich [...] gehöre zu den Leuten, die damals die Grünen mitgegründet hatten, und auf den Bundesdeligiertenversammlungen, also es gab tatsächlich so etwas wie, damals

zumindest, wie Basisdemokratie und es gab einen qualifizierten Schutz für Minderheiten. Und es gab [...] ein ausgewiesenes System der Konsensdemokratie, und es hat natürlich, es gab Punkte, es hat manchmal länger gedauert, aber für meine Begriffe, war das tragfähiger und das haben wir uns eigentlich auch bei Attac bewahrt zum Beispiel.“

Ein weiteres Herzstück des Demokratieverständnisses der Befragten ist dabei die Ablehnung von Mehrheitsentscheiden und Abstimmungsverfahren sowie insbesondere: eine emphatische Befürwortung des Konsens-Prinzips. Hier fielen theoretisches Ideal und gelebte Praxis beinahe deckungsgleich übereinander, waren die Aktivisten überzeugt, ein wahrhaftig demokratischer Ort.

Manfred: „Es ist ganz anders bei einer Gruppe von Leuten, einen Konsens zu finden und dann gemeinsam etwas machen, anstatt einfach irgendetwas mit einem Mehrheitsbeschluss durchzuziehen [...]. Das ist ein ganz anderes Ding. Das ist für mich Demokratie.“

Ohne dass in den Gesprächsrunden darüber geredet wurde, wodurch genau sich ein Konsens charakterisieren lasse – das Vorwissen und die praktischen Erfahrungen im Umgang waren kollektiv sehr hoch – mobilisierten diese Gesprächsabschnitte zu ausgiebigen Erzählstrecken, in denen dem Konsens Eigenschaften wie beispielsweise Toleranz, Respekt, Nächstenliebe, Solidarität, Menschlichkeit und Offenheit zugeschrieben wurden. Der Topos vom besseren, gerechteren, gemeinschaftlicheren Weg zur Entscheidung, der immer latent, meist absolut in den Gesprächen Ausdruck fand und die Beiträge der Befragten auf fundamentaler Weise trug, schien vor allem in Abgrenzung zu anderen Verfahren besonders hell.

Zlatko: „Das ist eigentlich für mich so, wie wir Demokratie heutzutage erleben – als politische Organisationsform, mit Abstimmung und so. Da fehlt genau dieser Toleranzaspekt und dieses Zuhören und dieses Berücksichtigen von Minderheitenmeinungen, solange bis halt irgendein Konsens zum Beispiel dabei herauskommt.“

Denn wo Entscheidungsfindungen durch Abstimmungen und Mehrheitsbildungen spaltend wirkten, Auseinandersetzungen befeuerten, stets eine mitunter nur unwesentlich kleinere Gruppe als Besiegte geschlagen und enttäuscht zurücklasse, eine der Konsens.

Winfried: „Ich finde persönlich immer das Wort Mehrheit sehr fatal. Denn für mich persönlich, was ja auch die Acampada sehr, sehr gerne immer sagt, ist halt der Konsens. Und der Konsens ist ja in dem Sinne so unterschiedlich zu der Mehrheit, dass es heißt, Minderheiten werden zu keinem Zeitpunkt ignoriert. Es gibt keine Minderheit- und keine Mehrheitenprinzip, -prinzipien, sondern man versucht einen Konsens aufzubauen, mit dem jeder leben kann. Und das ist für mich halt ganz, ganz wichtig, ja. Dann ist für mich eine Demokratie im Ideal solidarisch. Das heißt nicht, man lebt nur nebeneinander, sondern eben wirklich

auch füreinander. Das ist das, was ich mit dem Bild auch schon assoziiert hatte, diese Nächstenliebe.“

Der Konsens vermag es dieser Lesart zufolge, vermeintlich getrennte Sphären – das Politische und das Leben – zu verbinden. Und anders als Mehrheitsentscheidungen, bei denen häufig gerade diejenigen gesellschaftlichen Teilgruppen regelmäßig unterlegen seien, die weniger Ressourcen in den Entscheidungswettbewerb einbringen können, nehme der Konsens hier keine Unterscheidungen vor und könne somit zu einer Homogenisierung des Gemeinwesens beitragen. Ähnlich wie mit dem Mehrheitsvotum verhalte es sich übrigens auch mit dem Kompromiss, bei dessen Bildungsprozessen ebenfalls Benachteiligungen auftreten und Ungleichheiten zementiert, ja noch vertieft werden könnten.

Phil: „Für mich ist Demokratie die Mitbestimmung aller und dass wirklich alle daran teilhaben können und der Konsensgedanke ist für mich auch sehr wichtig, da es die Schwachen und die Minderheiten, gerade die Schwachen, die, ich möchte mal, ich möchte es mal krass ausdrücken, in unserer neoliberalen Demokratie aktuell im Moment hinten runterfallen. Ja und so etwas darf eigentlich, meiner Ansicht nach, nicht passieren, weil so etwas fördert eine Zweiklassengesellschaft.“

Die Befragten stützten ihre Aussagen mit Berichten von Selbsterlebtem. Die Erfahrungen mit konsensualen Aushandlungsverfahren in ihren Gruppen hätten sie beeindruckt, bestätigt, überzeugt und ja, verändert. Sie sind gewiss, dem richtigen, guten, prozessualen und nicht abrupten Entscheidungsfindungsverfahren das Wort zu reden.

Zlatko: „Für mich ist diese Freiheit von Abstimmung und dass man quasi die Verlierergruppe, die dann halt in der Minderheit ist, in der Demokratie, in der Entscheidung dann hinten runterfallen lässt – das ist für mich eigentlich so der Widerspruch und das wurde genau in diesen Asambleas wohl nicht gemacht [...], das hat mir so gezeigt, dass Konsensbildung und langes Diskutieren in der Gruppe, was eigentlich ganz anderes macht, als, als dass, was man normalerweise bei Abstimmungsverfahren oder bei Wahlen oder so was macht oder was man in der Schule oder in Betrieben bei irgendwelchen Abstimmungen so mitbekommt. Das funktioniert ganz anders und hat für mich einen ganz krassen positiven Aspekt gehabt. Also der, glaub ich, bei mir auch echt wichtig war für Occupy, das ist halt eigentlich nicht Demokratie mit Wahl und Abstimmung, sondern eher Konsensbildung. Und ja, da gibt es ja ganz viele neue Methoden, wie man irgendwie die Konsensfindung machen kann und okay, es wird jetzt solange weiter diskutiert bis der Konsens da ist, aber es fällt keine Minderheit hinten runter.“

Die Erfahrungen in den Gruppierungen zeigten, dass es tatsächlich möglich sei, den Konsens als Standard zu etablieren und damit Abstimmungsmethoden jedweder Art zu ersetzen. Hierzu müssten lediglich die Partizipanten bereit dafür

sein, über die richtige Disposition für die durchaus auch als aufwändigere, mühevollere bezeichnete Aushandlungsmethodik zu verfügen.

Wolfgang: „Ich muss sagen, gerade im linken Spektrum sehe ich, habe ich das gerade in letzter Zeit echt häufig gemerkt, dass es, wenn jeder offen ist und jeder wirklich komplett gleichberechtigt ist, dann ist die Konsensbildung wahnsinnig leicht, habe ich das Gefühl manchmal. Wenn man halt, okay, bis jetzt waren die Themen auch dementsprechend, aber ich fand halt, wenn man wirklich sich nicht irgendwie mit einem schiefen Auge anguckt, sondern wirklich, wenn jeder gleich ist, dann, finde ich, ist die Konsensbildung auch viel angenehmer, weil man geht nicht direkt auf Anti.“

Der Konsens, auch dies war in den Erzählstrecken der Befragten zu erkennen, wurde zwar nicht als Instrument zur Vermeidung von gruppeninternen Kontroversen angesehen und eingesetzt, doch gaben die Aktivisten zu verstehen, dass in den Gruppen als störend empfundene Auseinandersetzungen somit umgangen werden könnten, sich wie bei keinem anderen Entscheidungsfindungsprozess von sich aus lösten sowie einzelne, auch vermeintlich abwegige Meinungen Platz finden konnten, da Verständnis, Geduld und Entgegenkommen in den Gruppen überwogen.

Wolfgang: „Aber wirklich in Gruppen [...], wo man einfach tolerant zueinander ist. Dann finde ich, ist es viel leichter Leute wirklich auch, die, sag ich mal, nur eine Einzelmeinung haben, diese auch sozusagen selber mit sozusagen seinem Gedankengut zu übernehmen und das zu reflektieren: ‚Okay, was meinte er?‘ Das ist dann viel leichter, anstatt wenn man sagt: ‚Okay, das ist eine Einzelperson, ja, okay, scheiß drauf.‘ [...] dass ich es persönlich erlebt habe, dass wenn man eine Einzelmeinung hatte, diese respektiert wurde und [...] in der Gruppe über diese Einzelmeinung diskutiert wurde. Das fand ich halt so gut daran. Nicht so von wegen so, okay, der hat eine Einzelmeinung, der kann gehen.“

Mit Begeisterung sprachen die Befragten über den Konsens.³⁴ Was sich mit den Occupy-Camps, den Asambleas und den Plenen anderer Zusammenhänge über das Konsensverfahren ausdrückt, sei dabei mehr als bloß ein Entscheidungsprozess. Der Konsens ist Teil ihrer Lebensform, schließlich sei er seit langem fest in WG-Küchen und in Gruppenräumen diverser Jugendzentren etabliert. Er drücke Selbstbestimmung, Unabhängigkeit und Libertät aus. Er steht im Kleinen aber auch im Großen für den wünschenswerten Wandel.

Bärbel: „Ich stelle mir das so vor, dass alle Menschen, eine richtig große Bewegung, die es hier in Deutschland natürlich nicht gibt, aber vielleicht entsteht sie in Spanien oder so, eine

34 | So auch Occupy-Wall-Street-Aktivisten. Vgl. Youtube-Video, Consensus @Occupy Wall Street, 13.10.2011, online unter: <http://www.youtube.com/watch?v=6dtD8RnGaRQ> (eingesehen 6.1.2014).

richtig große Bewegung einfach durchsetzt: Wir entscheiden über alles, was uns selber betrifft. Wir entscheiden über unsere Arbeitszusammenhänge. Wir entscheiden darüber, wie wir uns versorgen und solche Sachen. Das einfach alle das so durchsetzen. Und irgendwelche Gesetze, die da ganz oben entschieden werden, spielen da keine große Rolle.“

So steht das Bedürfnis nach einer übergreifenden, unabhängigen Bewegung in direktem Zusammenhang mit dem Konsensbegriff, in dem so viele Vorteile gesehen wie gute Werte hinein projiziert werden. Doch überwiegen bisher die tatsächlich erlebten demokratischen Momente im Kleinen, wie die Befragten berichteten.

Markus: „Und Demokratie erfahre ich wenn, dann meistens in kleineren Gruppen wie Fachschaften und so weiter, wo jeder zu Wort kommt, wo man auch nach den Interessen der einzelnen Leute und nach deren Bedürfnissen fragt, was ich mir vorstelle und auch eine Befriedigung der Bedürfnisse von Anderen. Dass man solche sozialen Komponenten gleich mit hat.“

Hier – im Kleinen – ließen sich das praktisch Gelebte und das erdachte Ideal am nächsten zueinander bringen – unabhängig, gleichberechtigt, autonom.

Zlatko: „Ich glaube immer noch, dass diese Frage nach dem idealen System, dass wir uns die eigentlich immer stellen müssen oder ich will sie mir auf jeden Fall immer stellen. Ich glaube auch, das ist irgendwie so eine Mohrrübe, wo man auch so hinterherrennt, aber die nie findet vielleicht. Aber ein ganz wichtiger Aspekt, der da in dem System drin ist, ist, dass Selbstorganisation und Selbstverwirklichung und Selbstverwaltung ganz zentrale Punkte sind und zwar nicht von demokratisch gewählten irgendwelchen Eliten, sondern, dass die Leute in kleinen Kreisen oder großen, mittelgroßen, egal wie groß, die Chance haben, die Sachen selber zu organisieren. Und ein anderer wichtiger Aspekt von diesem idealen System ist, so wie ihr das schon gesagt habt, dass es halt unabhängig ist von dem typischen kapitalistischen Zwängen im, vom kapitalistischen System, also unabhängig von Lohnarbeit ist und unabhängig von der Verteilung von Besitz und Reichtum und Ressourcen. Auf jeden Fall.“

Neben diesem dominanten Erzählmuster innerhalb der Gesprächsabschnitte über die „ideale Demokratie“ erneuerten die Befragten die Forderung nach mehr gleichberechtigter Mitsprache.

Wolfgang: „Also für mich ist eine ideale Demokratie, dass man wirklich einen sozialen und allgemeinen Konsens finden kann, dass man (unverständlich) sozusagen vorantreiben kann, dass man diskutieren kann und mitentscheiden kann [...]. So dass jetzt keine Stimme überwiegt, dass wirklich man, ja, das halt man wirklich gleich ist, mit der gleichen Stimme und das gleiche Recht. Und für mich ist Demokratie in dem Moment Demokratie, wo ich selbst mit meiner Meinung, entweder kann ich die Meinung jemandem geben, der

vielleicht mehr Ahnung hat, dem ich auch vertraue, oder halt wirklich, dass ich in jemandem, dass ich sozusagen meine Meinung selbst preisgeben kann, ohne dass ich jetzt nur meine Teilmeinung preisgebe und am Ende wird es dann als meine Meinung verkauft, wie (unverständlich) eine Partei und die macht dann irgendwas.“

Doch wie dieses umzusetzen und auf Dauer zu gewährleisten sei, in welcher Form, mit welchen Strukturen, blieb undeutlich. Letztlich blieben die Befragten ein wenig ratlos zurück und führten schlagwortartig Systeme an.

Lars: „Vielleicht eine Rätorepublik. So etwas in die Richtung gab es ja schon mal. Allerdings hat es nicht lange gehalten, weil dann halt rechte Kräfte dagegen gewirkt haben. Vielleicht sind die Menschen auch demnächst auch schon endlich mal so erwachsen, dass sie halt alle miteinander kommunizieren können über die Plattform Internet, dass man halt die ganzen Pro- und Contra-Argumente wirklich wie ein mündiger Bürger abwägen kann und dann zur besten Entscheidung kommen kann. Das ist meine Hoffnung, und das mögen erst meine Kindes Kinder, falls ich denn überhaupt mal welche haben sollte, erleben können, aber das ist die Hoffnung, die ich habe, dass es dazu kommen wird.“

Insgesamt lässt sich abschließend zusammenfassen: Die Befragten befürworteten in starkem Maße das Prinzip der Demokratie, erachteten indes den gegenwärtigen Zustand der Demokratie und ihrer strukturelle Ausgestaltung für defekt. Sie führten dafür vorrangig einen anhaltenden Abbau bürgerlicher Grundrechte sowie Konstruktionsfehler im parlamentarischen System an, die eine „echte“ Repräsentation des Souveräns – des Volkes – unmöglich machten. Wobei Rechte in den Augen der Befragten vor allem institutionalisierte und einklagbare Schutzgarantieren vor dem Handeln der Mehrheit und des Staates darstellten. Für sie handelte es sich um Schutzzräume, in denen überhaupt erst das wahrhaft Politische – ihrem Verständnis nach – artikuliert werden könne. Überaus deutlich wurde ihr sehr identitäres Demokratieideal, wobei ihnen Demokratie als Versprechen, als ein unvollendetes Projekt erschien, das es stets von neuem gelte umzusetzen. Von staatlicher Seite könne man dabei wenig Hilfe erwarten, gaben die Befragten an, auch, weil sie eine sich zunehmend vergrößernde Diskrepanz zwischen Bürger und Staat ausmachten. Hier setzte der Ruf nach mehr Teilhabe lautstark an, mittels derer Einspruch erhoben werden müsse. Teils moralisierend im Ton, teils motivierend, häufig appellativ sprachen sie von mehr Mitsprache auf allen Ebenen, nannten direkt- und basisdemokratische Verfahren vorbildhaft. Nicht die Kompromiss-, sondern die Konsensdemokratie lobten die Befragten, wobei individuelle politische Entscheidungsverantwortung hinter dem Eigenwert gemeinschaftlich konsensual durchgeführter Entscheidungsfindung zurückfalle, gar von ihr vollends ersetzt werde. Die formulierten Ansprüche an das Individuum zur Erfüllung der gesetzten Erwartungen an den eigenen Demokratiebegriff sind hoch: Die „richtige“ Information und Bildung werden angeführt; Offenheit, Transparenz und Toleranz werden abverlangt; den Glauben an das selbstformu-

lierte demokratische Versprechen zu teilen, wird erwartet, und „echte“ Demokratie zur Lebensform zu erklären, wird aufgegeben. Sodann aber setzt ein demokratischer Antrieb ein, der fortwährend Energien freimacht: „als ein ‚Umherkreisen, unsere Ziellostigkeit und die Zufriedenheit, die uns diese Ziellostigkeit bereitet‘.“³⁵

4.4 „EINE GEWISSE LIEBE“ – UTOPIEN UND DIE „GUTE GESELLSCHAFT“

Und was kommt dann? Die Kritik der Befragten an Politik, Staat und Gesellschaft fiel umfänglich aus und griff tief. Doch wofür konkret – einen Schritt weiter denkend – wurde sie formuliert? Welche Vorstellungen machten sich die Befragten von der besseren, lebenswerteren, der „guten“ Gesellschaft und wie beschrieben sie sie. Wie sollte das zukünftige Zusammenleben beschaffen sein und wie sieht – ihren Wahrnehmungen folgend – das ideale Morgen aus? Diese Fragen stehen im Zentrum des vorliegenden Kapitels über die utopischen Entwürfe der Aktivisten. Für Protestzusammenhänge und Aktivistengruppen sind geteilte Zukunftsvorstellungen von Bedeutung. Sie sind Teil kollektiver Identitätsbildung, können Gruppen, Initiativen, Bewegungen einen, indem sie einen utopischen Überwurf darstellen, unter dem sich Aktive – trotz unterschiedlicher Herkunft, Vorerfahrungen und Zielsetzungen im Protest – für eine bestimmte Zeit sammeln lassen.³⁶ Bei den für diese Arbeit befragten Aktivisten lag die eine überwältigende Erzählung indes nicht vor. Es ließen sich insgesamt vier zentrale Erzählstränge hinsichtlich ihrer Utopien identifizieren, die – in Variationen von den Befragten vorgetragen, teils mit gemeinsamen Berührungspunkten – das Bild vom guten Gemeinwesen, vom richtigen Zusammenleben und der wünschenswerten Gemeinschaft prägten.

Es handelte sich dabei – erstens – um den konsequenten Abschied jedweden Wachstumsdenkens, den Stopp und die Umkehrung einer wahrgenommenen Durchökonomisierung aller Lebensbereiche sowie dem Ende sämtlicher Wirtschaftslogiken insgesamt.

Torben: „Dass Brötchen gebacken werden, weil Leute Hunger haben und nicht, weil sich das Brötchen verkaufen lässt. Dass ich sozusagen eine weitgehende Gewaltfreiheit habe, mich sozusagen – eine Selbstverwirklichung habe und ich letztendlich auch Lohnarbeit abgeschafft habe und genau die Menschen sich auf Liebe, Kunst, Kultur und Wissenschaft konzentrieren können und nicht auf irgendwie so einen Scheiß wie irgendwie, ja, anstrengende Sache, die Menschen eigentlich gar nicht ausmachen.“

35 | Danny Michelsen u. Franz Walter, Unpolitische Demokratie. Zur Krise der Repräsentation, Frankfurt a. M. 2013, S. 254.

36 | Vgl. Klaus Eder, Kulturelle Identität zwischen Tradition und Utopie. Soziale Bewegungen als Ort gesellschaftlicher Lernprozesse, Frankfurt a. M. 2000.

Arbeit und Produktion würden sich den Vorstellungen der Befragten zufolge gänzlich anders ausnehmen, denn der Mensch würde im Zentrum aller anzustellenden Überlegungen zur Ausgestaltung alternativer Beschäftigungsverhältnisse und zur Neuorientierung der Herstellungs- und Verwertungsabläufe stehen. Nicht mehr Gewinne, Überschüsse und Leistungsbilanzen dominierten und strukturierten die Art zu arbeiten, sondern das Individuum mit seinen Bedürfnissen, natürlichen Stärken und Schwächen, Lebenseinstellungen und -wünschen. So ausgerichtet, wäre die Zeit des Überflusses, der Verschwendung, des maßlosen Konsums zulasten weniger stark industrialisierter Gesellschaften passé. Ein erster Schritt auf dem Weg hin zu einem besseren Leben für alle.

Violetta: „Wenn ich sagen würde, wie ich es mir wünschen würde, dann würde ich sagen, dass es keine Überproduktionen mehr gibt in Industriestaaten und dass Güter und Ressourcen gerecht verteilt sind.“

Feststehe daher: Die Kraft einer Volkswirtschaft gibt keine Auskunft über die Qualität des Zusammenlebens. Ökonomische Potenz allein, so zeigten sich die Befragten sicher, garantiere in keiner Weise – weder dem Individuum noch dem Gemeinwesen – eine positive Entwicklung. Das Gegenteil sei zu beobachten.

Dominik: „Deswegen, wenn wir uns mit China vergleichen, muss ich sagen, China ist vielleicht effektiver, wirtschaftlich betrachtet, aber es ist nicht die bessere Gesellschaft. Die bessere Gesellschaft ist nicht da, wo Leute für einen Hungerlohn in hühnerzellengroßen Verschlägen hausen, um drei Wochen im Jahr Heim fahren zu können. Das ist nicht die bessere Gesellschaft.“

Ihre Kritik am Diktat der Ökonomie mündete meist in einen mit Überzeugung vorgetragenen Appell an das Vertrauen in die Schaffenskraft des wirklich freien, gänzlich selbstbestimmten und vollkommen unabhängigen Menschen. Während die gegenwärtigen Arbeitszusammenhänge aus strukturell-ideologischen Gründen – der Übernahme und Durchsetzung neoliberaler Marktvorstellungen – die Kreativität des Einzelnen eindämmten, somit kollektive Energien ausbremsen, Konformität förderten und Erfindungsreichtum beschnitten, wäre das Ideal – so die Befragten – in der Abwendung und idealerweise auch der Auflösung dieses einengend, ja ausbeuterisch wahrgenommenen Gefüges zu finden. Der Ruf nach der Schaffung und (Wieder)Erlangung von autonomen Räumen unterwegs in eine andere, bessere Zukunft war an diesen Stellen deutlich zu vernehmen.

Phil: „[...] zumindest mal am Anfang, das Geld besser umverteilen können, damit die Leute auch kreativ besser arbeiten können. Ich meine, wenn jetzt jeder nur 35 Stunden oder 30 Stunden die Woche arbeiten würde am Anfang, dann könnten die Leute etwas ganz Neues schaffen, ja. Ich meine von dieser Fantasie, die da eigentlich ungenutzt ist beziehungs-

weise in irgendwelchen Tretmühlen verbraten wird, davon könnten Sachen entwickelt werden, davon träumen wir heutzutage noch nicht einmal, ja.“

Eine Zielbeschreibung, die eine gültige Formierung, eine gefestigte Statur, einen sich konstituierten Zustand charakterisiert, blieb jedoch aus. Ein Darüber-Hinaus, einen utopischen Endpunkt formulierten die Befragten von hier ausgehend nicht. Der utopische Gehalt in den Kritiken der Ökonomisierung und des Wachstumsstrebens war insofern eher in einer Art Weg- als in einer konkreten Ortsbeschreibung zu finden. Divergierende Auffassungen indes formulierten die Aktivisten in diesem Zusammenhang in punkto Forschung und Technik. Auf der einen Seite war Skepsis zu vernehmen angesichts Unternehmungen, die nicht auf die Verbesserungen irdischer Lebensumstände zielten.

Veronika: „Und der Erhalt der natürlichen Ressourcen, finde ich, sollte da auch eine sehr viel größere Rolle spielen, als das im Allgemeinen propagiert wird. Dazu könnte man auch so Sachen wie die Raumfahrt ersatzlos streichen, um einfach zu gucken, was ist auf dem eigenen Planeten los. Der Meinung bin ich, dass man einfach sieht, erforschen wir sonst lieber das, was wir haben und versuchen das zu erhalten.“

Auf der anderen Seite wurde gerade in der Forschung und im technischen Fortschritt ein Vehikel auf dem Weg in eine bessere Zukunft gesehen, das kritikwürdige Umstände zu überkommen verspreche.

Phil: „Also mein Traum ist eigentlich so der kostenlose (unverständlich) Roboter, der, der am Anfang schwere menschliche Arbeit erledigen kann, ja. Also ich komme selber aus der, aus dieser Robotik-Geschichte und ich könnte mir vorstellen, dass es in fünf bis zehn Jahren auf jeden Fall zumindest halb, halb, halb machbar wäre.“

Der zweite Erzählstrang hinsichtlich der utopischen Vorstellungen der Befragten setzte bei den Werten Gleichheit, Gerechtigkeit und Freiheit an. Es handelte sich dabei um die Beseitigung von Armut, die Gewährleistung einer gerechteren Vermögensverteilung und einer daraus resultierende Auflösung von Abhängigkeiten, die zukünftige im Gegensatz zu heutigen Gesellschaften auszeichneten.

Sandra: „Wenn wir es auf die Gesellschaft beziehen, dann würde ich sagen, es gibt keine Armut und keine Bettler mehr, aber es gäbe auch keine ultrareichen Luxushäuser mehr.“

Das sozialpolitische Finanzkonzept des bedingungslosen Grundeinkommens – in den Augen der Befragten global umsetzbar – wurde als Instrument angeführt, für eine andere, gerechtere Verteilungsverhältnisse sorgen zu können.

Dominik: „Und so kamen wir von dem bedingungslosen Grundeinkommen zur bedingungslosen Grundversorgung. Sachen, die ich zum Leben brauchte – minimal – sollten für sämt-

liche Leute, egal, wie viel sie verdienen, einfach kostenlos da sein. Gewisses Maß an Wohnraum, gewisses Maß an Lebensmitteln, gewisses Maß an Mobilität, ja auch ein gewisses Maß an Bildung eben. Garantiert, kostenlos.“

Das Konzept komme den Vorstellungen sehr nahe, wonach Lebens- und Arbeitszusammenhänge gänzlich neu, sozialer und im gesellschaftlichen Einklang aufgebaut seien würden, so die Befragten. Einen notwendig wie radikalen Wandel von dem, was unter Arbeit allgemein verstanden werde, wurde gewünscht. Nicht mehr die Lohnarbeit werde zukünftig als Ideal gelten, sondern eine Beschäftigung, die Selbstverwirklichung ermögliche, sich aus eigenen Interessen und Vorlieben ergäbe.

Lars: „Da gibt es natürlich von Person zu Person unterschiedliche Auslegungen aber im Großen und Ganzen geht es darum, dass es nicht mehr so eine Ungerechtigkeit der Verhältnisse geben soll, dass alle die gleichen Möglichkeiten haben sollen, jeder soll einen Zugang zu Bildung haben unentgeltlich. Jeder soll die Möglichkeit haben, sich selbst durch das was er tut zu versorgen und ich zum Beispiel würde so etwas wie bedingungsloses Grundeinkommen befürworten, weil man dadurch die Möglichkeit hat, sich selbst zu verwirklichen, und ich eben auch nicht glaube, dass die Leute dann aufhören würden zu arbeiten. Werfen uns ja hier viele vor. Es gibt, jeden Tag kommt mindestens ein Porsche oder Maserati vorbei, aus dessen Fenster gebrüllt wird: ‚Geht doch mal arbeiten.‘ Wenn der wüsste, wie viel wir hier arbeiten, dann würde er das nicht mehr schreien, sondern sich schämen, wie wenig er doch arbeitet.“

Die Zeit der Unsicherheiten, des sozialen Druckes, der Einschränkungen und der fesselnden Verhältnisse wäre vorüber. Denn genau diese lösten sich durch eine Umverteilung auf – individuelles Vermögen verliere an gesellschaftlicher Relevanz.

Dominik: „Das was Lebensqualität für mich einschränkt sind Ängste und Abhängigkeiten. Gewisse Abhängigkeiten haben wir einfach. Wir müssten regelmäßig Lebensmittel produzieren, um sie dann verspeisen zu können. Kann man absolut akzeptieren. Das ist einfach was Wesentliches. Das macht uns mit aus. Und aufgrund dessen muss auch eine gewisse Art von Wirtschaft da sein. Ist ja alles absolut in Ordnung. Aber diese künstlichen Zwänge nach dem Motto, okay, nur nicht weil ich in meiner eigenen Wahrnehmung eine gewisse Art von Klamotte toll finde, sondern weil jemand anderes es toll findet und es mir erzählt und ich da irgendwie dazugehören möchte, hole ich mir, versuche ich jetzt dahin zu kommen, nur weil mein soziales Umfeld sehr viel Geld verdient, andere Manager in den USA viel Geld verdienen, müssen die deutschen Manager nachziehen, weil sonst kriegen wir ja nicht die Experten. Das, also, dass diese Mentalität einfach abgebaut wird. Geld ist zwar wichtig, aber sollte nicht diesen Stellenwert einfach haben. Er gehört zu vielen anderen Stellenwerten. Und ja vielleicht kann man vielleicht bei uns hier in Deutschland durchaus christliche

oder religiöse Werte nehmen, weil das ist ja das, was schon seit Jahrtausenden Moralvorstellungen immer geprägt hat.“

Auf dem Weg in diese neue Welt, die in einem sehr hohen Maß von Egalität sowie autonomen Lebens- und Arbeitsformen geprägt ist, sei es legitim, Einzelne, die trotz gegebener Umweltbedingungen nicht zur Selbstermächtigung im Sinne der Befragten in der Lage sind, mithin behutsam zu entmündigen.

Dominik: „[...] dass Lebens-, also essentielle Sachen nicht mehr zur Verfügung stehen. Dass eben die Leute ihr Hartz IV für Alkohol ausgeben und keine Nudeln mehr kaufen können. Dann sollen sie halt eben weniger Geld bekommen und dafür die Nudeln immer kostenlos. Natürlich ist das eine gewisse Art von Entmündigung. Aber nur Entmündigung der Leute, die sich nicht selber darum kümmern können.“

Der dritte Erzählstrang stellte die Utopie einer Welt der Staatenlosigkeit dar. Das Konstrukt des Nationalstaats, das unter anderem mit Kriegen, Unfreiheit und Ungerechtigkeit assoziiert wurde, sei demnach längst überholt und trete in den Zukunftsvorstellungen der Befragten zugunsten einer globalen Anordnung ab, in der das Primat einer weltweiten Verantwortung herrsche. Das Denken und Handeln auf Grundlage nationaler Interessenslagen ist dieser Sichtweise zufolge vorüber und hat einer politischen Globalität beziehungsweise einer globalen Politik Platz gemacht.

Dominik: „Aber ich fühle mich (unverständlich) als Europäer. Und genau genommen, wenn ich vom Deutschen zum Europäer geworden bin, ist es auch kein großes Problem mehr, mich als Weltbürger zu empfinden, weil ich bin ja mitverantwortlich für das, was in Afrika, in Asien, Amerika und in Südamerika passiert. Ich bin ja auch verantwortlich, was in Rumänien passiert. Ich bin ja auch verantwortlich, was praktisch zwei Straßen weiter von mir passiert, wenn ich es denn mitbekomme. Also geht es eigentlich im Endeffekt um Kommunikation und Verantwortung schaffen. Und dann glaube ich, sind wir in einer ganz guten Gesellschaft.“

Ein globaler Wandel, der nur im Zusammenspiel weltweiter Bewegungskräfte erreicht werden könne, waren sich die Befragten stark mehrheitlich einig, sei nötig.

Lars: „[...] weil das ist ja gerade eben die globale Bewegung und wie zum Beispiel Rudi Dutschke sagte, es wird keine deutsche Revolution geben, es wird nur eine globale Revolution geben. Und das ist eben gerade die Hoffnung, dass aus diesem ersten Aufbäumen irgendwann wirklich das komplette, die komplette Veränderung des Systems entstehen könnte. Wir wissen, das ist eine Utopie bis jetzt, aber wir sind schon einen Riesenschritt weiter also noch vor einem dreiviertel Jahr meines Erachtens.“

Neben den oben angeführten drei Erzählsträngen hinsichtlich der utopischen Gesellschaftsvorstellungen der Befragten war eine weitere überaus dichte Beschreibungsweise der „guten Gesellschaft“ auszumachen: Charakteristisch für ein besseres Zusammenleben sei – so waren sich Aktivisten einig – mehr Freundlichkeit, mehr Zuneigung, ja: mehr Liebe.

Phil: „Ja, dass man einfach mehr lächelnden Leute auf der Straße begegnet. Also, ich meine, man muss ja nicht immer lächeln, aber die Leute sind so, ich sage mal, unfreundlich geworden auch, oder im Straßenverkehr, dass man mal, ich sage mal, weniger Dränger gibt, und ich meine, das ist natürlich ein Gefühl, dass die Leute auch, ich sage mal, ein bisschen zufriedener, glücklicher sind.“

Die Zukunft zeichne sich im besten Fall durch eine glücklichere, zufriedener Gesellschaft aus. Die Befragten wünschten sich, in ihr mehr gegenseitigen Respekt, mehr Empathie und tiefere Beziehungen der Menschen untereinander auf der Basis einer (vor)gelebten Solidarität. Hier leiste Occupys Protest unmittelbar einen wertvollen Beitrag, sind sie überzeugt.

Winfried: „Ja, das letzte ist die Nummer drei (der Gesprächspartner verweist damit auf eine Fotografie, Anm. d. V.), der Kuss über den Zaun hinweg, der für mich symbolisch für das steht, was im Grunde genommen die Acampada sehr, sehr stark verkörpert und was ich finde, was diese Bewegung als Ganzes, im Grunde hauptsächlich uns lehren muss, neben dem, dass wir politisch aktiv sind. Wir müssen lernen, wirklich und ich meine das nicht im christlichen Sinne diese Nächstenliebe, diese uneingeschränkte dem anderen freundlich gegenüber treten und wirklich eine gewisse Liebe zu empfinden und einfach toll miteinander umzugehen und das eben über alle Grenzen hinweg. Und deswegen fand ich dieses Bild sehr schön als das, eines dieser großen philosophisch moralischen Ziele.“

Denn dort, wo Liebe sich ausbreite, sei alles möglich, dieser Denkweise weiter folgend. Sie sei der Boden auf dem – und vor allem – durch den Neues wachse und Besseres entstehen könne. Der eigene Protest versuche eben diesen Boden zu bereiten, indem bedingungslose Liebe jedem gegenüber – auch und insbesondere sich selbst gegenüber – praktiziert, gelebt und weitergetragen werde – das Ideal eines künftigen Gemeinwesens. Der Liebende gibt zunächst viel von sich – nämlich seine Liebe –, erhalte aber dank der Kraft seiner Liebe, die andere verinnerliche, sie selbst zu Liebenden werden lasse, die wiederum andere mit und von ihrer Liebe überwältigten, umso mehr zurück – Bindung, Fühlung, Intimität. Letztlich sei es das, was Sinn produziert, Bedeutung schafft, Resonanz erzeugt. Der Topos Liebe fand auch im Umfeld der Camps in einer Vielzahl von Losungen seinen Ausdruck. Hier seien nur „Occupy your heart“, „Love more, fear less“,

„Love ist the movement“ und „The revolution is love“³⁷ angeführt, die allesamt von Occupy-Wall-Street stammen, aber in Deutschland ihre Entsprechungen fanden. Dementsprechend friedfertig und gemeinschaftlich lasse sich Utopia erreichen. Dort angekommen werde Arm in Arm gefeiert – ganz ähnlich dem Berlin vom November 1989.

Phil: „Ja, vielleicht noch die 24 (der Befragte verweist auf Fotografie, Anm. d. V.), also das ist für mich eigentlich so das Bild der Freiheit oder der Unabhängigkeit, das ist für mich praktisch der symbolische Fall der Mauer oder der Mauer zwischen den Menschen. Und so stelle ich es mir dann auch vielleicht in 10, 15 Jahren mal vor, wenn dann wirklich, ich sage mal, die Menschen auf die Straße gehen und die bessere Welt feiern.“

Es entsteht dann ein Ort, in dem es entsprechend der hochgeschätzten Werte Gerechtigkeit, Gleichheit, Freiheit besser sein wird als in der Gegenwart, an dem man sich wohlfühlt. Auch wird dabei deutlich, dass der Weg dorthin sowie der Verbleib mit Anstrengungen verbunden ist, die eingefordert werden.

Dominik: „Einfach dieses Gefühl, hier kann ich sein, wie ich bin. Also dieses, hier bin ich Mensch. Dieses Gefühl, einfach einen Alltag zu haben. Dieses, ich muss mich nicht verbiegen. Natürlich gehört dazu, dass ich dann vorher so geformt werde, dass ich von der Gesellschaft nicht verbogen werden muss. Also, ich muss verantwortungsvoll genug sein, dass ich meine Gesellschaft und die Leute um mich herum bereichere und nicht irgendwie kaputt mache. Und dazu, das ist anstrengend, also das ist, der Zustand selbst ist anstrengend, weil ich auf viele Sachen immer wieder aufpassen muss. Und das ist eigentlich auch in Ordnung, wenn die Leute bei gewissen Teilen versagen, solange sie merken, okay, das muss ich besser machen, da muss ich noch irgendwie arbeiten. Also die Motivation hinten dran muss da sein. Ich möchte der möglichst beste Mensch sein, der ich sein kann. Und dann ja also, dann dieses Gefühl, als wenn morgens an einem Sommertag aus einem Zelt rausgeht, die Vögel hört und dann einfach durchatmet und in dem Moment einfach sagt, okay, gute Welt. Also dieses Gefühl hätte ich gerne.“

Abschließend: Bei alldem zum Thema Zukunft und wünschenswerten Gesellschaftskonstellationen stuft man sich keineswegs als wirklichkeitsfremd ein hinsichtlich der erforderlichen Schritte und der vorgenommenen Beschreibung des utopischen Ortes. Alles sei machbar. Denn der naive Träumer war den Befragten ebenso fremd wie der bewaffnete, klandestine Revolutionär. Sie gaben an, traditionelle Werte hätten für sie mit Blick auf ein idealtypisches Morgen Gewicht. Man stehe für eine Werteververschiebung, nicht für aber den radikalen Bruch.

37 | Losungen, die auf Plakaten, Fahnen und Tätowierungen von Aktivisten zu lesen waren, sind einem Dokumentarfilm von Velcrow Ripper über die US-amerikanischen Occupy-Wall-Street-Proteste entnommen. Der Film „Occupy Love“ ist online zu beziehen unter: www.occupylove.org (eingesehen 12.1.2014).

Dominik: „Wir schaffen ja keine neuen Werte. Das, was wir machen, ist, die alten Werte nehmen und sie einen anderen Stellenwert geben wollen, sodass die Zukunft so eine andere Mischung aus den bekannten Werten ist.“

4.5 SICHTWEISEN AUF „DIE ANDEREN“

Wer in den Occupy-Camps unterwegs war, sich an den Infotischen, auf Parkbänken oder einfach auf den Grünflächen sitzend mit den Bewohnern und Unterstützern der Zeltdörfer unterhielt und danach fragte, was sie eigentlich zu dieser Art öffentlichen Dauerprotestes motiviere, erhielt häufig als erste Reaktion dieselbe Antwort: Man sei hier, um die Leute zu erreichen, um zu reden, zu informieren, zu überzeugen. Man wolle Mitbürger mit Argumenten versorgen, sie sensibilisieren und sie aufmerksam machen auf all diejenigen großen Zusammenhänge und globalen Problemlagen, die sich überlagerten und von denen man nur selten in den kleinteilig empfundenen Nachrichtenausschnitte deutscher „Mainstream-Medien“ höre und lese. Man wollte aufklären, die Verhältnisse entwirren und die Menschen berühren. Ein überaus starker Impetus der Aktivisten, der mit dazu führte, dass auch in den Gesprächen der Adressat dieses Wesenszuges – „die Leute da draußen“ – immer wieder in den Fokus der Debatten geriet. Daher: Wie blickten die Befragten auf die Gruppe „der anderen“, die „Nicht-Engagierten“, „das Volk“? Und in welcher Verbindung standen diese Sichtweisen mit ihrem Engagement?

Zunächst monierten die Befragten eine Haltung des Sich-Heraus-Haltens, die in weiten Teilen der Gesellschaft dominant sei, und brachten diese in Zusammenhang mit einer (Selbst-)Genügsamkeit aufseiten der Nicht-Engagierten, die sich auf ein relativ hohes Maß an Wohlstand gründe.

Lars: „Ja, größtenteils an Ignoranz der Leute. Also die Informationen sind alle vorhanden. Wir versuchen diese Informationen zu bündeln. Selbst die häufig, wie sagt man, als Schmierblätter abgewatschten Zeitungen schreiben darüber. Die haben die Artikel, wo das drin steht. Ja, meines Erachtens kann es nur Ignoranz und Angst sein. Angst vor dem, was kommt, und dann lieber ausblenden, Scheuklappen und hoffen, das wird schon alles. Ich habe mein kleines Häuschen. Ich habe meinen kleinen Kontostand. Wird schon alles gut gehen für mich. Das passiert ja nur den anderen. Das ist ja so wie mit Unfällen. Das kann mir nicht passieren, das passiert immer nur den anderen.“

Ausgehend von Beschreibungen wie der obigen zeichneten die Aktivisten einen harten Kontrast: hier das eigene Engagement, das begründend unterlegt wurde mit der Übernahme von Verantwortung und Pflicht, dem eine Bewusstwerdung vorangegangen sei und das sich – bei aller Kritik und Skepsis angesichts der Verhältnisse – auszeichne durch eine insgesamt optimistische Weltsicht; auf der anderen Seite die wahrgenommene Haltung weiter Teile der Gesellschaft, die sich

aus dem öffentlichen Raum verabschiedet ins Private zurückgezogen hätten, sich dort ihrer gesamtgesellschaftlichen Passivität hingäben – hadernd, resignierend, verbittert.

Dominik: „Diese Strömung haben wir auch in unserer Gesellschaft. Viele, viele Leute versuchen, möglichst unabhängig zu werden und sich rauszunehmen [...], um eben dieses Negative nicht mehr zu haben. Aber das widerspricht ein kleines bisschen meinem Verantwortungsgefühl, weil man kann sich nicht komplett rausnehmen und die ganze Zeit nur darüber schimpfen, wie scheiße das andere ist.“

In diesen Passagen konnten sich Befragte durchaus in Rage reden. Anders als in ihren Berichten von konkret erlebten Situationen mit Passanten im Umfeld der Camps, die sich dadurch auszeichneten, dass Neugier, Aufgeschlossenheit und das „offene Ohr“ der nicht-engagierten Bürger hinsichtlich der Occupy-Proteste lobend Erwähnung fanden, fielen die Gesprächsabschnitte, während derer die Befragten aus einer Vogelperspektive über diese nicht-aktiven Gesellschaftsgruppen diskutierten, – auch sprachlich – gänzlich kritischer aus.

Torben: „Aber auch genug Leute da sind, die denken, Politik ist etwas, das machen andere für mich, so eine Dienstleistung wie Haare schneiden, da muss ich mich nicht drum kümmern, und das ist sozusagen natürlich total fatal in einer Gesellschaft.“

Engagement sei in diesen gesellschaftlichen Gruppen, die in ihrer Gesamtheit deutlich die Mehrheit stellten, nur dann anzutreffen, wenn persönliche Betroffenheit vorläge, wenn es um Besitz-, Wert- oder Statuserhalt gehe und „nicht aus einem hohen ideellen Wert“, wie eine Aktivistin (Violetta) meinte.

Dominik: „Aber die Bevölkerung hier und da muss ich sagen, es klappt himmelweit auseinander, weil, wie engstirnig wie kleinkariert diese Leute großteils sind. Einfach nur, weil viele Leute aufgehört haben, an sich selbst weiterzuarbeiten. Sich selbst zu hinterfragen. Oder es auch nie gelernt haben. Kann ich jetzt nicht sagen. Aber die Leute sind einfach, so wie ich sie kennengelernt habe, rein empirisch, da verzweifle ich manchmal ein bisschen an der Bevölkerung. [...] Ich würde mir zum Beispiel wünschen, dass die Leute endlich verstehen, dass hohe Steuern, abgesehen von den wirklich Reichen, nur Vorteile bringt.“

Formuliert wurde der Vorwurf, an einem Prozess des Sich-Aufklärens – anders als die Aktivist:innen, die für sich diesen bereits durchlaufen hätten – wenig Interesse zu haben. Zwar wurden wie später im Kapitel zu zeigen sein wird, mehrere Umweltbedingungen konstatiert und kritisiert, die Engagement – zumal zeitintensives, politisch-systemkritisches, außerparlamentarisches – erschwerten, jedoch seien Schlichtheiten, Arglosigkeiten, ja Stumpfheiten allenthalben spürbar.

Veronika: „Oft sind die Leute auch naiv. Die glauben, sie könnten etwas gewinnen, wenn sich irgendwo jemand mit einem kleinen Stand im Supermarkt ausbreitet und sagt: ‚Gewinn ein Cabrio, du gibst mir deine Daten und vielleicht hast ja eine Chance.‘ Dabei schenkt man im Grunde nur seine Daten her, und es ist den Leuten nicht klar. Egal, ob es das Probeabo für Zeitschrift X ist oder die Möglichkeit an Flugreise Y sich zu beteiligen. Die Naivität im Umgang mit den eigenen Daten trifft leider komplett auf ein System, was es sich zum Ziel gemacht hat, möglichst viele Daten zu ernten und zu erfassen und aus jedem einzelnen von uns rauszupressen. Und an jeder Kasse wird gefragt: ‚PayPal?‘“

Es sei auf einen zentralen Topos verwiesen, der sich nicht nur hier, aber an dieser Stelle anknüpfend in ganz besonders starker Ausprägung zeigte. Es handelte sich dabei um das feststehende Bild, wonach der Mensch nicht per se gut oder böse sei, Richtiges oder Falsches tue, sondern auf dem jeweiligen Weg vielfache Einflüsse erfahre, die dem Individuum Richtung gäben. „Menschen sind nicht von Natur aus rechts oder links, sondern Menschen werden dazu“, sagte eine Aktivistin und fasste damit eine Auffassung zusammen, die beinahe einen Konsens unter den Befragten darstellte. Jedoch: Die prägenden Orte seien erodiert. Allen voran die Familie als Lernstätte, die ein Wertegerüst vermittele, unverrückbare Prinzipien und Rollenmodelle im Kleinen vorlebe, konserviere und weiterreiche – dieser Erzähllinie weiter folgend –, sei entkernt, ihrer erzieherischen und bildenden Fähigkeiten weitgehend verlustig geworden. Eine Entwicklung unter anderen, die Nicht-Engagement begünstige.

Dominik: „Auch eine fehlende Erziehung ist eine Art von Erziehung. Das heißt, was wir heutzutage haben, mit im Extremfall Kleinstfamilie, also alleinerziehende Mutter, alleinerziehender Vater mit einem Kind, Vollzeit berufstätig. Kind hat praktisch keine Erziehung außer das, was er von Medien und ein bisschen in der Schule praktisch mitbekommt, weil Freundeskreis erzieht nicht. Das ist eher ein sozialer Aspekt, den man da lernt, also eine Sozialisierung. Aber erziehen ist ja praktisch Leitlinien geben, an denen ein Verhalten dann orientieren kann. Dazu braucht es Vorbilder, dazu braucht es ein gewisses Maß an Regeln, auch sinnvollen Regeln. Und da sehe ich derzeit zum Beispiel ein ganz, ganz großes Problem, weil das, wo wir früher eine funktionierende Familienstruktur hatten, in die siebziger, achtziger Jahre noch rein, also zwei Elternteile, im besten Fall noch irgendwie Großeltern im näheren Umfeld, noch nicht ganz so über Deutschland verstreut, wo praktisch ja Defizite im Voraus so ausgeglichen wurden, so ein bisschen Vielfalt so. Das, was man heutzutage im Mehrgenerationenhaus ansatzweise wieder versucht, dass praktisch, wenn bestimmte Leute keine Zeit haben, andere Erwachsene die Aufsicht übernehmen. Aber auch so eine persönliche Aufsicht, also dass da so eine Beziehung da ist, dass man da nicht sagt, der wird dafür bezahlt, mich jetzt zu erziehen. Ich meine, Kinder kriegen das ja mit. Sondern wirklich, dass da wirklich ein gewisses Eigenengagement der Großeltern, der Tanten, der Onkel und so weiter.“

Das Bild der intakten Familie avancierte dabei für Teile der Befragten zu einem Refugium, das für all das stehe, was angesichts umfassender gesellschaftlicher Verwerfungen bedroht werde – für Sicherheit, Nähe, Vertrautheit und Wärme, für Liebe und Zusammengehörigkeit.

Rosemarie: „Also ich denke mal, die Familie ist der beste Beweis dafür, dass die Menschen einander brauchen und dass es schon immer so war. Und ich glaube, dass wir das heute neu lernen müssen einfach. [...] Weil es eben jetzt auch so ist, dass sich die Leute immer mehr vereinzeln und immer mehr auseinandergehen, denke ich, ist es umso wichtiger.“

Kein staatliches Handeln könne den Verlust dieses weithin als gut empfundenen Erfahrungs- und Lebensraumes adäquat kompensieren. Jeder Bemühung fehle bereits das Substrat – die Bedingungslosigkeit unaufkündbarer familiärer Bande.

Dominik: „Und da sehe ich halt das Defizit heutzutage, [...] die große Problematik [...], dass das alles nicht auf die Psyche der Menschen eingeht. Also ein Staat kann nie das leisten, was eine Familie leisten kann, weil es immer dann praktisch ein Staatsdiener ist oder jemand der eben Geld dafür bekommt in unserem System und dergleichen, dann die Betreuung und die Lehre übernimmt und nicht eben dieses komplett andere menschliche Miteinander. Und ja. Da finde ich, dass da nachgebessert werden muss.“

Neben der Auflösung der Familie als Erfahrungsort führten die Befragten ein Bündel weiterer Erklärungsansätze an, die jeweils Nicht-Engagement nachvollziehbar machten. Es blieb also keinesfalls bei der oben genannten teils heftigen Kritik an Nicht-Engagierten. Vielmehr wurden die Auslassung über naive, passive, egoistische Mitbürger gerahmt von Beschreibungen diverser Umweltbedingungen, überkommener politischer Mentalitäten sowie medial transportierter Strategien, die von den Befragten ausgemacht wurden und allesamt Engagement verkomplizierten. Hier seien die wesentlichen Erklärsmuster dargelegt.

Zunächst wurde von Aktivisten in diesem Zusammenhang darauf verwiesen, dass Deutschland im Gegensatz zu vielen seiner europäischen Nachbarstaaten keineswegs über eine ausgeprägte Protestkultur und -geschichte verfüge. Die Bevölkerung sei schlicht im Protest zu brav, zu angepasst, zu zögerlich.

Roland: „Und bin auch der Meinung, das deutsche Volk lässt sich einfach zu viel gefallen in dem Sinne, also wenn ich die Franzosen sehe, die machen eine Demonstration und die gehen auf die Straße (unverständlich), aber wir Deutschen stehen und protestieren oder haben nicht die Eier. Die kriegen es nicht mal gebacken, irgendwie mal einen Stein zu schmeißen.“

Erklären konnten sich die Befragten diese verhaltene Einstellung zum öffentlichen Widerspruch nur bedingt. Vage führten sie eine ausgeprägte Staatshörigkeit

an, blieben letztlich bei der diffusen Schilderung dieser kollektiv wahrgenommenen Atmosphäre, zu der diverse Einflussgrößen beitrügen, wie es hieß.

Carla: „In Deutschland ist das schon so besonders verschlafen. Oder hier gibt es eine besonders resignative und kampfesunwillige Stimmung. Da spielen, glaube ich, so viele Faktoren mit eine Rolle.“

Dass es der Bevölkerung zu gut gehe, galt indes nicht als Argument, das Passivität rechtfertige, so die Befragten. Zum einen widersprach es ihrer Grundhaltung, wonach Aktivismus in der Regel das Gemeinwesen belebe. Zum anderen erachtete man die Lebensqualität in der Bundesrepublik keineswegs für alle gesellschaftlichen Schichten als optimal, für jene abgehängten oder prekär lebenden Teile der Gesellschaft gar als überaus schlecht, gemessen an dem Wohlstand des Landes.

Steffen: „Also ich muss erst einmal eine Kritik ausüben darauf, dass es uns allen hier sehr gut geht. Das ist nämlich alles nur auf Materielles bezogen. Ich denke, dass es den Leuten hier in Deutschland oder in Europa meistens nicht so gut geht. Das zeigen Zahlen, wie, was weiß ich, neun Millionen depressive Leute, die keinen Sinn, keine Orientierung im Leben haben, was auch immer. Also, diesen materiellen Gedanken teile ich nicht, ich denke, den Leuten teilweise in Ghana oder so, die sind glücklicher als hier.“

Neben diesen „weichen Faktoren“ wie Glück, Zufriedenheit, Erfüllung oder Optimismus, bei denen Deutschland verglichen mit ärmeren Weltgegenden relativ schlecht abschneide, traten „harte Faktoren“ wie Armut, Beschäftigungslosigkeit und Abhängigkeiten, die in Deutschland vorherrschten, aus denen es bei den gegebenen Verhältnissen überaus schwierig sei, sich zu lösen, und die für sich genommen – so die Sicht der Befragten – Anlass genug zum empörten Einspruch geben müssten.

Phil: „Also ich kenne mittlerweile sehr viele Hartz-IV-Empfänger, habe ich auch durch Occupy kennengelernt. Und ich sag mal, es ist keiner darunter, der jetzt Schmarotzer ist, ja, sondern die meisten sind wirklich durch, durch Lebensumstände da reingerutscht, die, ich sag mal, oder durch unglückliche Lebenszustände da reingerutscht, wie Beruf, Mobbing, dann kam vielleicht noch eine Trennung hinzu oder dass man ein Kind verloren hat. Und das, und wenn man einmal in dieser Mühle drin ist, dann kommt man im aktuellen System nicht mehr hinaus, weil man aktuell auch, ich sag mal, von den Medien abgestempelt wird, wenn man in einer bestimmten gesellschaftlichen Klasse ist. Und da muss man ein, und ich sag mal, da muss man auch ein bisschen mehr Aufklärung leisten.“

Ein weiteres Erklärsmuster für Nicht-Engagement setzte bei den Arbeitsverhältnissen an. Hier berichteten insbesondere jüngere Aktivisten, die das dreißigste Lebensjahr noch nicht oder erst seit kurzem überschritten hatten, von berufs-

bedingten Lebenssituationen, die „Politik hardcore“, wie ein Aktivist es ausdrückte, unmöglich machten. Ein Umstand, der übergreifend auf Kritik stieß.

Bertram: „Also ich glaube, so geht es relativ vielen, wenn man das stärker, also wenn man dann einen stärkeren Ausgleich hätte irgendwie, dass so jetzt was weiß ich, gerade ich habe letzts mit einer Freundin gesprochen, die habe ich eine Weile nicht mehr gesehen, die hat mit mir Architektur studiert, die arbeitet hier in einem Architekturbüro und die ist halt auch immer früh ab acht bis abends irgendwie 19 Uhr teilweise irgendwie im Büro und da ist danach nicht mehr groß, also dann und so, also und wenn es da irgendwie so, die meint auch ja ist zwar irgendwie ganz okay, dass sie diesen Job hat, macht auch Spaß und so, aber weiß ich nicht, wenn es halt drei Tage die Woche wären, wäre es auch cool oder so weiß ich nicht, also wenn man irgendwie noch Zeit hätte sozusagen, dass zu machen wozu, worüber, also sich politisch zu engagieren oder kulturell.“

Hier sahen die Befragten Druck auf den (jungen) Arbeiternehmern lasten, der Engagement massiv erschwere, in den meisten Fällen ausschließe. Die Belastungen und Anforderungen an den Einzelnen seien in einer auf Effizienz und Profitmaximierung ausgerichteten Arbeitswelt derart massiv, dass freie Zeit zur Mangelware, Freizeit zur raren Ausnahme geworden sei.

Markus: „Das ist Politik light und viele Leute haben nicht die Zeit, weil sie beruflich oder sonst wie stark unter Druck sind, dass sie keine Politik hardcore mehr machen können, sprich außerhalb der beruflichen Zeiten auch ziemlich viel noch nebenan an (unverständlich) auseinandersetzen mit anderen Gruppen usw., dann haben sie die Nase voll auch innerhalb der Linken.“

Die Befragten kritisierten dabei eine vorherrschende Vorstellung von Arbeit, die sich vor allem an Lohnarbeit orientiere und die ihnen immanenten Abhängigkeitsverhältnisse, die teils ausbeuterische Verwerfungen mit sich brächten, nicht mitdächten. Der Arbeitsbegriff der Befragten hingegen war sehr viel weiter gefasst, deutlich umfassender. Er denke – um es in den Worten der Aktivistinnen zu sagen – den ganzen Menschen mit seinen Stärken und Schwächen sowie mit seinen Bedürfnissen mit. Und zu denen zähle – in den Augen der Occupyer eine Selbstverständlichkeit – die Möglichkeit zu aktiver Teilhabe innerhalb politisch-gesellschaftlicher Assoziationen trotz bestehender Beschäftigungsverhältnisse. Ohnehin sei Engagement innerhalb und für die eigene Arbeitssituation, das über den eigentlichen Tätigkeitsbereich im Betrieb, in der Firma oder in der Abteilung hinausgehe, zu gewährleisten, nicht zuletzt weil es allen Beteiligten nutze. Ein Schritt hin zu einer Art Demokratisierung von Arbeit. Doch davon sei man derzeit weit entfernt und aktuell distanzieren man sich immer weiter. Dass hier ausgerechnet die Profiteure einer solchen Auffassung und Auslegung des Arbeitsbegriffes – nämlich die Arbeiter, einfachen Angestellten und Beschäftigten – sich sträubten, dergleichen Forderungen offensiv zu formulieren, ja, ihre

Vorteile gar nicht erst erkennen, sich stattdessen in einen weitgehend individualisiert wie letztlich aussichtslos ausgetragenen Kampf auf dem Arbeitsmarkt stürzen, in dem Leistung, Erfolg und Profit prämiert werden anstelle von Selbstverwirklichung, Gemeinsinn und Erfüllung, deprimiere Teile der Befragten. Mit Bedauern wurde konstatiert, dass Teile der Bevölkerung hierfür noch nicht aufgeklärt genug seien.

Lars: „Der Maserati-Fahrer tut mir fast schon einfach nur leid, weil er in einer sehr kranken Welt lebt und die Leute, die es ignorieren, tun mir leid, wenn es kracht, weil sie aufwachen und vor vollendete Tatsachen gestellt werden und dann nicht wissen, wie sie damit umgehen sollen. Wir wissen nicht, ob es irgendwann demnächst kracht, aber falls es passieren sollte. Gerade wurde NRW auf Negativ herabgestuft und ganz Deutschland von einer anderen Rating Agentur auf Staatsbankrott. Ist ja nun keine, sagen wir mal, Verschwörungstheorie oder so. Das sind die anerkannten Rating Agenturen, die so etwas sagen. Also ist die Idee, dass es irgendwann demnächst zu so einem Wirtschaftskollaps kommen kann recht logisch betrachtet angesichts der Umstände, in denen wir uns momentan befinden.“

Es werde ihnen, den Nicht-Engagierten, allerdings auch nicht leicht gemacht – das Erkennen, das Durchschauen, das Begreifen. Strukturelle Weichzeichner, die Konfliktlinien trüben, und Beschäftigungsformen in Dauerschleifen, die innerhalb eines festen Gefüges stetig so entlohnen, dass konsumistischen Reizsetzungen nachgejagt werden kann, hätten die Gesellschaft durchdrungen. Eine Ablenkungs- und Beschäftigungsmaschinerie werde am Laufen gehalten, die von staatlicher und wirtschaftlicher Seite in jedem Fall toleriert, zumeist gezielt forciert werde. Allen voran „die Medien“ wurden als Träger, Vermittler und Multiplikatoren dieser „Befriedigungsstrategien“ ausgemacht.

Dennis: „Die meisten Leute fressen das, nicht zuletzt auch, weil natürlich die öffentliche Wahrnehmung deutlich geprägt von den Medien oder auch von bestimmten Parteien, zum Beispiel massiv von den Grünen, so eine Einschätzung verbreitet, und die Leute sind natürlich auch – oder wir alle sind natürlich auch bequem, wir möchten das eigentlich gerne hören, man möchte gerne auch befriedigt werden, man möchte ausgesöhnt werden, nicht jemand, es gibt wenig Leute, die gerne in einem Dauerkonflikt leben, ja, man muss da schon so ein bisschen schräg drauf sein.“

Die Medien nähmen Einfluss auf das Denken der Bürger. Die sich selbst als Wirtschaftskonzerne und politische Akteure verstehenden Pressehäuser, Rundfunkstationen und Sendeanstalten würden auf gesellschaftliche Diskurse einwirken, sie bestimmen und lenken. Über was die Gesellschaft auf welche Art, zu welchem Zeitpunkt, für wie lange, in welchem Duktus und Umfang diskutiere, steuerten die Medien, die sich selbst in einem politisch-ökonomischen Abhängigkeitsgeflecht befänden – unfähig Nähe aufzugeben, außer Stande Distanz einzuhalten, nicht in der Lage Unabhängigkeit zu bewahren. Dies habe Besorgnis

erregende Konsequenzen für die Qualität der transportierten Informationen, auf die der Bürger, wie die Befragten deutlich machten, angewiesen sei, um eine eigene kritische Meinung zu bilden. Denn die daraus resultierenden Vereinfachungen und Personalisierungen würden in einer immer komplexer werdenden Welt Ressentiments schüren.

Phil: „Ich sage mal, so eine Ideologie ist ja meistens eine einfache Erklärung für komplexe Probleme. Ich meine, die Presse verurteilt auch die Griechen als Steuersünder und das ist meiner Ansicht nach eine Pauschalisierung, die teilweise ungerechtfertigt ist. Aber das ist ein Gedankengut, das setzt sich bei uns in Deutschland im Denken fest. Wenn ich mit bestimmten Leuten rede, die verurteilen das komplette griechische Volk basierend darauf, was sie in der Presse lesen und ich sage mal, so etwas könnte man schon als rechtes Gedankengut beschreiben, weil man da eine komplette Bevölkerungsgruppe pauschalisiert und abwertet [...], da haben die Medien einen sehr großen Einfluss darauf.“

Vereinheitlichungen, Popularisierungen und gezieltes Verschweigen warfen Befragte den Massenmedien vor. Das Wissen um die Tatsache, dass die Verhältnisse eben nicht so einfach zu verstehen, zu erklären und zu beurteilen seien, wie die „Mainstream-Medien“ im Allgemeinen Glauben machten, kritisierten die Aktivist:innen.

Markus: „Wenn man sich die BILD anschaut und die Macht von Zeitungen und Medien anschaut, das ist eine Einflussnahme mittlerweile durch die neoliberale Politik. Gar nicht mehr so in dem Maße, wie vielleicht vor ein paar Jahren, vergleichbar, dass es unterschiedliche Positionen gibt. Es geht alles nur in eine Richtung, und das gibt meines Erachtens, Beispiel Frankfurt, ja, Absprachen unter den Zeitungen. In Frankfurt selber wird von der BILD massivst gegenüber solchen Demonstrationen, die anstehen, mit Terror und was weiß ich alles, an die Wand gemalt, und die Leute werden dort beeinflusst. Und andererseits wird alles, was um Frankfurt drumherum ist, wird wie ein (unverständlich) der Verschwiegenheit, das kommt erst gar nicht in die Presse hoch, damit man die Leute nicht aufmerksam macht, das da irgendetwas im Augenblick passiert. Und das macht mich nicht ohnmächtig, sondern wütend.“

Die Befragten konkretisierten ihre Einschätzungen über die Medien anhand eigener Erfahrungen im Zusammenhang von Demonstrationen. Hier gaben sie sich zutiefst enttäuscht und verärgert darüber, dass den Medien an einer objektiven Berichterstattung offenbar nicht gelegen sei. Derart gegensätzliche Wahrnehmungen von Demonstrationsabläufen würden es belegen; tatsächlich Erlebtes – auch Erlittenes – und am nächsten Tag Gelesenes sich frappierend von einander unterscheiden. In diesem Ausmaß und in dieser Regelmäßigkeit könne das kein Zufall sein.

Veronika: „Insbesondere die Berichterstattung nach Demonstrationen finde ich hochproblematisch. Ich habe es nur ganz selten erlebt, dass ich die Berichterstattung auch nur annähernd fair fand, auf jeden Fall die der öffentlichen Medien. Natürlich, wenn man auf Indymedia dann alternativ nachliest oder bei Attac selbst auf der Seite, wenn sie mit aufgerufen haben, dann wird oft ein ziemlich anderes Bild davon gezeichnet, was möglicherweise auch in der Öffentlichkeit ankam, von den Botschaften, die man dabei hatte. Aber die öffentliche Berichterstattung neigt dazu, die wenigen Gewaltbereiten immer sehr ins Rampenlicht zu schieben und das geht immer auf Kosten der Gesamtbewegung. Also, egal womit man sich hinstellt, es ist immer so, dass bei Gorißen das Schottern gezeigt wird, obwohl es vielleicht eine Handvoll von Leute sind. Es ist immer so, dass beim ersten Mai brennende Mülltonnen gezeigt werden, und ich bin ehrlich gesagt enttäuscht davon, dass die Medien da auch nie eine Bereitschaft zeigen, vielleicht auch mal eine differenziertere Art der Darstellung insgesamt zu geben.“

Tendenziös, befangen und letztlich systemstützend seien diese Beiträge der Medien angelegt. Teilweise unverhohlen würde sich dabei auf die Seite des Staates geschlagen und sich gegen protestierende Mitbürger gestellt, die lediglich von ihrem demokratischen Recht Gebrauch machten.

Wolfgang: „Ja aber (unverständlich) für sich denke ich halt, wenn man allgemein große Demonstrationen von linken Spektren, es wird immer geredet über ein paar verletzte Demonstranten. Und auch bei Occupy wurde beispielsweise ein Mädchen fast geschlagen von einem Polizisten, das ist halt schon so etwas, wo man halt merkt, man kommt, die Presse (unverständlich) in dem Moment. Und wenn die Polizei sagt: ‚Hey, Mann, wir haben einen schwerverletzten Polizisten‘, dann ist es der Presse scheißegal, ob irgendwo ein schwerverletzter Demonstrant liegt.“

Auch im unmittelbaren Umgang mit den Medien habe man schlechte Erfahrungen gemacht. Der in den Beiträgen transportierte Inhalt fiel selektiv aus und hätte nicht die tatsächlichen Gesprächsverläufe widerspiegelt, obwohl man persönlich mit den jeweiligen Medienvertretern recht gut ausgekommen sei.

Lars: „Ja, es ist so, wie es eigentlich meistens läuft. Erst wird es hochgehüpft und dann vernichtet. Also die Anfangsphase wurde ja auch groß in den Medien propagiert, und wir haben auch so eine Bewegung und toll und bla. Wenn man dann aber mal nachliest, was die Zeitungen dann überhaupt schreiben; die ganze Zeit schreiben sie über nichts anderes als sozusagen ein WG-Leben draußen, wo wichtig ist, dass man so eine kleine GZSZ-Geschichte schreibt und das war es. Ich habe selten mal einen Artikel gelesen, wo halt wirklich auf unsere Inhalte eingegangen wurde und deswegen: Ich halte nicht viel von der Berichterstattung der meisten Medien über uns. Es gibt Ausnahmen, zum Beispiel der WDR bringt manchmal ganz gute Berichte über uns oder so etwas wie Center TV, was ja eher regional ist. Die geben sich da mehr Mühe und versuchen dann auch mal zwei, drei Sätze von dem, was wir wirklich aussagen wollen drin zu lassen. Während die anderen halt in einem Satz

den Schnitt machen so, dass die draußen nicht mehr wirklich verstehen, worüber man grad redet. Sondern dann, ach ja und das Camp und ja es sieht ja so verlottert aus oder ne. Ach hat sich das Camp doch wieder aufgeräumt. was anderes kommt in der Berichterstattung dann kaum vor und das ärgert einen natürlich dann. Aber das war mit allen anderen Bewegungen genauso. Also es wurden, ich habe damit gerechnet, ich habe mich nicht überrascht. Nur, es ärgert mich natürlich, weil die Personen, die hier auftauchen als Reporter meistens ganz nett und umgänglich sind und einem immer wieder sagen: ‚Ja, ja, ich werde genau das, was du sagst, da abschreiben. Ich kann natürlich nicht alles reinpacken, aber ich werde es so aufnehmen.‘ Wenn man dann das Ergebnis sieht, wenn man mit jemandem drei Stunden redet, nicht drei Stunden, aber eine Stunde redet und im Endeffekt bleibt ein Satz übrig, zum Beispiel, dass man gesagt hat: ‚Über die Winterzeit sind wir verdammt wenige geworden, weil es hart war. Jetzt aber, wo es wieder wärmer wird, sind wir endlich wieder viel mehr und können endlich wieder mehr machen‘, steht im Zeitungsartikel: Wir würden immer weniger werden. Punkt. Und das regt einen natürlich auf. Da wird einem sozusagen wieder das Wort im Mund rumgedreht, weil das Gegenteil von dem, was ich gesagt habe. Nicht wir werden weniger, sondern wir werden endlich wieder mehr, aber das steht dann nicht in der Zeitung.“

Die Aktivisten wähten sich hier den Medien und deren bestimmender Machtposition in Fragen der öffentlichen Meinung ausgeliefert und sahen ihren Protest darin verkommen zu einem Spielball der um Auflagen, Klicks und Einschaltquoten konkurrierenden Sender, Zeitungen und Onlineredaktionen. Während zu Beginn der Platzbesetzungen das hohe Maß an Aufmerksamkeit und die wohlwollende Berichterstattung geholfen habe, Occupy bekannter zu machen, hätten sich die Tonlage, in der über die Aktivisten geschrieben, und die Kriterien, nach denen Bildmotive aus den Camps zum Senden ausgewählt wurden, gewandelt.

Johanna: „Am Anfang wurde es ja total gehypt. Also es war ja die Super-Bewegung und total aufgenommen, was mich zuerst einmal total gefreut hat, dass es in den kommerziellen Medien irgendwie überhaupt Platz findet, weil es hätte ja auch genau anders sein können und erstmal länger irgendwie unterdrückt und erstmal nicht so viel und vor allem nicht so jeden Tag und permanent so, also, dass es überhaupt so stark in den öffentlichen Diskurs kam, diese ganze Bewegung und dieses Thema drumrum. Das fand ich erstmal total schön. Oder was heißt das Thema drumrum, da fängst halt direkt schon an, also da war halt auch irgendwie noch, glaub ich, für alle Außenstehenden irgendwie klar, das ist eine Bewegung, da geht es um Banken in die Schranken, also einfach sehr reformerisch und sehr, ja, es geht darum, die Deregulierung, die da passiert, irgendwie wieder anzuprangern und halt mehr für mehr Regularien für den ganzen Bankensektor irgendwie zu sorgen. Das war ja auch am 15. Oktober so das Stichwort, Banken in die Schranken und irgendwie Banken dürfen nicht alles machen können und Rettungsschirme für die Menschen anstatt für die Banken und so. Es ging ja auch schon so sehr stark um das Thema. Und ich hab es dann aber immer mehr so empfunden und ich glaube, darauf kamen die Medien teilweise vielleicht auch nicht so klar, dass es eigentlich ein Protest ist, der viel mehr ist das. [...] ein Stück weit

auch die Presseberichte dadurch auch geändert haben. Weil es wirklich schon häufig so war, dass wir klargemacht haben, dass der Protest nicht nur, was im Endeffekt auch wiederum etwas Systemstützendes, nämlich etwas Reformerisches wäre, sondern das wir auch wirklich bestimmte Strukturen angreifen wie zum Beispiel auch die Medienstruktur, sprich also wirklich auch etwas Grundlegenderes ist.“

Dieser Sichtweise zufolge hätten sich die Medien auch aus Gründen der Selbsterhaltung beziehungsweise Selbstverteidigung gegen Occupy gewandt, nachdem der Reiz des Neuen verflogen war. Als Quoten und Auflagen auf diese Weise nicht weiter zu steigern waren, hätten sich die Medien nicht die Mühe gemacht, Occupy verstehen zu wollen. Stattdessen schlug das Pendel der medialen Aufmerksamkeitsmaschinerie in die andere Richtung aus: Auf Lob folgten erst Fragen und Kritik, danach Verachtung und Spott. Positiv wie negativ – alles verblieb, so die Befragten, stets an der Oberfläche.

Johanna: „Und so Sachen wurden dann so krass problematisiert. Und ich dachte mir dann echt immer so, ey, könnt ihr nicht vielleicht mal problematisieren, dass man uns da nicht hilft. Oder dass man irgendwie, dass, also vielleicht auch die Ursachen davon, ja, woher kommt das denn? Von irgendeiner Osterweiterungspolitik, die irgendwie total verschnellt war, wo man sich überhaupt nicht überlegt hat, was könnte das bedeuten, ja, oder also immer so dieses Ansetzen am Symptom und dann da. Und das fand ich dann auch echt übel, dann über die Leute dann noch zu lästern, die das dann noch irgendwie versuchen, das menschlich auf die Reihe zu kriegen.“

Bewegten sich die Gespräche auf einer lokalen, individuellen Ebene, änderten sich die Sichtweisen der Befragten, und es wurde nicht mehr von „den Medien“ oder „der Mainstream-Presse“ berichtet. Stattdessen war dann von Ausnahmen, von einigen Wenigen, von Journalisten, die „wirkliches Interesse“ an Occupy gezeigt hätten, die Rede. Alle hätten versagt – bis auf Einzelne.

Johanna: „Da sind die Medien eben total gescheitert bis auf einzelne Journalisten, die uns da unterstützt haben und dieses Schöne noch sehen konnten. Und was dann aber wieder ein Prozess, der mir sehr viel Kraft gegeben hat, war, dass die Journalisten, die sich wirklich länger im Camp aufgehalten haben, die auch mal abends privat mit uns an der Tonne saßen, an der Feuertonne, und mit uns geredet haben oder die, die wirklich, wirklich krasses Interesse daran hatten, was aus dem Herzen kommt, die nie schlecht über uns geschrieben. Also die, die wirklich scheisse waren, das waren immer Leute, die waren einmal kurz da, haben sich das angeguckt, ah, Müll gefunden, zack fotografiert und zack abgedruckt.“

Insgesamt ließ sich feststellen, dass Misstrauen und Skepsis der Aktivisten gegenüber den Medien während der Zeit ihres Occupy-Engagements offenbar eher zugenommen hatten; gleichwie die Befragten ohnehin angaben, sich „anders“, alternativ und kritisch zu informieren.

Bärbel: „Also mittlerweile reicht mir das auch schon nicht mehr, Tagesschau zu gucken und FAZ und zeit zu lesen, weil ich da mittlerweile auch schon skeptisch bin, was die überhaupt reinnehmen in ihr Programm und was sie darüber sagen. Jetzt schau ich her, dass ich auch irgendwie Junge Welt zum Beispiel lese oder schaue, was die Bewegungen selber über sich schreiben auf ihren Seiten. [...] Dass viele sehr, sehr skeptisch gegenüber den Mainstream-Medien sind, also das ist auch so der Begriff, den alle benutzen: Mainstream-Medien. Und da war ich vorher nicht so skeptisch. Aber das ist mir dann so in den Kontakten hier beigebracht worden und das kann ich jetzt auch nachvollziehen. Weil es mir auch selber aufgefallen ist. Weil es passiert einfach, jemand erzählt dir beispielsweise vor ein paar Tagen, in Spanien sind gerade hunderttausend auf der Straße und dann schaue ich zu Hause, also google-News oder FAZ oder zeit und sehe: Das steht da nicht. Es steht da einfach nicht. Oder ich gebe bei google-news Spanien ein und dann steht da nur was die spanische Regierung zuletzt gesagt hat, aber da steht nicht, dass hunderttausend Menschen auf der Straße sind, aber bei der Junge Welt steht es. Und auf Facebook posten sie es auch mit Bildern davon und mit Videos. Und ja, dann sehe ich ja selber, dass die Medien ihre Schwerpunkte setzen, mit denen ich nicht einverstanden bin, weil ich finde das total relevant, wo sich gerade etwas bewegt und die scheinen das als irrelevant abzustempeln teilweise. Oder sie entscheiden darüber, über welche Proteste sie berichten. Klar, Ägypten, Tunesien, Libyen, Syrien waren extrem in den Medien. Andere Länder dann vielleicht, Jemen, Bahrain, weniger. Ich kann das jetzt nicht erklären, warum die sich dafür entscheiden, über manche Länder mehr berichten als über andere, da gibt es auch Spekulationen, was sie sich dabei denken, aber das ist ja erstmal nicht so wichtig. Einfach erstmal die Tatsache, dass manches, was ich als relevant erachte, nicht gezeigt wird. Deswegen schaue ich, dass ich mich anders informiere.“

Der Topos des kritischen Nachrichtenkonsums bestimmte die Erzählabschnitte über das eigene Medienverhalten. Die Aktivist:innen gaben an – im Gegensatz zu anderen – wirklich hintergründige Informationen zu lesen, zu hören und sich anzuschauen; eine aktive – kritische – Auseinandersetzung mit dem Berichteten einzugehen und in diesem fortwährenden Prozess ihre politische Weltanschauung stetig zu erweitern, zu ergänzen, zu revidieren.

Johanna: „Und irgendwann als ich dann auch im Internet, das spielt eine extrem große Rolle für mich, mehr irgendwie zu Hause war, da interessante und auch kritische Seiten von Aktivist:innen für Aktivist:innen zum Beispiel, da habe ich voll gemerkt, wie einfach das eigentlich ist, weil man alles, was man nicht versteht in den Nachrichten, die eigentlich nur dafür ausgelegt sind, für Leute, die sich in dem Gebiet schon auskennen und die nur noch sozusagen ihre Thematik, die sie schon kennen, aktualisieren können durch die neuen Informationen, die dazu kommen, aber eben keine Erklärungen, was davor immer war, also dieser ganze Kontext fiel für mich immer weg, hatte ich das Gefühl. Und dann habe ich irgendwie angefangen durchs Internet mir diese einzelnen Kontexte bei Themen, die mich interessiert haben, irgendwie aufzuarbeiten auch und konnte dann dort irgendwie auch durch Dokumentationen von kritischen Netzwerken oder ja super einfach bestimmte Inhalte aneignen,

wo ich immer das Gefühl hatte, da brauche ich zumindest einen Kontext, wo ich sagen würde, dem vertraue ich, dass es jetzt hundert Prozent so stimmen muss, kann man nie wissen, ich glaube, da muss man immer auch ein bisschen Skepsis und Zweifel behalten, weil man, glaube ich, nie sagen darf, so ist es und so wird es immer bleiben. [...] als noch so klassisches Medium, das man noch kennt, die *Le Monde Diplomatique*, die ich sehr, sehr gut finde und ja, ein gutes Gefühl habe dabei, wenn ich sie lese. Und dann halt im Internet die Nachdenkseiten und Onlineaktivisten, das sind die, die sich eher die Themen herausuchen, die halt auch grade so in der aktivistischen Welt sozusagen halt auch gerade kursieren, also so etwas wie Aufstandsbekämpfung zum Beispiel oder so. Ja, ansonsten habe ich mir immer mal wieder Hintergrund.de oder die Konkret so ein bisschen reingezogen, wobei ich da auch manchmal so ein bisschen Vorbehalte habe, weil ich da auch schon das eine oder andere fand, was ich ein bisschen problematisch fand, aber das ist ja auch ein Künstler- und Journalistenkollektiv, wo man noch sagen könnte, okay, da kann auch mal so was kommen. Und dann von so herkömmlichen Medien gucke ich mir super gerne so Dokus von Arte oder 3SAT an, weil ich auch da das Gefühl habe, dass sie den Fokus aufs richtige Thema lenken bei verschiedenen Themen und nicht irgendwie voll dran vorbei diskutieren, wie ich den Eindruck schon hab bei anderen Zeitungen irgendwie, und dann überprüfe ich das immer so ein bisschen mit der FAZ, dann schwenke ich zur FAZ und dann gucke ich, was die dazu schreiben und meistens passt das dann zu dem, also von den Fakten her, aber ich würde es halt komplett anders, halt linker (lacht), bearbeiten.“

Die Rolle der selbstständigen Informationsbeschaffung im Internet wurde ebenso betont wie die Bedeutung eigener Medienformate wie Blogs, Podcasts und Campzeitungen, die wichtige, von anderen meist vernachlässigte Themen bündelten und dadurch Öffentlichkeit schafften. Doch sah man Grenzen des Selbstmachens beziehungsweise des Selbstinformierens – Massenrelevanz könne so nicht erzielt werden. Das könnten nach wie vor einzig traditionelle Medien wie Fernsehen und Zeitung, weil ein Umdenken der gesellschaftlichen Mehrheit hinsichtlich ihres Informationsverhaltens (noch) nicht stattgefunden habe.

Lars: „Also eine Zeitlang hätte ich am liebsten jeden Reporter hier einfach vom Hof gejagt sozusagen, aber da wir schon gemeinsam immer über unsere, ich sage mal, Strategien reden, haben wir uns trotzdem darauf geeinigt, dass wir trotzdem weiter versuchen, weil wir halt die Öffentlichkeit brauchen, um unsere Informationen nach außen zu tragen. Unsere Redart möglichst zu verändern, dass wir möglichst viele Informationen immer in die Sätze rein packen, dass es schwieriger wird etwas rauszuschneiden sozusagen. Hat auf Dauer auch nicht wirklich funktioniert, aber wir brauchen halt trotzdem die Öffentlichkeit. Wir machen zwar unsere eigenen Medien, dann aber damit die Leute auf diese Medien stoßen, brauchen wir halt noch die Zeitung und Fernsehberichte, das ist leider so, weil die Leute es noch nicht gewohnt sind, sich selbst zu informieren in alternativen Medien oder halt im Internet oder sonst wo.“

Man sah sich im Umgang mit den Medien folglich in einer ambivalenten Position: Arbeitsmethode und -haltung vieler etablierter Medien waren den Befragten zuwider, eigene vor allem onlinebasierte Medien besaßen jedoch nur geringe Reichweiten, sodass für die Vermittlung der Ideale und Aktionen Occupys in die breite Öffentlichkeit die „Mainstream-Medien“ gebraucht wurden. Diese kommunikative Übertragung habe nicht funktioniert, berichteten die Aktivisten und führten neben den oben genannten, dem Mediensystem innewohnenden Gründen zwei weitere Erklärungen an. Zum einen seien die Lebensverhältnisse in Deutschland relativ gut, die Mehrheit der Bürger – anders als in anderen Ländern – noch zufrieden.

Lars: „Wir versuchen es mit allen Mitteln, die uns einfallen, die Leute halt zu informieren über das, was geschieht und wie gesagt, wir stoßen auf verdammt viel positive Resonanz, nur leider ist sie halt noch nicht so groß wie in anderen Ländern. Allerdings liegt das natürlich auch an den besseren Lebensumständen hier. Sozusagen, wie man so gern sagt, jammern ja auf höchstem Niveau. Also weltweit betrachtet haben wir noch den höchsten Lebensstandard. Allerdings gibt es hier genauso eine Unterschicht, die schon lange mit Hunger zur Schule geht, die schon lange sich Sorgen macht, wie kriege ich den nächsten Tag rum, aber das wird halt immer noch viel zu viel ausgeblendet, aber es gibt genug Statistiken über Kinder unter der Armutsgrenze, über Erwachsene unter der Armutsgrenze, immer, immer mehr anwächst und dass die Leute das nicht sehen wollen und nicht verstehen wollen, kann ich leider nicht verstehen, aber muss halt damit leben und muss versuchen die Leute, die die Informationen annehmen eben mit diesen Informationen versorgen.“

Zum anderen liege es am Wesen der Protestbewegung selbst, weshalb „die anderen“ nicht überzeugt werden konnten. Denn die Menschen bevorzugten klare Ziele und eindeutige Motive, die sich in eingängige Protestforderungen und -slogans überführen ließen. Vielschichtige, ganzheitliche, global ausgerichtete Protestanliegen, die eher für einen Prozess denn für einen Ein-Punkt-Protest stehen, würden mit Zweifeln betrachtet.

Dominik: „Und vielleicht ist das auch ein kleines bisschen diese Unsicherheit, die andere Leute an diese Occupy-Bewegung ran tragen, weil, natürlich, wir sind etwas Neues. Wir können nicht sagen, wir sind wie die Achtundsechziger. Wir sind nicht wie die Anti-Atomkraftbewegung. Nein, so sind wir nicht. Wir sind die erste Bewegung, die gegen gesellschaftliche Probleme irgendwie artikuliert und sagt, wir wollen an allen Punkten gleichzeitig etwas verändern.“